KAIS.-WILH.-BIBL.POSEN.
13 APR. 1910

— Neunzehnter Jahrgang. —

Nr. 14.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 1. bis 7. April 1910.

Posen, den 12. April 1910.

Bericht

über den Verlauf des am ersten und zweiten Osterfeiertage (27. und 28. März d. Js.) im Gewerkschaftslokale in Zabrze, Gartenstraße 27, abgehaltenen XII. Parteitages der polnisch-sozialdemokratischen Partei (P. P. S.) in Deutschland.

Posen, den 30. März 1910.

Zu dem Parteitage waren 35 Mitglieder der P. P. S. und 2 Gäste erschienen. Von den Mitgliedern gehörten 12 dem Vorstande, der Presse- und Kontrollkommission an, während 23 als Delegierte der Organisationen der P. P. S. in Dortmund, Wilhelmsburg, Bremen, Berlin—Rixdorf, Posen, Kattowitz, Zabrze—Zaborze, Rosdzin, Laurahütte, Neudorf, Domb, Paulsdorf, Beuthen, Hohenlinde, Karf, Charlottenhof, Lipine, Schwientochlowitz, Königshütte, Miechowitz, Birtultau und Friedenshütte erschienen waren. Aus Oberschlesien stammten 16 Delegierte, und zwar je 8 aus den Kreisen Kattowitz—Zabrze und Beuthen—Tarnowitz, sowie ein Delegierter aus dem Kreise Rybnik; 2 Delegierte hatte Posen, und je einen Berlin, Bremen und Wilhelmsburg entsandt. Von den beiden Gästen war der eine Delegierter der deutschen Genossen in Oberschlesien, der andere Parteisekretär des Bergarbeiter-Verbandes in Oberschlesien (Trombalski).

Ausländer waren nicht anwesend. Als Zuhörer nahmen etwa 20 Personen an den Verhandlungen teil. Der Saal wies keine besondere Dekoration auf. Auf einem Podium war der mit rotem Tuch beschlagene Vorstandstisch aufgestellt. Rechts und links vom Podium waren mit großer Schrift in polnischer Sprache auf rotem Untergrunde folgende Sprüche angebracht:

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit".

„Sozialisten aller Länder vereinigt euch" und „Fort mit dem § 130!"

Erster Verhandlungstag.

Am 27. März, vormittags 11½ Uhr wurde der Parteitag mit dem Absingen von drei sozialdemokratischen Liedern durch den Gesangverein „Lutnia" eröffnet. Die Eröffnungsrede hielt der Vorsitzende des Parteivorstandes Biniszkiewicz aus Kattowitz. Er führte Nachstehendes aus:

Nach Ablauf von zwei Jahren seien die Mitglieder und Delegierten der P. P. S. zu dem XII. Parteitage in Zabrze zusammengekommen, um über ihre Tätigkeit in dieser Zeit Rechenschaftsbericht abzulegen und über die Mittel zu beraten, welche in dem Kampfe des polnischen Proletariats um bessere Existenzbedingungen und eine bessere Zukunft anzuwenden seien. Sie seien gezwungen gewesen, diesmal Zabrze als den Ort ihrer Zusammenkunft zu wählen, obwohl es erwünschter gewesen wäre, den Parteitag in Posen oder im Westen abzuhalten. Posen sei nicht gewählt worden, weil die Organisation dort noch zu schwach sei. An einem anderen Orte in Oberschlesien, wie z. B. in Kattowitz, Beuthen oder Königshütte könnten sie aber, infolge des Maulkorbgesetzes in öffentlichen Versammlungen öffentlich nicht polnisch reden. Wenn die polnischen Sozialdemokraten in Zabrze tagten, so täten sie dies mit einem gewissen Stolz. Sei es doch historischer Boden, auf dem sie sich befänden, denn Zabrze sei gleichsam die Wiege der Arbeiterbewegung in Oberschlesien. Hier sei die sozialdemokratische Arbeit zuerst begonnen worden, hier sei die polnische Arbeiterbewegung zuerst in Fluß gekommen, und von hier aus erschallten zuerst die Losungsworte zum Streik. Die polnischen Arbeiter seien hier zu allererst erwacht und unter der Führung von Purkop und Kawczyk in den Kampf mit dem erbittertsten Feinde, dem Kapitalismus, eingetreten, in welchem die Kugeln aus den Gewehren der Gendarmen selbst die Körper von Frauen und Kindern durchbohrt hätten. Hier also sei der Anfang für die Arbeit der polnischen Sozialdemokratie in Oberschlesien zu suchen, und von hier aus sei die Macht der Organisation des polnischen Proletariats ausgegangen. Die früheren Parteitage seien vorwiegend von Vertretern aus anderen Provinzen besucht gewesen, welche eine feste Organisation in Oberschlesien erst geschaffen hätten. Als dann die „Gazeta Robotnicza" nach Oberschlesien verlegt worden sei, habe dort eine lebhaftere Agitation für die Bestrebungen der P. P. S. eingesetzt. Zu dem jetzigen Parteitage seien vorwiegend Delegierte aus Oberschlesien erschienen, nur zwei stammten aus Posen, und vier aus dem Westen. Es sei bedauerlich, daß Posen insbesondere so schwach vertreten sei, wo es doch der regsten Agitation und eifrigsten Arbeit bedürfe, um die elendeste polnische Arbeiterbevölkerung in sozialistische Bahnen zu leiten. Wenn die polnisch-sozialdemokratische Partei sich entwickeln solle, so müßten entsprechende Mittel und Waffen ausgewählt werden. Hierüber zu beraten, sei Aufgabe der Parteitage. Die Arbeit sei schwer. Was hier beraten und beschlossen werde, geschehe für die Allgemeinheit.

Die Masse des polnischen Proletariats blicke auf die Arbeit des Parteitages. Er bitte die Versammelten, mit Ruhe und Würde zu verhandeln und bei den Beratungen kaltes Blut zu bewahren. Im Namen des Vorstandes der P. P. S. eröffne er den XII. Parteitag.

In das Bureau wurden gewählt:

Biniszkiewicz-Kattowitz zum 1. Vorsitzenden der Versammlung,

Danysz-Kattowitz zum 2. Vorsitzenden,

Ludwig Podemski-Beuthen zum 1. Schriftführer,

Franz Podemski-Berlin zum 2. Schriftführer.

Bei der Wahl von Biniszkiewicz zum Leiter des Parteitages kam es zu Zwistigkeiten zwischen ihm und seinen Anhängern und den Vertretern der polnischen Gewerkvereine, insbesondere Blott, Ricmann, Trąbalski und Scholtyssek. Es wurde dem Biniszkiewicz u. a. Eigendünkel und Eigennutz vorgeworfen, ebenso wurde sein feindliches Verhalten den Förderern der polnischen

Gewerkschaften gegenüber, insbesondere von Blott, heftig getadelt. Die näheren Einzelheiten des Konflikts, welche übrigens, wie aus den Debatten zu entnehmen war, bereits einem Schiedsgericht unterbreitet waren, wurden nicht erörtert. Von Anfang an machte sich aber eine heftige Gegenströmung gegen Biniszkiewicz und seine Anhänger bemerkbar, die oft zu sehr erbitterten persönlichen Angriffen führte und die Einmütigkeit der Genossen störte, welche sich in zwei Lager teilten. Biniszkiewicz hatte infolge der Streitigkeiten ursprünglich auf seine Wahl zum Leiter des Parteitages verzichtet, nahm diese aber schließlich doch an, nachdem ihm ein großer Teil der Delegierten ein Vertrauensvotum ausgesprochen hatte.

Die Tagesordnung lautete:

1. Bericht des Parteivorstands und Diskussion,
2. a) Agitation,
   b) Organisation auf dem Lande (Referent) St. Mieczkowski),
   c) Presse,
3. Änderung des Statuts der Organisation und der Vereine,
4. Die politische Lage (Referent: J. Biniszkiewicz),
5. Internationales,
6. Verschiedene Anträge,
7. Wahl der Parteikörper.

Franz Podemski-Berlin

beantragte, die Tagesordnung durch einen Vortrag über die Wahlreform zu erweitern, doch wurde dieser Antrag abgelehnt. Nach einer weiteren unwesentlichen Diskussion wurde sodann die Tagesordnung angenommen.

In die Mandatprüfungskommission wurden gewählt

Cepernik-Laurahütte,
Scholtyssek-Rybnik,
Wojciechowski-Dortmund,
Mnich-Roßberg (Beuthen),
Paczkowski-Posen.

Biniszkiewicz verlas hierauf die eingegangenen Begrüßungsschreiben und -Telegramme. Er erklärte, daß zu dem Parteitage die Genossen aus Galizien, Österreich-Schlesien und Rußland eingeladen worden seien. Von ihnen sei aber niemand erschienen. Die Begrüßungsschreiben bzw. Telegramme lauteten:

Dortmund. (Telegramm.) Dem XII. Parteitage wünschen wir für die Entwicklung der Partei günstige Beratungen. Eine Anzahl von Genossen.

Bochum, den 25. 3. 10. (Brief vom Genossen Adamek.) An den XII. Parteitag der P. P. S. in Zabrze. Geehrte Genossen! In dem Augenblick, in welchem die Reaktion in Preußen immer drohender ihr Haupt erhebt, in dem der junkerliche Despotismus die letzten Reste der Volksrechte mit Füßen tritt, wo der erste Führer der nationalen Arbeiterorganisation (Sosinski) aus elender Sucht, die Gnade des Adels für sich zu gewinnen, danach trachtet, diese Organisation dem Adel auszuliefern, sollt ihr darüber beraten, wie man das polnische Proletariat aus den Fesseln der Bedrückung und Ausbeutung, aus geistiger und leiblicher Knechtschaft sobald wie möglich befreien könnte. Ich nehme an, daß jeder Delegierte von diesem Gedanken tief durchdrungen ist, und unser Kongreß in Einmütigkeit und Eintracht Beschlüsse fassen wird, welche in Übereinstimmung mit unserer bisherigen Taktik und den Grundsätzen der internationalen Sozialdemokratie dem polnischen und internationalen Proletariat zum Nutzen gereichen werden. Unterstützet alles, was uns in dieser Hinsicht einigt und stärkt, und vernichtet das, was die Kräfte zersplittert und schwächt. In diesem Gedanken bin ich im Geiste bei euch. Josef Adamek.

Krakau. (Telegramm von der P. P. S. im russischen Anteil.) Wir übersenden euch und eurem XII. Parteitag brüderliche Grüße und wünschen erfolgreiche, fördernde Arbeit.

Arbeiter-Zentral-Komitee
der P. P. S. im russischen Anteil.

Warschau. (Brief von der P. P. S. in Rußland.) An den Vorstand der P. P. S. in Preußen. Geehrte Genossen! Euren Brief, in dem ihr uns zur Teilnahme an dem Parteitage der P. P. S. im preußischen Anteile einladet, haben wir empfangen. Da wir mit Rücksicht auf die Intoleranz der preußischen Polizei gegenüber Untertanen eines fremden Staates einen Delegierten nicht entsenden können, übermitteln wir euch schriftlich die herzlichsten Wünsche für den Erfolg eurer Arbeit und Beratungen. Möge euer XII. Kongreß noch eine Etappe weiter bilden auf dem Wege zur Befreiung des polnischen Arbeitervolkes aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft, noch einen Beweis weiter geben für die Solidarität des polnischen Proletariats, ohne Rücksicht auf die uns trennenden Grenzen. Es lebe der XII. Parteitag der P. P. S. im preußischen Anteil!

Mit sozialistischem Gruß!

Die polnisch-sozialdemokratische Partei.
Arbeiter-Zentral-Komitee.

Biniszkiewicz machte hierauf den Vorschlag, eine Pause von 1—2½ Uhr nachmittags eintreten zu lassen, um in dem Kur-Hotel gemeinschaftlich das Mittagessen einzunehmen.

Punkt 1 der Tagesordnung.

Nach Wiederbeginn der Beratungen um 2½ Uhr nachmittags wurde über den Bericht des Parteivorstandes für die Zeit vom 1. Januar 1908 bis 31. Dezember 1909 verhandelt. Dieser lautete:

Der Anfang des Berichtsjahres war in politischer Hinsicht überaus bewegt; es begann ein scharfer Kampf des Proletariats im preußischen Staate um ein demokratisches Wahlrecht, es tobte der Kampf gegen das Verbot der polnischen Sprache in den Versammlungen, gegen das Enteignungsgesetz und im letzten Jahre gegen die Finanzreform.

In dem Kampfe um das Wahlrecht war die Meinung unserer Partei vollständig gleich. Dieser Kampf betrifft, so räsonnierten unsere Genossen, in gleichem Maße die vitalsten Interessen des deutschen wie des polnischen Proletariats. Daher mußten wir in diesem Kampfe den energischsten Anteil nehmen. Dabei ist den breiten Massen des Volkes zu zeigen, daß die Umwandlung des preußischen Staates in einen demokratischen Staat das wirksamste Mittel gegen die hakatistische Politik bildet.

Demonstrationsversammlungen um das Wahlrecht haben wir gleichzeitig mit den deutschen Genossen in Oberschlesien und Posen veranstaltet; diese Versammlungen waren zum Teil gemeinsame, einberufen durch die polnischen und deutschen Ortsorganisationen. In der Fremde fanden ebenfalls Versammlungen in dieser Angelegenheit statt.

Am 18. Januar 1908 wurde im preußischen Landtage das Enteignungsgesetz angenommen. Dieses Gesetz ist im 20. Jahrhundert ein unerhörtes Ausnahmegesetz. Unsere Organisationen in der Heimat wie in der Fremde veranstalteten Protestversammlungen.

Am 19. März 1908 hat man wiederum ein neues Ausnahmegesetz gegen die Polen geschmiedet, denn man nahm im deutschen Reichstage den Sprachenparagraphen an, der in den polnischen Landesteilen teilweise und in der Fremde gänzlich die polnische Sprache in öffentlichen Versammlungen verbietet. Unsere

Partei hat auch in dieser Angelegenheit Protestversammlungen veranstaltet und, als das Gesetz in Kraft trat, sich mehr der Organisationsarbeit gewidmet. Anfangs 1909 beriet man im preußischen Landtage über die Einführung des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts zum preußischen Landtage und über die Änderung der Wahlbezirke. Und als am 26. Januar 1909 der Antrag der national-liberalen Abgeordneten, der das unmittelbare geheime Wahlrecht und eine Neueinteilung der Wahlbezirke forderte, zur Abstimmung kam, ist er mit 168 gegen 165 Stimmen abgelehnt worden. Schuld daran trug die polnische Fraktion. Unsere Partei trat gegen die polnische Fraktion energisch auf und gab in dieser Angelegenheit einen umfangreichen Aufruf heraus, veranstaltete Versammlungen und machte diese Angelegenheit dem polnischen Volke klar.

Im Mai, Juni und Juli 1909 tobte im deutschen Reichstage ein erbitterter Kampf um die Bewilligung von 500 Millionen neuer Steuern. Von dieser Summe sollte gegen 400 Millionen das arme Volk durch indirekte Steuern und 100 Millionen die reichen Leute durch die sogenannte Erbschaftssteuer aufbringen. Die polnische Fraktion nebst den Konservativen und dem Zentrum lehnte die Erbschaftssteuer ab und trug zur Annahme der indirekten Steuern bei, die das arme Arbeitervolk tragen soll. Unsere Partei erließ, indem sie diese verräterische Politik der polnischen Fraktion verdammte, Aufrufe und veranstaltete Versammlungen und Vereinssitzungen in dieser Angelegenheit.

Die Ergänzungswahlen für den deutschen Reichstag fanden Anfang des Jahres 1908 in dem Wahlkreise Pleß-Rybnik infolge der Mandatsniederlegung des Geistlichen Skowronski statt. Unser Kandidat war Genosse Danisz. Wir verteilten 14 000 Aufrufe und hatten einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Kattowitz im Jahre 1909 waren unsere Kandidaten die Genossen Biniszkiewicz und Mieczkowski, die eine ansehnliche Anzahl von Stimmen erhielten.

Organisation. In Oberschlesien entwickelt sich die polnische sozialistische Bewegung gut. Anfangs 1908 hatten wir 4 Vereine, gegenwärtig zählen wir dort 26. Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Jahres 1908: 588, am Schluß des Jahres 1909: 1230. Der Einfluß und die Bedeutung dieser Vereine vertieft sich an den betreffenden Orten immer mehr.

Mit Genugtuung können wir feststellen, daß es uns trotz schwieriger Bedingungen gelungen ist, in Westfalen und in der Rheinprovinz die Organisation zu heben. Vor zwei Jahren hatten wir dort nur 2 Vereine, gegenwärtig besitzen wir dort schon sieben mit etwa 200 Mitgliedern. Von uns gesandt arbeitet dort Genosse Wojciechowski-Bochum.

In der Stadt Posen entwickelt sich unsere Organisation gut, dagegen stellen sich die Verhältnisse in der Provinz sehr ungünstig dar. Infolge Fehlens von Mitteln konnte leider der Beschluß des XI. Parteitages der P. P. S., für Posen einen Parteisekretär anzustellen, nicht verwirklicht werden.

In der Fremde entwickeln sich unsere Organisationen in Bremen, Wilhelmsburg und Hamburg gut. An anderen Orten kann man von einem Vorwärtsschreiten der Vereine nicht sprechen. **Zwei Ortschaften schliefen vollständig ein, nämlich Charlottenburg und Hohensalza.**

Im Berichtsjahre fanden in Oberschlesien 284, im Posenschen 43, in der Fremde 61, zusammen 358 Vereinssitzungen statt. Der rheinisch-westfälische Bezirk sandte die Zahl der abgehaltenen Vereinssitzungen nicht ein, daher kann sie auch hier nicht angegeben werden. Aus der Gazeta Robotnicza wissen wir indes, daß dort viele Sitzungen stattgefunden haben.

Agitation. Öffentliche, durch unsere Genossen einberufene Versammlungen fanden statt in Oberschlesien 79 (darunter eine bedeutende Anzahl von Massenversammlungen „unter freiem Himmel"), im Posenschen und in der Fremde 12, zusammen 91. Man hätte noch mehr öffentliche Versammlungen veranstalten können, wenn der Sprachenparagraph nicht wäre. Von den agitatorischen, auf Antrag des Vorstandes ausgeführten Reisen nennen wir folgende: Im Herbst 1908 reiste Genosse Adamek von Posen nach Gnesen. Im März machte Genosse Biniszkiewicz eine Agitationsreise in die Umgegend von Hamburg, Wilhelmsburg und Bremen. Im Dezember 1909 war Genosse Biniszkiewicz in Posen und Gnesen.

An Aufrufen wurden herausgegeben: 50 000 Stück mit dem Titel: „Der Preußische Landtag und die polnische Fraktion", 110 000 Stück mit dem Titel: „Die neuen Steuern, die Sozialdemokraten und die polnische Fraktion", 25 000 Stück mit dem Titel: „Eine Antwort dem Wiarus" (für Westfalen) und 60 000 illustrierte Aufrufe gegen die neuen Steuern.

In der Zeit der Wahlen zum preußischen Landtag im Jahre 1908 ließen wir gemeinsam mit den deutschen Genossen einen polnisch-deutschen Aufruf in 120 000 Exemplaren.

Die Gazeta Robotnicza. Die wirtschaftliche Krisis der letzten Zeit machte sich bei unserem Parteiblatte recht fühlbar, wie in der deutschen Parteipresse überhaupt. Schweren Herzens mußte so mancher Proletarier auf sein Organ verzichten, da er infolge der Krisis zur Arbeitslosigkeit und zum Elend mit seiner Familie verurteilt war. Hegen wir die Hoffnung, daß die schwerste Zeit vorüber ist, und daß es von nun an rasch aufwärts gehen wird. Daß man sogar in der allerschwersten Zeit viel für das Parteiblatt tun kann, das bewiesen die Genossen in der Fremde; durch eine planmäßige Hausagitation für die Gazeta Robotnicza hat man dort eine ansehnliche Anzahl von Abonnenten gewonnen.

Die Bücherabteilung der Gazeta Robotnicza: Für das Jahr 1909 wurden 50 000 Stück Agitationskalender, für 1910 50 000 Stück Kalender für die Agitation und 2000 Stück illustrierte Kalender à 30 Pfennig für das Stück herausgegeben. Es wurden ferner folgende Broschüren herausgegeben: 3000 Stück Arbeiterliederbuch „Leier", 5000 Stück „Die Grundlagen des Sozialismus", 10 000 Stück „Wahlkatechismus", 10 000 Stück „Ein katholischer Geistlicher Sozialdemokrat". Darüber hinaus betrug der Umsatz der Buchhandlung nur 672,88 ℳ, d. h. es wurden für diese Summe Bücher und Broschüren anderer Verläge verkauft. Diese Abteilung wird noch zu wenig in unseren Vereinen gepflegt.

Prozesse. Wegen Beleidigung des Restaurateurs in Bobrek nebst der dortigen Polizei wurde Genosse Caspari zu 30 ℳ Geldstrafe verurteilt; wegen Beleidigung des Amtsvorstehers in Jendryszek Genosse Haase zu 50 ℳ Geldstrafe; wegen Beleidigung der Polizei in Zabrze Genosse Trombalski zu 15 ℳ Geldstrafe; wegen Beleidigung eines Polizeibeamten in Domb Genosse Mieczkowski zu 50 ℳ Geldstrafe. Außerdem gab es noch andere kleinere Geldstrafen. Freigesprochen wurde Genosse Caspari, der vor der Strafkammer in Beuthen wegen Verächtlichmachung staatlicher Einrichtungen, besonders der preußischen Schule angeklagt war. Ebenso wurden mehrere

Genossen freigesprochen, die aus Anlaß des Boykotts in Zaborze angeklagt waren. Ein Teil des Agitationskalenders für das Jahr 1910 wurde wegen des Artikels: „Was wollen die Sozialdemokraten" konfisziert. Der berühmte § 130 (Aufreizung zu Gewalttätigkeiten) ließ sich jedoch nicht anwenden, und der Herr Staatsanwalt mußte uns, obwohl ungern, die Kalender zurückgeben. Er beantragte 300 *M* Geldstrafe gegen den Genossen Mieczkowski. Die entstandenen Rechtsanwaltskosten betrugen 90 *M*. Natürlich bleiben diese Ausgaben ein ständiger Tribut für die preußische „Gerechtigkeit."

Im Berichtsjahre wohnte also keiner unserer Genossen in den gastlichen Wänden des preußischen „Hotels".

Auf die allgemeinen Parteitage nach Nürnberg und Leipzig entsandte unsere Organisation ihre eigenen Delegierten.

Der Vorstand
der P. P. S. des preußischen Anteils.

Kassenbericht
für die Zeit vom 1. Januar 1908 bis 31. Dezember 1908.

Einnahmen:

Kassenstand		2,27 M.
40 % vom Verein P. P. S.		638,55 „
Marken und Legitimationskarten	49,40 M.	
Sammellisten	45,68 „	
Bons	25,80 „	
Kleine Beiträge	20,51 „	
Aus den Anteilen d. „Gaz. Rob."	290,45 „	431,84 „
Rückgabe der Darlehen		84,90 „
Für den XI. Parteitag P. P. S.		15,98 „
Allg. Partei-Vorstand		2400,— „
Zusammen ..		3573,54 M.

Ausgaben:

Agitationspositionen.

Den P. P. S.-Vereinen ...	65,15 M.	
Versammlungen und Sitzungen in Oberschlesien	62,65 „	
Zulage dem Parteisekretär für Oberschlesien	378,45 „	
Zulage für die Kolportage für Oberschlesien	580,— „	1086,25 M.
Geldstrafen und Prozeßkosten		247,30 „
Konferenzen und Reisen des Vorstandes		275,50 „
Den Delegierten für den XI. Parteitag P. P. S.		92,90 „
Darlehen		50,— „
Abzahlung alter Schulden		385,— „
Druckschriften[1])		138,55 „
Verschiedenes		523,40 „
20 % dem allg. Partei-Vorstand		293,32 „
Kassenstand		412,31 „
Zusammen ..		3573,54 M.

Außerdem sammelten die Parteiorganisationen im Jahre 1908 für den XI. Parteitag der P. P. S. zusammen 362,97 M. Von diesem Gelde wurden die Delegierten bezahlt.

Für die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 31. Dember 1909.

Einnahmen:

Kassenstand		412,31 M.
40 % von den Vereinen der P. P. S.		1059,43 „
Verkaufte Marken	13,— M.	
Sammellisten	41,15 „	
Bons	18,16 „	
Kleine Beiträge	116,73 „	
Dr. G. für die „Gaz. Rob."	200,— „	389,04 „
Aus dem Kalender für 1909[2])		313,19 „
Allg. Partei-Vorstand		2400,— „
Defizit		11,54 „
Zusammen ..		4585,51 M.

Ausgaben:

Agitationspositionen:

Den P. P. S.-Vereinen ...	67,74 M.	
Zuschuß dem Parteisekretär für Oberschlesien	275,— „	
Kolportagezuschuß für Oberschlesien	592,80 „	
Zu Agitationszwecken für die „Gaz. Rob."	194,80 „	
Aufrufe (Finanzreform)	739,75 „	1870,09 M.
Für Bibliotheken		622,72 „
Geldstrafen		91,20 „
Konferenzen und Reisen des Vorstandes		258,75 „
Den Delegierten für den XI. Parteitag P. P. S.		20,— „
Darlehen		100,78 „
Abzahlung alter Schulden		400,— „
Gedruckter Bericht[3]) über den XI. Parteitag der P. P. S.		125,72 „
Verschiedenes		480,— „
20 % dem allg. Partei-Vorstand		480,60 „
Porto — kleine Ausgaben und Sitzungen der Parteivorstände		135,65 „
Zusammen ..		4585,51 M.

Stanislaus Mieczkowski, Schatzmeister.

Kattowitz, den 24. Februar 1910.

Geprüft und richtig befunden:

Die Revisionskommission.

J. A.: E. Caspari. Stefan. Kunze.

[1]) Die allgemeinen Ausgaben für die Druckschriften betrugen 529,10 M., davon gehen ab die Einnahmen für den Kalender 1908 und andere = 390,55 M. Es verbleiben also 138,55 M.

[2]) Die Einnahmen für den Kalender für 1909 betragen im allgemeinen 1402,44 M. — Die Kosten 1089,15 M. — Es verbleiben 313,19 M.

[3]) Die Kosten des gedruckten Berichts über den Parteitag betragen 224,27 M. — Für den Bericht sind eingenommen worden 98,55 M. — Es verbleiben also 125,72 M.

Der Vorstandsbericht wurde von **Danysz**-Kattowitz erläutert. Die Arbeiterbewegung in Oberschlesien habe gute Fortschritte gemacht und zur Erstarkung der polnischen Sozialdemokratie beigetragen, trotz aller Schwierigkeiten, welche die Behörden und Geistlichen der Bewegung in den Weg legten. Namentlich in der Gegend von Zabrze könne die Partei erfreuliche Fortschritte verzeichnen. Mit Recht werde Zabrze als die Wiege der polnischen Sozialdemokratie in Oberschlesien bezeichnet. Die näheren Einzelheiten über die Fortentwickelung der polnisch-sozialdemokratischen

Bewegung, die das Arbeitervolk aus den Fesseln des Kapitalismus und der Grubenbesitzer befreien solle und zeigen wolle, daß die Arbeiter keine Sklaven, sondern selbständig und frei seien, würden die weiteren Verhandlungen des Parteitages dartun.

Gefängnisstrafen seien in der letzten Berichtsperiode über polnische Genossen nicht verhängt worden. Das komme aber nicht etwa daher, daß das polnische Arbeitervolk sich vor diesen Strafen fürchte, sondern weil es gelernt habe, vorsichtiger zu sein, und jeder wisse, daß er durch unvorsichtiges Vorgehen nur der Partei schade. Die beiden letzten Jahre hätten den Polen eine Reihe von Ausnahmegesetzen gebracht. Ganz besonders empfindlich sei das Sprachverbot, auf welches auch zurückzuführen sei, daß der Parteitag diesmal in Zabrze stattfinden müsse.

Der Jahresbericht zeige, daß die polnisch-sozialdemokratische Bewegung namentlich in Oberschlesien vorwärts schreite. Wenn jeder seine Hand an die Arbeit legen würde, werde sich die Bewegung bis zum nächsten Parteitage verdoppeln. Leider hätten sich gleich beim Anfange der Verhandlungen Streitigkeiten zwischen Trombalski und Biniszkiewicz ergeben. Er bitte diese nicht weiter fortzusetzen, da ein solches Vorgehen dem Parteitage nur schaden könne. Die bisherigen unliebsamen Auftritte seien um so bedauerlicher, als sie in Gegenwart der Vertreter der Polizei stattgefunden hätten, die sie sicher nicht nur den Behörden, sondern auch feindlichen Zeitungen mitteilen würden. Hierdurch aber werde der Anschein erweckt, als ob in der Partei Uneinigkeit und Zwist herrsche. Der Parteitag sei als öffentliche Versammlung einberufen worden, deshalb müßten alle persönlichen Angriffe unterbleiben. Wenn jemand wirklich schuldig sei, so seien Erörterungen hierüber auf dem Parteitage nicht am Platze. Wenn, wie geschehen, eine Entscheidung des Schiedsgerichts ergangen sei, und der schuldige Teil an den Parteitag nicht appelliert habe, so habe dieser mit der Angelegenheit nichts zu tun. Wolle jemand eine Aufklärung, so könne dies in einer Konferenz geschehen. In diesem Sinne appelliere er an die Genossen und bitte die Beratungen so zu führen, daß die sozialistische Bewegung nicht darunter leide.

Redakteur **Mieczkowski** erläuterte sodann den Kassenbericht. Seine Ausführungen boten nichts Bemerkenswertes. Er hob besonders hervor, daß die Kreise Kattowitz-Zabrze und Beuthen-Tarnowitz die größten Positionen aufzuweisen hätten, sodann komme die Emigration, Bremen und Wilhelmsburg.

Bei dem Punkt: „Alte Schulden" wies er darauf hin, daß diese aus den früheren Jahren stammten, in denen die Genossen für die Unterhaltung der Gazeta Robotnicza Gelddarlehen gegeben hätten, welche nun zurückgezahlt werden müßten. Im Jahre 1910 würden diese Schulden getilgt sein.

Im Jahre 1909 habe Dr. G. (?) 200 *M* für die Gazeta Robotnicza gestiftet. Dieser Betrag sei zu Agitationszwecken für diese Zeitung verwendet worden. Die Verbreitung der polnisch-sozialdemokratischen Kalender habe gute Erfolge gezeitigt, namentlich in Oberschlesien, Posen und Westpreußen. Die Polizei habe den Kalender beschlagnahmt, habe ihn aber, wie in allen solchen Fällen, wieder freigeben müssen. Immerhin seien hierdurch der Parteikasse nicht unerhebliche Kosten erwachsen. Größere Summen hätten die Aufrufe aus Anlaß der Steuerreform gekostet. Bibliotheken seien in Neudorf, Domb, Lipine und Zabrze begründet worden. Der Bericht über den letzten Parteitag habe der Parteikasse den Betrag von 224,27 *M* eingebracht. Dieser hätte größer sein können, wenn die Genossen sich mehr um die Verbreitung der Broschüre gekümmert hätten.

Bei der hierauf folgenden Diskussion gerieten wiederum **Biniszkiewicz** und **Blott** aneinander. Beide ergingen sich in persönlichen heftigen Angriffen aufeinander, die damit endeten, daß dem Blott von seiten der Anhänger des Biniszkiewicz Worte, wie „Frechheit", „Gemeinheit" und „Pfui" zugerufen wurden. Der Streit zwischen Biniszkiewicz und Blott ist, wie aus späteren Verhandlungen herauszuhören war, darauf zurückzuführen, daß bei der letzten Reichstagswahl im Wahlkreise Kattowitz-Zabrze Blott versucht hatte, dem als sozialdemokratischen Kandidaten aufgestellten Biniszkiewicz das Wasser dadurch abzugraben, daß er selbst sich als Arbeiterkandidat empfahl.

Winiecki-Kattowitz, bittet, den Streit zwischen Biniszkiewicz und Blott nicht weiter zu berühren. Der Parteitag sei dazu da, die allgemeine Arbeitersache vorwärts zu bringen.

Franz Podemski-Berlin klagt über die Kürze und Trockenheit des Vorstandsberichts. In ihm sei z. B. gar nicht erwähnt, welche Erfolge die Demonstrationsversammlungen gehabt hätten. Wenn Adamek zu Agitationszwecken in Posen und Gnesen gewesen sei, so sei es nicht begreiflich, weshalb er nicht auch Hohensalza besucht habe, wo über einen Stillstand der Bewegung geklagt werde.

Genosse Haase habe auf dem vorigen Parteitage einen dreistündigen Vortrag gehalten, welcher nach einem Beschlusse des Parteitages habe gedruckt werden sollen. Dies sei nicht geschehen. Was die Gazeta Robotnicza anbetreffe, so erführen die Versammelten nicht einmal, wie viel Abonnenten diese zur Zeit besitze.

Blott-Königshütte, Vertreter des Bochumer Bergarbeiter-Verbandes, kritisiert die Arbeiten des Parteivorstandes und insbesondere diejenige des Vorsitzenden Biniszkiewicz. Letzterer sei gar nicht so unentbehrlich, wie er sich selbst hinzustellen beliebe. Wo Mißstände vorhanden seien, müßten sie ausgerottet werden, sonst geschehe es so wie bei den Katholiken, welche ruhig seien, wenn ein Geistlicher noch so viel beginge.

Riemann-Zaborze wünscht, daß in allen Orten des oberschlesischen Industriebezirks **Zahlstellen des Bergarbeiter-Verbandes eingerichtet würden, weil diese als Vorkämpfer für die Gründung von sozialdemokratischen Vereinen, auch derjenigen der P. P. S., anzusehen seien.** In dieser Beziehung sei es Pflicht des Vorstandes, mit den Gewerkschaften Hand in Hand zu gehen und nicht gesondert zum Nachteil derselben.

Biniszkiewicz-Kattowitz weist die gegen die Vorstandsmitglieder erhobenen Vorwürfe zurück und bemerkt, daß es ganz ungehörig sei, wenn derartige Reibereien von seiten einiger Delegierter auf dem Parteitage zum Austrag gebracht würden, was nur Ärger und Nachteile für die Partei verursache. Es sei doch genug, daß man Polen in drei Teile zerrissen habe, und der Staat und Kapitalisten die polnischen Arbeiter knechteten.

Die Agitationsbroschüre (Rede des Redakteurs Haase auf dem letzten Parteitage) habe bisher nicht herausgegeben werden können, weil Haase sein Wort, die Rede abzufassen, trotz wiederholten Ersuchens nicht eingelöst habe.

Biniszkiewicz gibt schließlich seiner Überzeugung Ausdruck, daß die P. P. S. auch ohne die Tätigkeit solcher Genossen, wie Blott, Scholtyszek u. a. gute Fortschritte machen werde.

Sitek-Birtultau erklärt, daß die dortigen Mitglieder des Vereins sehr zerstreut wohnten, und daß der Vorstand und die Vereinsmitglieder von maßgebender Seite nicht genügend Informationen erhielten. Es müßten Mittel ausfindig gemacht werden, welche

die im Kreise Rybnik eingetretene Lauheit beseitigen könnten.

Zum Bericht des Parteivorstandes lagen noch zwei Anträge vor: 1. vom Verein der P. P. S. in Posen: Der Parteitag wolle beschließen, daß der Vorstand einmal vierteljährlich in der „Gazeta Robotnicza" und in den deutschen sozialdemokratischen Blättern bekannt mache, wo und welche Vereine der P. P. S. existierten. 2. Von den Genossen aus Frankfurt a. O.: Der Parteitag wolle beschließen, daß die auf dem Parteitage genehmigten Organisationssatzungen auch in den deutschen Parteiblättern zu veröffentlichen seien.

Beide Anträge wurden abgelehnt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

„Agitation". Hierzu lagen nachstehende Anträge vor.

1. Der Parteitag wolle beschließen:
   Ins Posensche einen ständigen Agitator für die Parteiarbeit, etwa einen Redakteur zu senden, wie es die Praxis bei der Tätigkeit des Genossen Haase gezeigt hat.
   Verein der P. P. S. in Posen.

Angenommen!

2. Der Parteitag wolle beschließen, daß im Falle des Bedürfnisses einer agitatorischen Kraft von seiten des Parteivorstandes Schritte getan werden, den Genossen Haase wieder anzustellen.
   Verein der P. P. S. in Zawodzie.

Abgelehnt!

3. Der Parteitag wolle beschließen und dem künftigen Vorstande den Auftrag geben, für jeden Wahlbezirk in Oberschlesien zwecks Agitation für die Gazeta Robotnicza und die Organisation einen Agitator zu unterhalten.
   Verein der P. P. S. in Laurahütte.

Abgelehnt!

4. Der Parteitag wolle dem Vorstand empfehlen, die Agitation in den Wahlbezirken Pleß, Rybnik und Ratibor zu betreiben und dort das Proletariat der polnischen Nationalität für die Idee des Sozialismus zu organisieren.
   Verein der P. P. S. in Laurahütte.

Angenommen.

5. Der Parteitag wolle beschließen, daß der Vorstand sich mit einer intensiven Agitation unter den polnischen Frauen befasse.
   Verein der P. P. S. in Laurahütte.

Angenommen.

6. Der Parteitag wolle beschließen, daß vierteljährlich ein Redner oder politischer Agitator zu den Vereinen in Nord-West-Deutschland gesandt werde. Die Hälfte der Kosten soll die deutsche Partei tragen.
   Verein der P. P. S. in Bremen.

Angenommen.

7. Der Parteitag wolle beschließen, daß in jeder Stadt, in der sich ein Verein der P. P. S. befindet, jährlich mindestens 4 öffentliche Versammlungen stattfinden, soweit die Polizeibehörden keine Schwierigkeiten machen.
   Ist der Verein in Hinsicht auf die schwachen Fonds nicht imstande, eine öffentliche Versammlung zu veranstalten, so soll der Vorstand mindestens die Hälfte der Kosten tragen.
   Ein Genosse aus Frankfurt a. O.

Angenommen.

Zum Antrag 1 weist **Paczkowski** Posen darauf hin, daß die Vereine in der Provinz Posen schlecht prosperieren, weil die Einflüsse der feindlichen Parteien und die Abhängigkeit der Leute von den Gutsbesitzern zu groß seien.

Durch den öfteren Besuch seitens der Kattowitzer Redakteure, vor allem durch die Entsendung des Haase, würde viel Gutes erreicht werden.

Redakteur **Wojciechowski** = Dortmund bemerkt, daß, wenn man auf die Gestaltung der allgemeinen politischen Verhältnisse einen Einfluß ausüben wolle, vor allem an Posen gedacht werden müsse. Aus Mangel an Fonds könne man aber die Wünsche der Posener Genossen nicht berücksichtigen. Man müsse aber Mitglieder des Vorstandes vierteljährlich nach Posen entsenden. Die Industriegegend müsse ferner mehr unterstützt werden. Oberschlesien sei die Zentrale der sozialdemokratischen Bewegung, hier müsse intensivere Arbeit geleistet werden. Man solle dem Vorstand Mittel bewilligen, um die sozialdemokratischen Organisationen Oberschlesiens mehr auszubauen.

Cepernik = Laurahütte bemerkt, daß Arbeiter und sozialdemokratische Vereine in der verschiedensten Weise seitens der Behörden und Kapitalisten schikaniert würden. Er halte es für ein unbedingtes Erfordernis, daß mehr politische und gewerkschaftliche Arbeit geleistet werde. Grundsatz sei hierbei, den Gedanken des einfachen Mannes zu erforschen und danach die agitatorische Arbeit einzurichten. Die Nationalpolen und deren Blätter seien am meisten schuld daran, daß viele Mitglieder der Sozialdemokratie den Rücken kehrten. Ein Oberleiter in organisatorischer und agitatorischer Beziehung sei nicht nur in Posen, sondern vor allem in Oberschlesien notwendig. Der Parteisekretär Trombalski habe durch seine nur kurze Tätigkeit im Bezirk Beuthen gute Resultate erzielt. In den Kreisen Pleß, Rybnik und Ratibor sei die Mitgliederzahl der P. P. S. in letzter Zeit sehr zurückgegangen. Ein weiterer Rückgang sei durch das im Anzug befindliche neue Zentrum-Polen-Kompromiß noch zu erwarten. Er trete für die Annahme der Anträge ein.

Paczkowski = Posen: Wenn in Posen nur ein Mensch für die P. P. S. arbeiten würde, so wäre das Resultat tausendfältig. Das Volk verlange dort überall Zeitungen und Versammlungen. Es müsse wenigstens ein Redakteur dorthin kommen. Jetzt fänden dort die Reichstagswahlen statt, und die polnischen Sozialdemokraten würden einen Fortschritt dabei zu verzeichnen haben. Es müßten weitere Schritte unternommen werden, denn nach $1^1/_2$ Jahren ständen wiederum Wahlen bevor.

Marcinczak = Bremen: Nach dem Norden Deutschlands müßten Redner entsandt werden, welche in den Versammlungen aufträten und den Geist weckten.

Frau **Drozdz** = Königshütte empfiehlt Unterstützung der Posener Genossen.

Kuß = Königshütte wünscht ebenfalls die Anstellung eines besonderen Parteisekretärs für Posen.

Rycmann = Zaborze, — Vertreter des Bergarbeiterverbandes — wünscht, daß der Vorstandsbeschluß, wonach Trombalski im Bezirk Zabrze nicht als Redner auftreten dürfe, aufgehoben werde, anderenfalls gewönnen die deutschen Wahl- und anderen Vereine immer mehr Mitglieder. Trombalski sei durch seine Reden speziell in Zaborze bei dem Arbeitervolke sehr beliebt, was für die sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und politischen Organisationen von großem Wert sei.

Parteisekretär **Trombalski** = Beuthen erwidert darauf, der Vorstand habe ihm durch die Versetzung nach Beuthen viel Arbeit abgenommen, wofür er ihm dankbar sei. Er arbeite im Beuthener Bezirk ebenso gern, wie in Kattowitz. In einem kurzen Zeitraum habe er im Kreise Beuthen 300 Mitglieder der P. P. S. zugeführt. Dies sei nur auf öffentliche Agitation zurückzuführen. Er ersuche, den Antrag Rycmann abzulehnen.

Biniszkiewicz = Kattowitz erwidert hierauf, daß der Antrag insofern als erledigt zu betrachten sei, als

Trombalski vom 1. Mai ab das Rechtsauskunftsbureau der Gazeta Robotnicza übernehmen werde.

Gewerkschaftssekretär **Ludwig Podemski** = Beuthen wünscht, daß die Sozialdemokratie in Oberschlesien in organisatorischer Beziehung die Oberhand gewinne. Sobald der Parteisekretär Trombalski auf seinem jetzigen Posten entbehrlich werden werde, beabsichtige man ihn in die Kreise Pleß, Ratibor und Rybnik zu entsenden, wo die Agitation noch lau sei. Es sei erforderlich, dort Leute als Agitatoren auszubilden. Er ersuche die Anträge 1 und 6, Posen und Bremen, aus finanziellen Gründen abzulehnen.

Blott = Königshütte wünscht mehr Agitationsarbeit unter dem armen Volke. Dem gewöhnlichen polnischen Arbeiter müsse recht oft und immer etwas neues in sozialistischem Sinne geboten bzw. erzählt werden, er müsse im Haus und bei der Arbeit brüderlich begrüßt und behandelt werden. Nur auf diese Weise könne man ihn für die sozialdemokratische Partei gewinnen.

Franz Podemski = Berlin hebt hervor, daß die P. P. S. auf einen entsprechenden Antrag hin die erforderlichen Unterstützungsfonds von der deutschen Sozialdemokratie erhalten müsse, um die Einrichtung der Entsendung von Sekretären bzw. Agitatoren in die Provinz Posen und in die Emigration durchführen zu können.

Wojciechowski = Dortmund bemerkt zu den Ausführungen Blotts, daß dessen Arbeit keine intensive sei. Für das Arbeitervolk, welches um einige Millionen Mark Steuern beraubt worden sei, müsse eine überzeugende Arbeit geleistet werden. Mit Rücksicht auf einen evtl. ausbrechenden Streik sei es notwendig, mit den Arbeiter-Organisationen zusammen zu arbeiten.

Redner ersucht den Parteitag, die Angelegenheit der Gemeindevertreterwahlen nicht außer acht zu lassen. Auch die Hausagitation dürfe nicht einschlafen.

Sklorz = Hohenlinde ersucht, Schritte zu unternehmen, damit der junge Verein Hohenlinde, welcher bereits 20 Mitglieder zähle, ein Versammlungslokal erhalte, denn nur dann könne man auf Fortschritte dort rechnen.

Bias = Neudorf, Kreis Kattowitz, erklärt, daß der Verein der P. P. S. dortselbst sich sehr lebhaft mit den Gemeindewahlen beschäftige und mit der Zeit das Gewünschte erreichen werde.

Was die Befürchtungen von einigen Seiten betreffe, daß der nationalpolnische Verein „Zjednoczenie Zawodowe" (Polnische Berufsvereinigung) der P. P. S. Abbruch tun werde, so könne er zur Beruhigung erklären, daß dies für Neudorf nicht in Frage komme. Die Polnische Berufsvereinigung leiste für die Arbeiter nichts.

2. Verhandlungstag.

Die Diskussion **zu Punkt 2 „Agitation"** wird am zweiten Tage vormittags 11½ Uhr fortgesetzt. Redakteur **Mieczkowski** = Kattowitz hält die Anstellung eines Parteisekretärs oder Redakteurs in Posen und in der Emigration für undurchführbar. Bezüglich der Wiedergewinnung des Redakteurs Haase für Oberschlesien bemerke er, daß daran nicht mehr zu denken sei. Dieser verzichte hier auf weitere Arbeit, weil er in **Galizien** eine bessere Stellung habe.

Scholtyssek = Rybnik wirft dem Vorsitzenden Biniszkiewicz Feindseligkeiten nicht nur gegen die polnischen, sondern auch gegen die deutschen Gewerkschaften, wie überhaupt gegen die deutsche Partei vor. Die Auseinandersetzungen gehen so weit, daß der Delegierte **Winiecki** den XII. Parteitag der P. P. S. mit der russischen Duma vergleicht. In Rußland gebe es ebenfalls viele Einzelpersonen, welche die daselbst bestehenden Organisationen zu sprengen versuchten. Dasselbe könne man auch vom XII. Parteitag in Zabrze sagen.

Im Laufe der weiteren Verhandlungen ergibt sich, daß Winiecki längere Zeit in Rußland aufhaltsam war, dort an der organisatorischen Arbeit regen Anteil nahm und sogar Vorsitzender von Vereinen der P. P. S. war.

Stachula = Wilhelmsburg: Es mache den Eindruck, als ob jeder Verein nur für sich etwas herauszuschlagen suche. Posen, Oberschlesien und die Emigration verlangten Agitatoren.

Paczkowski = Posen: Die polnischen Sozialdemokraten müßten in der Heimat den Boden vorbereiten, damit solche Leute, welche auswanderten, wüßten, wohin sie gehören. Es müsse im Posenschen für die P. P. S. ein Parteisekretär bestellt werden und nicht für die deutsche Partei, denn diese kenne das polnische Volk nicht. In Posen veranstalte die deutsche Partei oft deutsche Versammlungen, aber die Teilnehmer seien meist Polen.

Sitek = Birtultau wünscht einen Redakteur oder Agitator für den Kreis Rybnik wenigstens auf einige Tage im Monat, um nicht nur die dortige Organisation zu beleben, sondern auch zwecks Begründung neuer Vereine der P. P. S.

Kunce = Zabrze beschwert sich darüber, daß die verschiedenen deutschen Frauen- und Wahlvereine und der Klerus zu sehr das Volk an sich reißen. Es müsse unbedingt der Verdummung durch die „Pfaffen" und Nationalpolen entgegengetreten werden. Vor allem bedürfe es der regsten Agitation unter den Frauen.

Kulpa = Bielschowitz wünscht mehr Unterstützung in der sozialdemokratischen Agitation, namentlich Entsendung von tüchtigen Rednern zu den öffentlichen Versammlungen. In dem oberschlesischen Volke stecke viel sozialdemokratischer Geist, sonst wäre Korfanty nicht herausgetrieben worden. Der Bielschowitzer Verein zähle bereits 400 Mitglieder.

Franz Podemski = Berlin. Die Delegierten hätten das Recht, von dem Vorstande einen Parteisekretär für Posen zu verlangen. Wenigstens einmal in jedem halben Jahre müsse jemand vom Vorstande die Vereine der polnisch-sozialdemokratischen Partei im Westen besuchen.

Endlich wurde über die zu dem Punkte „Agitation" gestellten Anträge abgestimmt. Angenommen wurden die Anträge 1, 4, 5, 6 und 7.

Es folgte nun die Beratung des Punktes 2c der Tagesordnung: **„Presse".**

Der Vorsitzende **Biniszkiewicz** = Kattowitz teilte zunächst mit, daß die Gazeta Robotnicza seit dem letzten Parteitage 500 Abonnenten gewonnen habe. In Berlin habe das Blatt viele Abonnenten verloren, während es in Oberschlesien, insbesondere im Bezirk Kattowitz-Zabrze zahlreiche Leser neu gewonnen habe. In Beuthen, Tarnowitz, Schwientochlowitz, Königshütte stehe es mit der Zeitung schlechter. Obwohl in manchen Orten, wie Lipine die Kolportage musterhaft organisiert sei. Großen Abbruch bereiteten der Gazeta Robotnicza die verschiedenen Korfantyblätter, weil sie ihre Abonnenten gegen Unfall versicherten, eine Sache, die bei der Gazeta Robotnicza schwer durchführbar sei, aber werde durchgeführt werden müssen. Dann werde man auch bald den Zuschuß der deutschen Genossen für die Gazeta Robotnicza verringern können.

Zu dem Punkte lagen nachbenannte 18 Anträge vor:

1. Der Verein Lipine stellt den Antrag, daß die Gazeta Robotnicza täglich mit Illustrationen erscheine.

Verein der P. P. S. in Lipine.

Abgelehnt!

2. Der Parteitag wolle beschließen, daß die Gazeta Robotnicza täglich unter dem Titel „Dziennik Ludowy" — Volks-Tageblatt — erscheine.

Verein der P. P. S. in Posen.

Abgelehnt!

3. Die Genossen aus Bremen verlangen, daß die Gazeta Robotnicza in einen „Dziennik Ludowy" umgewandelt werde.

Verein der P. P. S. in Bremen.

Abgelehnt!

4. a) Der Parteitag wolle beschließen, daß die Gazeta Robotnicza täglich mit der wöchentlichen Beilage „Po pracy" erscheine.
b) In diesem Falle soll die Gazeta Robotnicza „Dziennik Robotniczy" heißen.

Josef Musielak. Eduard Monhaupt. Viktor Rumfeld, Hamburg.

Abgelehnt!

5. Ist die Umwandlung der Gazeta Robotnicza in eine Tageszeitung unmöglich, dann wolle der Parteitag beschließen, daß der Gazeta Robotnicza ein halber Bogen als Beilage (außer der Beilage „Po pracy") beigefügt werde.

Verein der P. P. S. für Berlin und Rixdorf.

Angenommen!

6. Die westfälische Konferenz empfiehlt den Delegierten für den Parteitag: Vom Parteitage die Umgestaltung der Gazeta Robotnicza in eine Tageszeitung zu verlangen.

Abgelehnt!

7. Die Verbesserung und Vervollkommnung des Inhalts der Gazeta Robotnicza zu verlangen.

Angenommen!

8. Im Falle der Ablehnung des Antrags 7 zu verlangen, daß die Gazeta Robotnicza ständig dreimal wöchentlich mit einer vergrößerten Beilage erscheine.

Angenommen!

9. Die Delegierten sollen verlangen, daß die Beilage die Rubrik „Bibliographie" führt, in der die der Redaktion zugesandten Korrespondenzen besprochen werden.

Die westfälische Konferenz.

Abgelehnt!

10. Der Parteitag wolle beschließen, daß die wöchentliche Beilage der Gazeta Robotnicza illustriert erscheine.

Verein der P. P. S. in Domb.

Abgelehnt!

11. Der Parteitag wolle die Vergrößerung der Gazeta Robotnicza durch öftere Beilagen beschließen.

Verein der P. P. S. in Königshütte.

Durch Annahme von Antrag 8 erledigt.

12. Der Parteitag wolle beschließen, daß eine jede Nummer des Parteiorgans der P. P. S. eine Inhaltsangabe enthalte.

Ein Genosse aus Frankfurt a. O.

Abgelehnt!

13. Die Konferenz verlangt die Beseitigung jeglicher Alkoholannoncen in der Gazeta Robotnicza.

Die westfälische Konferenz.

Abgelehnt!

14. Der Parteitag wolle beschließen, daß den Genossen für die eingesandten Korrespondenzen, besonders den älteren Genossen, eine Gratifikation gezahlt werde.

Ein Genosse aus Redendorf.

Abgelehnt!

15. Der Parteitag wolle beschließen, daß die Gazeta Robotnicza den Abonnenten eine Versicherung gegen Unfall gewähre.

Verein der P. P. S. in Laurahütte.

Angenommen!

16. Der Parteitag wolle für die Kolporteure der Gazeta Robotnicza einheitliche Bons zwecks wöchentlicher Einsammlung des Abonnements beschließen.

Verein der P. P. S. in Bremen.

Angenommen!

17. Der Parteitag wolle die Herausgabe einer illustrierten Zeitung zum 1. Mai für 10 Pf. pro Stück beschließen.

Verein der P. P. S. in Posen.

Angenommen!

Ferner wurde noch ein 18 ter von **Wojciechowski**-Dortmund gestellter Antrag folgenden Inhalts **angenommen:**

Der Parteitag fordert von dem Parteivorstande, daß er auf die Redaktion der Gazeta Robotnicza seinen Einfluß dahin geltend mache, daß unser Parteiorgan **einen ausgesprochen politischen Charakter** erhalte, daß kein politischer Vorgang unbeachtet gelassen, sondern vom Gesichtspunkte der Politik des polnischen Arbeitervolkes aus gehörig beleuchtet werde. Mit Rücksicht darauf, daß der Brennpunkt der polnischen Politik Posen ist, und unsere Organisation in Posen sich bisher den erforderlichen Einfluß nicht hat verschaffen können, **muß die Gazeta Robotnicza einen speziellen Teil den Verhältnissen in Posen widmen.** Dieser Teil muß in 4 Abschnitte zerfallen:

a) in einen politischen,
b) „ „ kulturellen,
c) „ „ wirtschaftlichen,
und d) „ „ Teil über die Vereinsbewegung.

Der Parteitag empfiehlt dem Vorstande ferner, auf die Redaktion der Gazeta Robotnicza dahin einzuwirken, daß sie die polnische Arbeiterbewegung in den anderen Anteilen (Rußland und Österreich) nicht mit Stillschweigen übergehe.

Weiter wurde ein 19 ter von **Wojciechowski** gestellter Antrag **angenommen:**

„Der Parteitag beschließt, daß die Gazeta Robotnicza Mitteilungen aus fern und nahe veröffentlicht."

Bei der Diskussion über diesen Punkt der Tagesordnung spricht sich **Czajor**-Lipine dafür aus, daß die Gazeta Robotnicza, wenn auch nicht in allen Nummern, so doch öfter Illustrationen bringe. Hierdurch würde für die Zeitung mehr Interesse erweckt werden.

Wojciechowski-Dortmund tritt für tägliche Herausgabe der Zeitung ein. Die Gazeta Robotnicza müsse ihren Inhalt so einrichten, daß die Arbeiter aus ihr wirklich Nutzen ziehen könnten. Bisher sei der Inhalt nicht derartig. Oft fehlten sehr wichtige Sachen in ihr. Von dem Parteitage sei z. B. in dem Parteiblatt vorher fast gar nicht die Rede gewesen. Die Zeitung müsse sich weniger mit gewerkschaftlichen, als politischen Dingen befassen, oder gewerkschaftliche Angelegenheiten vom politischen Standpunkte aus beleuchten, z. B. öfter über Streiks, das brutale Vorgehen der Polizei und der militärischen Macht bei solchen berichten,

kurz, das Volk aufklären. In Posen tobe gegenwärtig bei der Reichstagsersatzwahl unter den Polen ein heftiger Kampf. Solche Gelegenheiten müsse die Gazeta Robotnicza ausnützen. Überhaupt müsse sich das Blatt mehr mit den Posener Angelegenheiten befassen. Posen bilde doch das Zentrum der polnischen Bewegung, von dort wanderten alljährlich ungeheure Massen polnischer Arbeiter nach dem Westen. Diese müßten vorher durch die Gazeta Robotnicza aufgeklärt werden. Auch müsse den Arbeitern aus Posen, welche im Westen in Arbeit träten, in der Gazeta Robotnicza möglichst viel Lesestoff aus ihrer Heimat geboten werden.

Die polnischen Genossen interessiere weiter die Arbeiterbewegung in Galizien und im Königreich Polen, weil sie den dortigen Arbeitern durch die Gemeinsamkeit der Sprache nahe ständen.

Hinsichtlich der Berichte über die Verhandlungen im Land- und Reichstage müsse die Zeitung vor allem diejenigen berücksichtigen, welche das polnische Arbeitervolk beträfen. Aus der Provinz Posen müsse das heuchlerische Verhalten des polnischen Adels und der Geistlichkeit dem Volke gegenüber in das richtige Licht gestellt werden; auch über soziale und Vereinsangelegenheiten aus Posen müsse die Zeitung mehr bringen.

Franz Podemski-Berlin. Die Gazeta Robotnicza besitze in Berlin etwa 30 Abonnenten. Was den Antrag der Umwandlung dieser Zeitung in ein täglich erscheinendes Blatt betreffe, so müsse er diesen schon deshalb befürworten, weil die deutsche Partei zu diesem Zwecke eine Subvention gewähre. Die Zeitung enthalte jetzt viel zu viel Annoncen; es müsse mehr Radikalismus in ihr hervortreten. Die Leitartikel könnten nicht radikal genug sein, um die Kultur des preußischen Staates und des Kapitalismus zu demaskieren. In solchen Artikeln müsse dargetan werden, wie die Schutzleute, wie vor kurzem in Berlin, die Arbeiter mit dem Säbel über die Köpfe hieben, wie bei den jüngsten Manifestationen in Teltow die preußischen Gendarmen wie russische Kosaken um sich stachen usw. Auch ausländische Angelegenheiten müßten in dem Blatte mehr berücksichtigt werden. Eine Unfallversicherung dürfe die Gazeta Robotnicza nicht einrichten. Die nationalen Zeitungen, die das täten, gingen nur auf Abonnentenfang aus.

Gonsik-Schwientochlowitz klagt über zu geringe Verbreitung der Gazeta Robotnicza in Oberschlesien. Er selbst habe in Schwientochlowitz in letzter Zeit 15—20 neue Abonnenten gewonnen.

Blott-Königshütte spricht seine Zufriedenheit mit dem Parteiorgan aus. In den Versammlungen müsse mehr darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiter anstatt arbeiterfeindlicher Blätter die Gazeta Robotnicza lesen. Annonciert müsse in dem Blatte werden. Durch Einführung einer Versicherung könne die Zeitung nur vorwärts gebracht werden.

Rycmann-Zabrze. Wenn die Gazeta Robotnicza vorwärts kommen solle, so könne dies nur durch Einführung einer Versicherung der Abonnenten oder durch Umwandlung der Zeitung in ein täglich erscheinendes Blatt geschehen. Durch die Versicherung blühten gerade die Katolikblätter und verdrängten so die Gazeta Robotnicza, zumal sie von den Geistlichen empfohlen würden. Illustrationen kosteten viel Geld. Hierzu seien keine Fonds vorhanden. Die Pressekommission habe keinerlei Beschwerden über die Redaktion der Gazeta Robotnicza vorzubringen gehabt.

Scholtyssek-Rybnik. Eine Tageszeitung wäre sehr erwünscht und gut, doch mangele es an den erforderlichen Mitteln. Es sei besser, daß die Gazeta Robotnicza, so wie sie zurzeit ist, in doppelter Anzahl verbreitet werde. Annoncen müßten in der Zeitung aufgenommen werden, denn sie dienten zu deren Unterhalt und brächten zudem noch einen Gewinn ein, der zu Agitationszwecken verwendet werden könne. Die Einführung einer Versicherung für die Abonnenten sei kein Schacher, sondern sehr erwünscht. Das hätten die Gewerkschaften längst erkannt und sich diese Einrichtung zunutze gemacht.

Boris-Zawodzie spricht sich gegen die Einführung einer Versicherung aus, welche nur dazu führen könne, daß die Gazeta Robotnicza sich blamiere. Dagegen trete er für die Umwandlung des Blattes in eine täglich erscheinende Zeitung ein. Viele Leute läsen heut nur solche Zeitungen, die täglich erschienen. Der Inhalt der Gazeta Robotnicza müsse radikaler werden und das Volk in polnischem Geiste erziehen.

Winiecki-Kattowitz warnt vor Abhaltung von Versammlungen in Restaurants. Das widerspreche u. a. auch der Antialkoholbewegung unter den polnischen Genossen. Auch könne er es nicht billigen, daß in der Gazeta Robotnicza nur die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten veröffentlicht würden. Das polnische Arbeitervolk könne auf diese Weise niemals erfahren, was Napieralski, Korfanty oder Glowacki dort gesprochen hätten. Auch über Demonstrationen müsse in dem Parteiblatte ausführlich berichtet werden. Wirtschaftliche Angelegenheiten zu erörtern, sei weniger notwendig. Für die Gazeta Robotnicza müßten endlich die Frauen mehr gewonnen werden, welche jetzt oft die ausgesprochensten Feindinnen dieser Zeitung seien.

Biniszkiewicz-Kattowitz. Die Gazeta Robotnicza könne nicht, wie beantragt, auch an den Feiertagen erscheinen. Diese seien einmal da und müßten beachtet werden. Wenn die deutschen Genossen für die Zeitung eine Unterstützung gäben, so geschehe dies nur zu dem Zwecke, um sie vorwärts zu bringen und auf eigene Füße zu stellen. Wenn sie nach 10 Jahren keine Fortschritte sehen würden, sei zu befürchten, daß sie die Unterstützung wieder entziehen. Erfolge könne man nur durch Einführung einer Versicherung erzielen. Durch die Kolporteure seien mehrere Hundert neue Abonnenten gewonnen worden, doch seien diese zum größten Teil wieder abgefallen, weil die Frauen gegen die Gazeta Robotnicza seien. Sie wären durch Gewährung einer Sterbe- oder Unfallunterstützung am ehesten zu gewinnen. Die Zentrumsmänner und Korfantyanhänger hätten das schon längst durchschaut. Die Regierung wolle nun derartige Versicherungen verbieten. Man müsse sich daher für diese Angelegenheit mehr wie bisher interessieren. Er sei gegen die Umwandlung der Gazeta Robotnicza in eine Tageszeitung, empfehle aber verdoppelte Beilagen. Annoncen seien notwendig. Der Annoncenteil habe einen Gewinn von 2900 ℳ eingebracht. Illustrationen seien sehr teuer.

Kunce-Zabrze beklagt sich darüber, daß die ganze Masse der Gewerkschaftler die Gazeta Robotnicza nicht lese, sondern andere Blätter.

Frau Trozdz-Königshütte. Das Parteiorgan müsse in Stärke von zwei Bogen herausgegeben werden. Die Agitation in Schänken führe zu nichts. Auf dem Schnaps könne man nichts aufbauen.

Banaszkiewicz-Posen. Im Posenschen sei die Aufklärung unter den Genossen so weit vorgeschritten, daß diese eine täglich erscheinende Zeitung verlangten. Viele polnische Genossen hielten deshalb die Volkswacht. Zur Feier des 1. Mai seien im Jahre 1909 von Sremski-Posen Maischriften aus Krakau bestellt worden, doch seien diese nicht rechtzeitig eingetroffen. Man müsse derartige Schriften in deutschen Druckereien herstellen lassen.

Paczkowski-Posen. Die Gazeta Robotnicza bringe oft die gleichen Artikel, wie die in Posen erscheinende „Oswiata". Der Parteivorstand müsse, um dies zu verhindern, sich mit der Oswiata vorher ins Einvernehmen setzen. Er unterstütze den Antrag auf Um-

wandlung des Titels der Gazeta Robotnicza in Dziennik Ludowy — Arbeiterzeitung in Volks-Tageblatt — denn die Zeitung werde oft mit der Begründung nicht gelesen, daß sie nur für Arbeiter bestimmt sei.

Danysz-Kattowitz. Eine illustrierte Zeitung wäre sehr notwendig, doch fehle es an den erforderlichen Mitteln. Aus dem gleichen Grunde könne die Zeitung nicht täglich erscheinen.

Frau Drozdz-Kattowitz tritt nochmals für ein dreimaliges Erscheinen der Zeitung in der Woche jedoch in vergrößertem Umfange ein.

In gleichem Sinne spricht sich **Bias** aus.

Kuß-Königshütte. Er sei seit zwei Jahren Kolporteur der Gazeta Robotnicza und könne aus eigener Erfahrung bekunden, daß viele dieses Blatt nicht abonnierten, weil es keine Sterbe- oder Unfall-Unterstützung gewähre. Diese müßte allerdings, wenn sie eingeführt würde, mindestens so hoch sein, wie sie andere Zeitungen gewähren.

Tyrna-Miechowitz spricht sich gegen eine tägliche Herausgabe der Gazeta Robotnicza aus. Es genüge, wenn sie dreimal erscheine.

Mieczkowski-Kattowitz. Wenn die Genossen über den Punkt „Presse" sprächen, nähmen sie sich immer die deutsche Presse zum Muster. Aber die Gazeta Robotnicza arbeite unter ganz anderen Bedingungen. Es fehle ihr insbesondere an tüchtigen Korrespondenten. Die Redaktion allein könne nicht alles machen, sie sei bereits bis zum Aeußersten belastet.

Damit war die Diskussion erschöpft und es wurde nunmehr über die einzelnen Anträge abgestimmt. Dabei wurden angenommen die Anträge **5, 7, 8, 11, 15, 16, 17** und die beiden von Wojciechowski-Dortmund gestellten Anträge **18** und **19.**

Es folgte nunmehr Punkt 3 der Tagesordnung:

Änderung der Organisationssatzungen und der Vereinsstatuten.

Hierzu lag nachstehendes Projekt vor:

Projekt
des Organisationsstatuts der polnisch-sozialdemokratischen Partei im preußischen Anteils.

Vorgelegt dem XII. Parteitag der P. P. S.

(Die Statuten**änderungen** sind durch Fettdruck kenntlich gemacht.)

Zugehörigkeit zur Partei.

§ 1.

Der polnisch-sozialdemokratischen Partei gehört jeder an, der ihr Programm und die Beschlüsse des Parteitages anerkennt und **Mitglied eines Vereins der P. P. S. ist.**

angenommen mit einem Zusatz (siehe Seite 17).

Organisationsaufbau.

§ 2.

Die Organisation der P. P. S. setzt sich aus Bezirksparteivereinen zusammen, zu welchen alle polnischen Genossen des betreffenden Bezirks gehören müssen; soweit zu einem Bezirk mehrere Ortschaften gehören, können die Genossen in jeder von ihnen eine örtliche Filiale des Bezirksparteivereins begründen.

Angenommen.

§ 3.

Pflicht des Bezirksparteivereins und der Ortsvereine ist die Führung der organisatorischen und agitatorischen Parteiarbeit auf dem Gebiete ihrer Tätigkeit.

Die Bezirksvereine müssen sich zu Kreisorganisationen zusammenschließen.

Angenommen.

§ 4.

Vereine, die auch Frauen zu Mitgliedern zählen, müssen ihnen bei Vorstandswahlen nach Möglichkeit eine Vertretung zukommen lassen.

Abs. 1 unverändert angenommen.

Frauen, die Vorstandsmitglieder sind, haben im Einverständnis mit dem ganzen Vorstande überwiegend unter den Frauen zu agitieren.

Abs. 2 erhielt eine andere Fassung (siehe S. 17).

Bisheriges Organisationsstatut.

(Bemerkung: Die beantragten Abänderungen sind nebenseitig fett gedruckt.)

§ 1.

Zur P. P. S. kann jeder gehören, der ihr Programm und die Parteibeschlüsse anerkennt und in ihrem Sinne wirkt, ferner wer die Partei dauernd moralisch und materiell unterstützt.

§ 2.

Die Organisation der P. P. S. setzt sich aus den Parteivereinen in den einzelnen Kreisen zusammen, zu denen alle polnischen Genossen des betr. Kreises gehören müssen mit Ausnahme derer, denen begründete Hinderungsgründe zur Seite stehen. Wenn zu einem Kreise mehrere Ortschaften gehören, können die Genossen in jeder von diesen Ortsfilialen des Kreisparteivereins bilden.

§ 3.

Über die Aufnahme in die Partei entscheiden die Ortsvereine oder auch (in Fällen, die im § 6 vorgesehen sind) die Vertrauensmänner. In strittigen Fällen hat man sich an den Parteivorstand zu wenden. Eine Person, die der Partei Schande macht, oder überhaupt zu ihrem Schaden wirkt, kann der Partei nicht angehören. Ausschließungen sollen nicht öffentlich vollzogen werden, sondern im Sinne der allgemeinen Organisationssatzungen.

§ 4.

Pflicht des Kreis-Parteivereins und der Ortsvereine ist es, die Partei-Organisations- und Agitationsarbeit auf dem Gebiete ihrer Tätigkeit zu leiten.

§ 5.

Die Höhe der Beiträge bestimmen die Bezirke. Der niedrigste Monatsbeitrag muß jedoch für Männer 30, für Frauen 15 Pf. betragen.

Die Bezirke schicken jedes Vierteljahr mindestens 40 % **von dem Erlös für verkaufte Marken dem Vorstand der P. P. S.** Von dieser Summe werden in die allgemeine Zentral-Parteikasse **die Hälfte** oder 20 % abgeführt. **Genossen, die an Orten wohnen, wo keine Organisation existiert, müssen ihre Zugehörigkeit zur Partei durch Zahlung von Beiträgen direkt an den Vorstand der P. P. S. unterhalten.**

Angenommen.

Rechenschaftsberichte.

§ 6.

Zu Anfang eines jeden Kalenderjahres erfolgen die Wahlen der Vorstände der Parteivereine.

Der Vorstand des Bezirksvereins sendet jedes Vierteljahr bis zum **15.** seinen Bericht an den Parteivorstand.

Dieser Bericht enthält Angaben über die Agitationstätigkeit im Bezirk, den Stand der Bezirksparteipresse, über die Zahl der organisierten Vereine, über die Höhe der Beiträge, die von den Mitgliedern eingezogen worden sind und eine Berechnung der Einnahmen und Ausgaben, auch gibt er die **Adressen der Vereinsvorstände an.**

Der Parteivorstand ist verpflichtet, den Vereinen gedruckte Formulare zu übersenden, um hierdurch die Berichterstattung zu erleichtern.

Angenommen.

Parteitag.

§ 7.

Der Vorstand beruft **alle 2 Jahre** einen Parteitag ein.

Angenommen!

§ 8.

An den Beratungen nehmen teil: 1. die Vorstandsmitglieder, die Mitglieder der Kontroll- und Pressekommission und der Delegierte der Redaktion der Gazeta Robotnicza; 2. die Delegierten (Männer und Frauen) der einzelnen Ortsorganisationen. Jeder Wahlbezirk kann Delegierte entsenden, und zwar:

bis zu	50	organisierten Genossen	1 Delegierten
von	51—100	" "	2 Delegierte
"	**101—200**	" "	**3** "
"	**201—300**	" "	**4** "
"	**301—400**	" "	**5** "
"	**401—500**	" "	**6** "
"	**501—600**	" "	**7** "
über	**600**	" "	**8** "

Bezirke, die mehrere Delegierte entsenden, müssen unter diesen mindestens auch eine Frau entsenden.

Die Zahl der organisierten Genossen wird nach den gezahlten Beiträgen auf Grund des Kassenberichts für das letzte Vierteljahr festgesetzt.

Angenommen mit einem Zusatz (siehe S. 17).

§ 5.

Die Kreise senden jeden Monat mindestens 40 % ihrer Einnahmen, die sich aus den regelmäßigen Beiträgen zusammensetzen, an den Parteivorstand. Von dieser Summe sendet der Vorstand 20 % der Kreiseinnahmen aus den regelmäßigen Beiträgen an die allgemeine Zentral-Parteikasse.

§ 6.

In Kreisen resp. Orten, wo die Gründung eines Partei-Vereins nicht möglich ist, wählen die Genossen einen oder mehrere Vertrauensmänner. Die Namen der Gewählten sind dem Vorstand sofort mitzuteilen.

Die Vertrauensmänner können freiwillige Beiträge entgegennehmen und Quittung durch besondere Marken über den Empfang erteilen.

§ 7.

Am Ende eines jeden Kalenderjahres erfolgen die Wahlen der Vorstände der Parteivereine. Die Namen der Gewählten sind dem Parteivorstande sofort mitzuteilen.

Der Vorstand des Kreisvereins übersendet vierteljährlich dem Parteivorstande seinen Bericht.

Dieser Bericht enthält Angaben über die Agitationstätigkeit, über den Stand der Parteipresse im Kreise, über die Zahl der organisierten Genossen, über die Höhe der von den Mitgliedern eingezogenen Beiträge, sowie eine Aufrechnung der Einnahmen und Ausgaben.

Einen gleichen Bericht erstatten allmonatlich auch die Vertrauensmänner.

§ 8.

Mit Einwilligung des Parteivorstandes können die Genossen provinzielle Agitationskommissionen bilden, die auf der allgemeinen Konferenz der Delegierten der betr. Bezirke gewählt werden.

§ 9.

Die Einladungen zum Parteitag und der Entwurf der Tagesordnung müssen mindestens 6 Wochen vor dem Parteitage dreimal im Parteiorgan abgedruckt werden.

Abs. 1 wird angenommen.

Der Parteivorstand ist verpflichtet, vier Wochen vor dem Parteitage einen allgemeinen Bericht über seine Tätigkeit in der Gazeta Robotnicza zu veröffentlichen.

Abs. 2 erhält eine andere Fassung (siehe S. 17).

§ 10.

Jeder Parteigenosse hat das Recht, an den Vorstand Anträge für den Parteitag einzusenden, und zwar spätestens **14 Tage** vor Beginn der Verhandlungen. Die Anträge werden im Parteiorgane veröffentlicht.

Angenommen.

Die Tätigkeit des Parteitages.

§ 11.

Der Parteitag wählt das Bureau, prüft die Mandate und stimmt über die Tagesordnung ab. Zu seinen Obliegenheiten gehört: 1. die Entgegennahme der Rechenschaftsberichte über die Tätigkeit des Vorstandes, der Kontroll- und Pressekommission; 2. Diskussion über die Anträge und Beschlußfassung in allen die Partei betreffenden Angelegenheiten; 3. Wahl des Vorstandes und Bezeichnung des Ortes seines Sitzes; 4. Wahl der Kontroll- und Pressekommission.

Bemerkung zu Punkt 3 und 4:

Kandidaten können nur solche Genossen sein, die mindestens 1 Jahr in der Partei tätig sind.

Angenommen.

Außerordentlicher Parteitag.

§ 12.

Das Recht der Einberufung eines außerordentlichen Parteitages steht zu: 1. dem Vorstande im Einverständnis mit der Kontrollkommission; 2. der Kontrollkommission mit Einverständnis mit der Mehrheit derjenigen Bezirke, die wenigstens die Mehrheit der organisierten Genossen umfassen. Die Einladungen zum Parteitag müssen mindestens 3 Wochen vor dem festgesetzten Termin nach der bekannten Ordnung veröffentlicht werden.

Angenommen.

Der allgemeine Parteitag.

§ 13.

Die Wahlen zum allgemeinen Parteitag finden nach der Vorschrift des ersten Absatzes des § 7 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei des Deutschen Reiches statt, welches besagt, daß jeder Reichstagswahlbezirk delegieren kann:

bis zu	**1 500**	**Organisierten**	**1 Delegierten**
„ „	**3 000**	„	**2 Delegierte**
„ „	**6 000**	„	**3** „
„ „	**12 000**	„	**4** „
„ „	**18 000**	„	**5** „
über	**18 000**	„	**6** „

Angenommen.

Parteitag.

§ 9.

Der Vorstand beruft einmal im Jahre einen Parteitag ein, der in den polnischen Landesteilen stattfinden soll, soweit örtliche Verhältnisse nicht unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg legen. Die Beratungen auf dem Parteitage sind grundsätzlich öffentlich.

§ 10.

Die Einladungen zum Parteitage, sowie die Tagesordnung müssen wenigstens 6 Wochen vorher dreimal im Parteiorgan veröffentlicht werden.

§ 11.

Jeder Parteigenosse hat das Recht, dem Vorstande Anträge zum Parteitage einzusenden, spätestens aber 10 Tage vor dem Beginn der Beratungen. Die Anträge werden im Parteiorgan veröffentlicht.

§ 12.

Die Wahlen zum allgemeinen Parteitage finden gemäß § 11[1] der Organisations-Satzungen der sozialdemokratischen Partei im Deutschen Reiche statt.

§ 13.

An den Beratungen auf dem Parteitage nehmen teil: 1. Die Mitglieder des Vorstandes, diejenigen der Kontroll- und Preßkommission, und der Delegierte der Gazeta Robotnicza; 2. Die Delegierten und Delegiertinnen der Ortsorganisationen. Jeder Wahlkreis kann entsenden:

bis zu	50	Organisierten	1 Delegierten,
„	51—100	„	2 Delegierte,
„	101—150	„	3 „
„	151—200	„	4 „
„	201—250	„	5 „
„	251—300	„	6 „
„	301—400	„	7 „
„ über	400	„	8 „

Die organisierten Genossen werden nach den gezahlten Beiträgen auf Grund des Kassenberichts aus dem letzten Vierteljahr berechnet.

Der Parteivorstand.

§ 14.

Der Parteitag wählt in geheimer Wahl 5 Vorstandsmitglieder. Der Vorstand selbst wählt aus sich heraus 2 Vorsitzende, 2 Schriftführer und einen Schatzmeister und veröffentlicht ihre Namen im Parteiorgan.

Angenommen.

§ 15.

Im Falle des Ausscheidens eines Vorstandsmitgliedes wählt die Kontrollkommission dessen Nachfolger.

Angenommen.

§ 16.

Der Vorstand leitet die ganze Tätigkeit der Partei, kontrolliert die ganze Parteibewegung und verfügt nach eigenem Ermessen über die Fonds der Partei.

Den Vorstandssitzungen wohnt ein Vertreter der Gazeta Robotnicza mit beratender Stimme bei.

Können die Genossen irgend eines Wahlbezirks in den polnischen Landesteilen in Fragen einer Kandidatur nicht zur Verständigung gelangen, so ist es Sache des Vorstandes der P. P. S. und des Allgemeinen Parteivorstandes, eine solche Verständigung herbeizuführen.

Angenommen.

Die Kontrollkommission.

§ 17.

Der Parteitag wählt **die aus 5 Personen bestehende** Kontrollkommission, an die alle Beschwerden über den Vorstand zu richten sind. Diese Kommission kontrolliert mindestens ein Mal im Vierteljahr die Tätigkeit des Vorstandes und den Stand der Parteifinanzen.

Sämtliche an die Kontrollkommission gerichteten Schreiben sind an den Vorsitzenden dieser Kommission zu richten. Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Vorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Angenommen.

Das Parteiorgan.

§ 18.

Das Parteiorgan der P. P. S. im preußischen Anteil ist die Gazeta Robotnicza.

Offizielle Bekanntmachungen der Partei sind auf der ersten Seite der Zeitung zu bringen.

Angenommen.

Die Pressekommission.

§ 19.

Zur ständigen Kontrolle der Redaktion, sowie der Verwaltung des Parteiorgans wählt der Parteitag eine Pressekommission. Ein Mitglied der Pressekommission ernennt der Vorstand der sozialdemokratischen Partei im Deutschen Reiche. Diese Kommission verrichtet ihre Arbeit nach eigenem Ermessen.

Angenommen.

§ 14.

Die Delegierten zum Parteitage legitimieren sich nicht nur durch ihr Mandat, sondern auch durch ihre Parteilegitimation oder das Buch des Parteivereins der P. P. S. Außerdem hat jeder Delegierte die Abonnementsquittung für die Gazeta Robotnicza vorzulegen.

Tätigkeit des Parteitages.

§ 15.

Der Parteitag wählt das Bureau, zählt die Mandate und stimmt über die Tagesordnung ab. Zum Parteitage gehört: 1. Die Berichterstattung über die Tätigkeit des Vorstandes, der Kontroll- und Preßkommission, sowie der Delegierten hinsichtlich der Parteibewegung in ihren Kreisen; 2. Diskussion über Anträge und Beschlußfassung in allen Parteiangelegenheiten; 3. Wahl des Vorstandes und Bekanntgabe seines Sitzes; 4. Wahl der Kontroll- und Preßkommission.

Zusatz. Zu Punkt 3 und 4: Kandidaten können nur solche Genossen sein, die mindestens 1 Jahr in der Partei tätig sind.

Außerordentlicher Parteitag.

§ 16.

Das Recht der Einberufung eines außerordentlichen Parteitages steht zu: 1. Dem Vorstand im Einverständnis mit der Kontrollkommission; 2. Der Kontrollkommission im Einverständnis mit der Mehrheit der Bezirke, bzw. der Mehrzahl der organisierten Mitglieder. Die Einladungen zum Parteitage müssen mindestens 3 Wochen vor dem Termin veröffentlicht werden.

Partei-Vorstand.

§ 17.

Der Parteitag wählt mittels geheimer Abstimmung 5 Vorstandsmitglieder. Der Vorstand selbst wählt aus seiner Mitte 2 Vorsitzende, 2 Schriftführer und 1 Kassierer und macht deren Namen im Parteiorgan bekannt.

§ 18.

Der Vorstand leitet die ganze Parteitätigkeit, kontrolliert die Parteibewegung und verfügt über die Parteifonds nach seinem Gutachten. An den Sitzungen des Parteivorstandes nimmt auch ein Vertreter der Gazeta Robotnicza mit beratender Stimme teil.

§ 19.

Falls ein Vorstandsmitglied ausscheidet, wählen die übrigen Mitglieder und die Kontrollkommission einen Vertreter.

§ 20.

Das Personal der Redaktion und **Administration** wählt der Parteivorstand **im Einverständnis mit der Pressekommission. Sind die Meinungen geteilt, dann entscheidet der Vorstand der P. P. S. und die Pressekommission zusammen mit der Kontrollkommission auf die Weise, daß jede der erwähnten Körperschaften eine Stimme hat.**

Angenommen.

Ausschluß aus der Partei.

§ 21.

Der Partei kann nicht angehören, wer sich einen schweren Verstoß gegen das Parteiprogramm zu schulden kommen läßt oder eine ihn schändende Tat begeht. Ebenso kann ein Mitglied ausgeschlossen werden, wenn es hartnäckig den Beschlüssen seiner Organisation oder des Parteitages zum Schaden der Partei zuwiderhandelt.

Über die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Bezirksvorstände oder der Vorstand der P. P. S. Den Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes aus der Partei kann nur die Parteiorganisation, das heißt der Ortsverein oder Bezirksverein stellen. Mit Zustimmung des Beschuldigten kann auch der Vorstand des Vereins einen Antrag auf Ausschluß aus der Partei stellen.

Die Behändigung des Beschlusses an den Beschuldigten und seine eventuelle Veröffentlichung besorgt der Bezirksvorstand oder der Vorstand der P. P. S.

Angenommen.

§ 22.

Gegen die Beschlüsse des Bezirksvorstandes oder des Vorstandes der P. P. S. können die interessierten Parteien binnen 4 Wochen nach Behändigung des Beschlusses beim Allgemeinen Parteivorstand einen Antrag auf Bestellung eines Parteigerichts stellen.

Das Parteigericht besteht aus 7 Personen. 3 Richter ernennt die Organisation, die den Antrag auf Ausschluß stellt, 3 Richter ernennt der Beschuldigte. Die Richter müssen Mitglieder des Bezirks sein, zu welchem der Beschuldigte gehört. Den Vorsitzenden ernennt der Allgemeine Parteivorstand. Ernennt der Beschuldigte in der festgesetzten Frist, die mindestens 4 Wochen betragen muß, seine Richter nicht, so gilt er ohne weiteres für ausgeschlossen.

Die Behändigung des Urteils oder gegebenen Falls die Veröffentlichung desselben ist Sache des Allgemeinen Parteivorstandes.

Angenommen.

§ 23.

Gegen das Urteil des Parteigerichts steht den interessierten Parteien das Recht der Berufung an den nächsten allgemeinen Parteitag zu. Die Berufung muß dem Allgemeinen Parteivorstande mindestens 4 Wochen nach Empfang des Urteils behändigt werden.

Angenommen.

§ 24.

Der Ausschluß aus der Partei in den im § 21 Absatz 1 genannten Fällen kann nur auf dem oben näher bezeichneten Wege erfolgen. Alle Instanzen haben das Recht — soweit das Mitglied nicht für

Preßkommission.

§ 20.

Zur ständigen Kontrolle der Redaktion und der Verwaltung des Parteiorganes wählt der Parteitag eine Preßkommission. Ein Mitglied dieser Kommission ernennt der Vorstand der sozialdemokratischen Partei für das Deutsche Reich. Diese Kommission übt ihre Tätigkeit nach eigenem Ermessen aus.

Kontroll-Kommission.

§ 21.

Der Parteitag wählt eine Kontrollkommission, an welche sämtliche Beschwerden über den Vorstand zu richten sind. Diese Kommission kontrolliert mindestens einmal vierteljährlich die Tätigkeit des Vorstandes, den Kassenstand und die Verlagstätigkeit der Partei.

Parteiorgan.

§ 22.

Das Parteiorgan der P. P. S. in Preußen ist die Gazeta Robotnicza.

§ 23.

Das Personal der Redaktion und Expedition der Gazeta Robotnicza ernennt der Parteivorstand.

Statutenänderungen.

§ 24.

Alle Statutenänderungen können auf den Parteitagen und zwar mit absoluter Stimmenmehrheit vorgenommen werden, wenn sie vorher als Anträge für den Parteitag bekannt gegeben worden sind.

immer aus der Partei ausgeschlossen wird — den Beschuldigten zeitweise von allen Parteiämtern zu suspendieren oder ihm eine Rüge zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidungen hat der Beklagte das Recht der Berufung. Das Recht der Organisation, eine Untersuchungskommission gegen das Mitglied einzusetzen, bleibt auch ohne Antrag auf Ausschluß durch die obigen Vorschriften unberührt.

Angenommen.

Rückkehr zur Partei.

§ 25.

Den Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei muß der Ausgeschlossene beim Bezirksvorstand seines Wohnortes oder beim Vorstande der P. P. S. stellen. Vor der Wiederaufnahme sind bei der Organisation, die den Antrag auf Ausschluß gestellt hat, Auskünfte einzuholen.

Gegen dieses Urteil steht den interessierten Parteien das Recht der Berufung an den nächsten Parteitag zu. Diese Berufung ist beim Allgemeinen Parteivorstand so zeitig anzumelden, daß sie mit den anderen Anträgen veröffentlicht werden kann.

Angenommen.

Änderungen der Organisationsstatuten.

§ 26.

Nur der Parteitag der P. P. S. kann die obigen Satzungen ändern.

Über die Anträge auf Änderung des Organisationsstatuts darf nur dann beraten werden, wenn sie in der im § 10 vorgesehenen Frist veröffentlicht worden sind. Von den obigen Vorschriften darf nur dann abgewichen werden, wenn damit wenigstens $^3/_4$ der Vertreter des Parteitages einverstanden sind.

Angenommen.

§ 27.

Diese Satzungen treten mit dem Augenblick ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Angenommen.

Dringliche Anträge, welche eine Statutenänderung betreffen, müssen mit $^3/_4$ Stimmenmehrheit angenommen werden.

Projekt eines neuen Statuts für die Vereine der polnisch-sozialdemokratischen Partei.

§ 1.

Zweck des Vereins ist die Unterstützung der sozialistischen Bestrebungen, Teilnahme am öffentlichen Leben und besonders an den Reichstags-, Landtags- und Gemeinde-Wahlen, sowie die Arbeit an der Ausbildung der Mitglieder.

Angenommen.

§ 2.

Mitglied kann jede Person beiderlei Geschlechts werden, die die Grundsätze des Programms der P. P. S. im preußischen Anteil anerkennt, sobald sie das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Angenommen.

§ 3.

Das Mitgliedschaftsrecht wird durch das Beitrittsgeld und das Zahlen von regelmäßigen Beiträgen erworben.

Mitglieder, die infolge Krankheit oder Arbeitslosigkeit eine Erwerbsmöglichkeit verloren haben, zahlen während der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit keine Beiträge, wenn diese länger als einen Monat dauern sollte.

Angenommen.

§ 4.

Die Anzahl der Vorstandsmitglieder hängt vom Willen des Vereins ab.

Angenommen.

§ 5.

In der Generalversammlung der Mitglieder, die alljährlich im Januar stattfinden soll, muß der Jahresbericht des Vorstandes für das verflossene Jahr vorgelegt werden, und die Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren stattfinden. Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. Eine solche muß ebenso einberufen werden, wenn dieses mindestens $^1/_3$ der Mitglieder vom Vorstandeschriftlich verlangt.

Der Kassenbericht muß vierteljährlich erstattet werden.

Angenommen.

§ 6.

In den Mitgliederversammlungen sollen Vorlesungen oder Vorträge gehalten und die laufenden Sachen des Vereins erledigt werden.

Angenommen.

§ 7.

Das Recht der Mitgliedschaft und der Teilnahme an den Vereinsrechten verliert:

1. wer freiwillig ausscheidet;
2. wer von der Mitgliederliste gestrichen wird, was erfolgen kann, wenn ein Mitglied 3 Monate mit Zahlung der Beiträge im Rückstande bleibt;
3. wer durch Beschluß der Parteiinstanzen ausgeschlossen wird.

Der Ausschluß eines Mitgliedes muß erfolgen, wenn es direkt gegen die Grundsätze des sozialistischen Programms handelt. In diesem Falle erfolgt der Ausschluß auf Grund des **§ 21 der Satzungen der P. P. S.**

Angenommen.

§ 8.

Das Vereinsorgan ist die Gazeta Robotnicza.

Angenommen.

§ 9.

Eine freiwillige Auflösung des Vereins kann nur auf Grund eines Beschlusses der Generalversammlung mit $^2/_3$ Stimmenmehrheit erfolgen. Im Falle der Auflösung des Vereins fällt das Vermögen und Inventar desselben an den Vorstand der P. P. S. im preußischen Anteil.

Angenommen.

Bemerkung: Geändert **wurde gegen den Wortlaut der bisherigen Statuten nur** der im § 7 fett gedruckte Absatz.

Hierzu lagen nachstehende Anträge vor:

1. Der Verein Lipine stellt den Antrag, daß der Parteitag den Vorstand wählen und dessen Tätigkeit festsetzen solle.

Verein der P. P. S. in Lipine.

Dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen!

2. Der Parteitag wolle beschließen, daß der Parteivorstand den monatlichen 20-Pfennig-Beitrag vollständig kassiere und an dessen Stelle einen 30-Pfennig-Beitrag festsetze.

Ein Genosse aus Frankfurt a. O.

Abgelehnt!

3. Der Parteitag wolle beschließen, daß nach den nächsten Parteisatzungen die Vereine das Recht haben, Delegierte nach der Anzahl der Mitglieder zu entsenden, ohne die Beschränkung bis „höchstens 8 Delegierte für den Bezirk."

Ein Genosse aus Laurahütte.

Abgelehnt!

4. Der Parteitag wolle beschließen, den § 12 der Organisationsstatuten der P. P. S. im preußischen Anteil insofern zu ändern, daß ein jeder Verein einen Delegierten zu dem Parteitag entsenden dürfe.

Verein der P. P. S. in Rozdzin.

Abgelehnt!

5. Die Vereine aus Charlottenhof empfehlen dem XII. Parteitag der P. P. S. in den § 12 der Organisationsstatuten einen Passus aufzunehmen, daß jeder einzelne Verein des Ortes, an dem der Parteitag stattfindet, berechtigt sei, einen eigenen Delegierten zu entsenden.

Vereine der P. P. S. in Charlottenhof.

Abgelehnt!

6. Wir schlagen folgende Änderungen des Projekts der Organisationsstatuten der polnisch-sozialistischen Partei im preußischen Anteile vor:

§ 1.

Der P. P. S. gehört jeder an, der ihr Programm und die Parteitagbeschlüsse anerkennt.

Zurückgezogen!

§ 4.

In Vereinen, die Frauen zu ihren Mitgliedern zählen, sind die Frauen verpflichtet, vornehmlich unter Frauen zu agitieren.

Angenommen!

§ 5 (Absatz 3).

Genossen, die an Orten wohnen, wo keine Organisation existiert, müssen ihre Zugehörigkeit zu dem nächstbenachbarten Vereine des Bezirks durch Zahlung von Beiträgen unterhalten; wo ein solcher nicht besteht, müssen sie direkt an den Vorstand zahlen.

Angenommen!

§ 7.

Der Vorstand ruft alljährlich den Parteitag zusammen. Ort und Zeit desselben bestimmt der letzte Parteitag.

Abgelehnt!

§ 9 (Absatz 2).

Der Parteivorstand ist verpflichtet, im März eines jeden Jahres einen allgemeinen Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit in der Gazeta Robotnicza zu veröffentlichen.

Angenommen!

§ 11 (Absatz 2).

Zum Punkt 3 und 4: Kandidaten können nur solche Genossen sein, die Delegierte des gegenwärtigen Parteitages sind.

Verein der P. P. S. für Berlin und Rixdorf.

Abgelehnt!

7. Der Parteitag wolle beschließen, daß zum Parteivorstande nicht mehr als zwei besoldete Beamte gehören dürfen.

Verein der P. P. S. in Rozdzin.

Abgelehnt!

8. Der Parteitag wolle beschließen, daß der Administrator der Gazeta Robotnicza nicht dem Parteivorstande angehören dürfe.

Verein der P. P. S. Rozdzin.

Abgelehnt!

9. Der Parteitag wolle beschließen, daß die Parteitage alljährlich stattfinden.

Verein der P. P. S. Rozdzin.

Abgelehnt!

10. Der Parteitag wolle beschließen, daß in den Parteivorstand auch solche Parteigenossen gewählt werden dürfen, die nicht Delegierte des Parteitages sind.

Verein der P. P. S. in Rozdzin.

Abgelehnt!

11. Der Verein aus Charlottenhof empfiehlt dem XII. Parteitag der P. P. S., den Punkt 3 provisorisch folgendermaßen zu ändern: statt der bisherigen 80 % sollen dem Bezirksvorstande 60 % zugebilligt werden.

Verein der P. P. S. in Charlottenhof.

Angenommen!

12. Der Parteitag wolle beschließen, in die Bezirkskasse nur 70 % und nicht, wie bisher, 80 % abzuführen.

Verein der P. P. S. in Königshütte.

Angenommen!

13. In Erwägung dessen, daß die von den deutschen Genossen empfohlene Gründung polnischer Sektionen im Rahmen der deutschen „Wahlvereine" einerseits einen Hemmschuh in der Entwickelung der polnischen Arbeitersache unter der polnischen Bevölkerung bildet, und andererseits eine Schwächung des Bandes „der polnischen Organisation" darstellt, wolle der Parteitag Schritte zur Vereitelung solcher Absichten unternehmen, ohne dadurch den Einigungsvertrag zwischen beiden Parteien zu verletzen.

Verein der P. P. S. für Berlin und Rixdorf.

Angenommen!

14. Der Parteitag wolle beschließen, daß die Resolutionen, die dem Parteivorstande zur Bestätigung vorgelegt werden, den Delegierten so zeitig zugehen, daß diese sich, ehe sie zur Abstimmung kommen, vollständig informieren können.

Verein der P. P. S. für Berlin und Rixdorf.

Abgelehnt!

Biniszkiewicz-Kattowitz erläuterte die einzelnen Paragraphen des Organisationsprojekts. Die Ausführungen waren ohne jedes besondere Interesse.

Es knüpfte sich hieran eine längere lebhafte Diskussion über die Vorlage und die Anträge, welche schließlich dazu führte, daß das Organisationsprojekt mit nachstehenden Änderungen angenommen wurde.

§ 1 lautet:

Der polnisch-sozialdemokratischen Partei gehört jeder an, der ihr Programm und die Beschlüsse des Parteitages anerkennt und Mitglied eines Vereins der P. P. S. ist.

Genossen, welche in Orten wohnen, wo eine Organisation nicht existiert, müssen ihre Zugehörigkeit zu dem nächstbenachbarten Bezirksvereine durch Zahlung von Beiträgen an diesen, und wenn ein solcher nicht existiert, an den Vorstand der P. P. S. unterhalten.

§ 2, 3 wurde unverändert angenommen, **ebenso Abs. 1 des § 4.**

Abs. 2 des § 4 fällt fort. An seine Stelle tritt: „In Vereinen, in welchen auch Frauen Mitglieder sind, müssen diese sich der Agitation vornehmlich unter den Frauen annehmen."

§§ 5—7 werden unverändert angenommen.

§ 8 erhält den Zusatz: **Die Vezirksvereine berufen kurz vor dem Parteikongreß einen Bezirkskongreß ein. Die Wahl der Delegierten zum Parteikongreß muß auf dem Bezirkskongreß vollzogen werden.**

§ 9 Abs. 1 wird angenommen.

§ 9 Abs. 2 erhält nachstehende Fassung: **Der Vorstand ist verpflichtet, alljährlich im März einen allgemeinen Bericht über seine Tätigkeit in der Gazeta Robotnicza zu veröffentlichen.**

§§ 10—27 werden unverändert angenommen.

Ebenso findet fast unveränderte Annahme das Projekt einer neuen Satzung für die Vereine der P. P. S.

Im Laufe der Diskussion stellten **Borys** und **Scholtyssek** den Antrag, **daß Biniszkiewicz dem Vorstande nicht weiter angehören solle. Biniszkiewicz** wendete sich infolgedessen in großer Erregtheit gegen die Antragsteller, die ihm damit jede weitere agitatorische Arbeit untersagen wollten. Er wirft ihnen vor, daß sie im geheimen wühlten und mit noch 2 anderen Genossen eine Kamarilla bildeten. Am Schluß der sehr erregten Debatte appelliert er an die Delegierten, diese „Unverschämtheit" gehörig zu bestrafen und den Antrag abzulehnen.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ebenso abgelehnt wurde eine von **Wojciechowski**-Dortmund eingebrachte Resolution gegen das Verhalten der deutschen Genossen, welche, wie aus dem Antrage 13 hervorgeht, danach streben, polnische Sektionen in den deutsch-sozialdemokratischen Wahlvereinen zu begründen.

Biniszkiewicz-Kattowitz schlägt sodann vor, die weiteren Punkte der Tagesordnung, insbesondere den Vortrag über **„Landagitation"** und über **die politische Lage** wegen vorgeschrittener Zeit — es war bereits 10 Uhr abends geworden — und mit Rücksicht auf die Fülle des noch zur Verhandlung stehenden Stoffes ausfallen zu lassen.

Hiergegen wendete sich **Franz Podemski**-Berlin. Es wäre geradezu eine Schmach, wenn die beiden wichtigsten Vorträge angesichts der brutalen preußischen Bedrückungen und der schmachvollen Wahlrechtsvorlage nicht gehalten werden würden. Der Parteitag sei doch der geeignetste Ort, um gegen die Willkür der Behörden und der Parteien, welche für die neue Wahlrechtsvorlage einträten, zu protestieren und der Verachtung des polnischen Proletariats einem solchen Verhalten gegenüber Ausdruck zu geben.

Biniszkiewicz beharrt trotzdem auf der Absetzung der beiden Punkte von der Tagesordnung und schlägt vor, nur eine Protestresolution abzufassen.

Bei der über diesen Vorschlag erfolgten Abstimmung wird dieser Vorschlag angenommen.

Mit der Abfassung einer geharnischten Protestresolution wird Genosse **Caspary**-Kattowitz beauftragt. (Ihr Wortlaut folgt später.)

Es wurde nunmehr zu Punkt 5 der Tagesordnung „Internationaler Kongreß" geschritten.

Biniszkiewicz-Kattowitz referierte zu diesem Punkte. Derartige Kongresse fänden alle 3 Jahre statt. In diesem Jahre werde dieser Kongreß in der Zeit zwischen dem 1. Juli und 1. Oktober in Kopenhagen abgehalten.

Die Tagesordnung lautet:

1. Die Beziehungen der Gewerkschaften zu den sozialdemokratischen Parteien.
2. Schiedsgericht und Abrüstung.
3. Die Arbeitslosenfrage.
4. Die internationalen Ergebnisse der Arbeitergesetzgebung.
5. Organisation einer internationalen Demonstration gegen die Todesstrafe.
6. Auf welche Weise können die Beschlüsse der früheren Kongresse ins Leben gesetzt werden?
7. Organisation der internationalen Solidarität.

Biniszkiewicz führte hierbei aus, daß während des letzten allgemeinen Streiks in Dänemark die Deutschen erheblich größere Opfer gebracht hätten als z. B. die Engländer, Franzosen und andere.

Wenn einmal ein Bergarbeiterstreik ausbrechen würde, müsse die gesamte Sozialdemokratie der Welt Mittel für die Streikenden senden. Die P. P. S. aus Deutschland könne zu dem Kongreß in Kopenhagen einen Delegierten entsenden. Dieser solle auf dem Parteitage gewählt werden.

Ludwig Podemski-Beuthen bemerkt, daß nur ein Delegierter entsandt werden könne, der die Grundsätze der Sozialdemokratie genau kenne. Er schlage **Wojciechowski**-Dortmund vor.

Mieczkowski-Kattowitz: Polnische Genossen hätten bereits wiederholt an den internationalen Kongressen teilgenommen. Leider hätten sie der Gazeta Robotnicza niemals einen Bericht über ihre Tätigkeit eingesandt. Er beantrage, daß dies fortan geschehe. Auf dem letzten internationalen Kongresse habe es einen schlechten Eindruck gemacht, daß der Genosse **Adamek** als Vertreter der polnischen Bergarbeiter nicht bei der polnischen, sondern der deutschen sozialdemokratischen Partei gesessen habe. Er hätte doch seiner Nationalität mehr folgen sollen.

Nach einer weiteren kurzen unwesentlichen Diskussion wurde **A. Wojciechowski-Dortmund zum Delegierten der P. P. S. gewählt.**

Punkt 5 der Tagesordnung „Verschiedenes".

Zu diesem Punkte lagen nachstehende Anträge vor:

1. Der Parteitag wolle die auf dem allgemeinen Parteitage angenommene Resolution gegen den übermäßigen Genuß von Alkohol unterstützen.

Der Verein der P. P. S. in Berlin und Rixdorf.

Angenommen.

2. In Erwägung dessen, daß die Agitation unter der arbeitenden Bevölkerung in Berlin und dessen Umgegend sehr erschwert ist, daß die Zusammenziehung der agitatorischen Kräfte ein notwendiger Faktor ist, daß die Zwistigkeiten zwischen den Genossen, welcher Schattierung sie auch immer angehören, diese Faktoren aufhalten, empfehlen wir dem XII. Parteitag abermals, die 3 Resolutionen Nr. 58, die vom XI. Parteitag angenommen und bestätigt worden sind, in Erwägung zu ziehen.

Wir sind indessen der Ansicht, daß nach zweijähriger Unterbrechung dieser Beschluß aufgehoben werden kann.

Der Verein der P. P. S. in Berlin und Rixdorf.

Zur Tagesordnung übergegangen.

3. Der Parteitag wolle beschließen, daß der Parteivorstand endlich Schritte zwecks Herbeiführung einer Einigung mit dem polnisch-sozialistischen Verein in Berlin unternehme.

Der Verein der P. P. S. in Rozdzin.

Zur Tagesordnung übergegangen.

4. Der Parteitag wolle beschließen, daß der Parteivorstand eine erschöpfende Aufklärung über die Angelegenheit der Berliner Genossen gebe, die auf dem letzten Parteitage aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Der Verein der P. P. S. in Zawodzie.

Zur Tagesordnung übergegangen.

5. Der Parteitag wolle beschließen, daß die P. P. S. im preußischen Anteil eine Schule zur Ausbildung von politischen Agitatoren nach dem Muster der deutschen Partei begründe.

Der Verein der P. P. S. in Bremen.

Abgelehnt.

6. Die Genossen aus Bremen verlangen, daß der Parteitag die Gründung einer selbständigen Abteilung der Gewerkschaften für Polen beschließen möge, ebenso wie die Partei selbständig ist, nur in dem Sinne, wie es die Zentralberufsverbände im Deutschen Reiche sind.

Der Verein der P. P. S. in Bremen.

Zurückgestellt.

Der künftige Parteitag.

7. Der Parteitag wolle beschließen, daß der nächste Parteitag im Posenschen stattfinde.

Der Verein der P. P. S. in Posen.

Angenommen.

8. Der Parteitag wolle beschließen, daß der nächste Parteitag im Großherzogtum Posen stattfinde.

Der Verein der P. P. S. in Bremen.

Angenommen.

Bei der allgemeinen Diskussion über diese Anträge empfahl **Wojciechowski**-Dortmund zu dem Antrag 6, betreffend „Begründung einer selbständigen Abteilung der Gewerkschaften für Polen" zunächst eine Verständigung mit der Deutschen Generalkommission herbeizuführen. An Orten, wo Polen wohnten, müßten vor allem alle Drucksachen der Gewerkschaften auch in polnischer Sprache gedruckt werden.

Marczinczak-Bremen befürwortete die Begründung selbständiger polnischer Gewerkschaften. Die polnischen Arbeiter dürften in öffentlichen Versammlungen an den meisten Orten Deutschlands nicht polnisch sprechen; man müsse ihnen daher Gelegenheit geben, ihre Wünsche in den Versammlungen der Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen. Jetzt träten viele Polen den deutschen Organisationen bei oder wendeten sich der polnischen Berufsvereinigung, dem „Zjednoczenie" zu, in welchem die Grundsätze Korfantys „Glaube und Vaterland" Geltung besäßen. In diesen nationalen Vereinen gingen viele polnische Arbeiter verloren und würden oft Feinde der polnischen Sozialdemokratie.

Danyez-Kattowitz betont, daß man den deutschen Gewerkschaften in dieser Hinsicht keine Vorschriften machen dürfe.

Marczinczak-Bremen befürwortet den Antrag, den nächsten Kongreß in der Provinz Posen abzuhalten, um dort die polnisch-sozialdemokratische Bewegung zu fördern.

Scholtyssek-Rybnik betont, daß es zwar praktisch wäre, Posen als nächsten Ort für den Parteitag zu bestimmen; es sei indessen hierbei zu bedenken, daß die große Masse der Delegierten in Oberschlesien wohne und nach Posen reisen müßte. Hierdurch entständen große Kosten. Er beantrage daher, daß der nächste Parteitag wieder in Oberschlesien abgehalten werde.

Paczkowski-Posen bittet darum, den nächsten Parteitag in Posen abzuhalten.

Nach einer weiteren unwesentlichen Diskussion darüber, ob die Parteitage in Zukunft zu Ostern oder Pfingsten abgehalten werden sollen, und nachdem Ostern als Termin bestimmt worden war, **wurde beschlossen, den nächsten Parteitag nach 2 Jahren im Posenschen zu veranstalten.**

Angenommen wurden somit die Anträge **7** und **8**, außerdem Antrag **1**.

Alle anderen Anträge fielen.

In Sachen der Berliner, aus der Partei ausgeschlossenen Genossen wurde von dem Parteitage nachstehende Resolution angenommen:

„In Erwägung dessen, daß seit dem XI. (letzten) Parteitage der P. P. S. keinerlei Tatsachen bekannt geworden sind, welche dartäten, daß die Beschlüsse dieses Parteitages in Sachen der Berliner Genossen revisionsbedürftig wären, geht der XII. Parteitag der P. P. S. über die Anträge, welche die Berliner Genossen betreffen, zur Tagesordnung über."

Veranlaßt wurde die Resolution durch einen von dem Genossen **Thiel**-Brietz a. O. an den Parteitag gerichteten Brief, in dem dieser über einige Einzelheiten des Zwistes zwischen den Berliner Genossen und der Partei Aufklärung zu geben und Wiederaufnahme der letzteren in die Partei zu erlangen suchte.

Der Parteitag wollte durch die Resolution dem Thiel und seinen Anhängern nahelegen, daß, falls er in die Partei wiederum aufgenommen zu werden wünsche, er sich den Satzungen der Partei fügen, seine Verfehlungen einsehen und einen formellen Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei stellen müsse.

Von einigen polnischen aus der Partei ausgeschlossenen Berliner Genossen war ferner ein Schreiben eingegangen, in welchem gebeten wurde, eine Sammlung zur Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Genossen **Morawski** zu veranstalten, gleichzeitig hatten die Berliner Genossen 101 ℳ zu diesem Zwecke telegraphisch zur Auszahlung an den Parteitag angewiesen.

Mieczkowski-Kattowitz führte hierzu folgendes aus: Das Geld stamme von Leuten, welche die Partei um 5000 ℳ gebracht hätten. Zuerst sollten sie diesen Betrag zurückerstatten, bevor sie es wagen könnten, sich der Partei wieder zu nähern. Das Vorgehen der Berliner Genossen bezwecke weiter nichts, als wiederum einen Keil in die Einigkeit der Partei einzutreiben.

Schon mit Rücksicht auf das Andenken des verstorbenen Genossen Morawski, welcher, wenn er gelebt hätte, jene Berliner Gruppe wegen ihres der polnischen Arbeiterbewegung so schädlichen Verhaltens auf das schärfste verurteilt hätte, dürfe der Parteitag das Geld nicht annehmen und auf den von den Berlinern gemachten Vorschlag nicht eingehen.

Der Parteitag beschließt, das Geld **nicht** anzunehmen und den Vorschlag der Berliner Genossen zurückzuweisen.

Punkt 6 der Tagesordnung „Vorstandswahl".

Es wurden neugewählt:

Verleger **Josef Biniszkiewicz**-Kattowitz zum Vorsitzenden;

Ludwig Podemski-Beuthen zum Schriftführer;

Redakteur **Mieczkowski**-Kattowitz zum Kassierer;

Kolporteur **Copernik**-Laurahütte und **Theofil Blott**-Königshütte zu Beisitzern.

In die Kontrollkommission wurden gewählt:

Caspary, Kunce, Rhemann, Scholtyssek und **Winiecki.**

In die Presse-Kommission wurden gewählt:

Maurer **Bias**-Neudorf und Frau **Drozdz**-Königshütte.

Hierauf wurde von **Biniszkiewicz** die inzwischen von **Caspary** verfaßte Resolution in Sachen der Wahlreform verlesen, welche folgenden Wortlaut hatte:

Gegen den preußischen Landtag!

„In Erwägung dessen, daß das elendste aller Wahlsysteme, das Dreiklassenwahlsystem zum preußischen Landtage, der besitzenden Klasse in Preußen im allgemeinen und dem preußischen Junkertum im besonderen einen überwiegenden Einfluß auf die Gestaltung der Gesetzgebung im Interesse der herrschenden Klassen und zum Schaden der arbeitenden Klasse einräumt,

daß angesichts dessen dieses Wahlsystem rücksichtslos mit allen nur verfügbaren Mitteln durch das Arbeitervolk unter der Parole der Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle Staatsbürger über 20 Jahren ohne Unterschied des Geschlechts mit Berücksichtigung des Systems der Proportionalwahlen bekämpft werden muß, um den Massen des Volkes die Möglichkeit zu gewähren, im Landtage ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte zu verteidigen,

stellt der XII. Parteitag der P. P. S. des preußischen Anteils fest, daß bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der politischen Kräfte in Preußen dieser Kampf nicht allein mit parlamentarischen Mitteln innerhalb des Landtages selbst geführt werden kann, sondern daß er auch mit dem Kampfe außerhalb desselben durch die Mobilisierung der breitesten Volksmassen verbunden werden muß, und daß einen solchen Kampf heute grundsätzlich nur die sozialdemokratische Partei führt,

in weiterer Erwägung dessen, daß der preußische Landtag des Dreiklassenwahlunrechts die Schmiede unaufhörlicher Ausnahmegesetze gegen die polnische Bevölkerung ist, von Gesetzen, die sich mit ihrer ganzen Wucht der polnischen Arbeiterklasse fühlbar machen, unaufhörlich nationalen Haß unter den polnischen Arbeitern schüren und dadurch bei ihnen die Entwickelung des Klassenbewußtseins hemmen, sowie sie in die Arme der polnischen besitzenden Klasse und deren Vertreter, der polnischen Fraktion treiben,

stellt der XII. Parteitag der P. P. S. des preußischen Anteils fest, daß die polnische Arbeiterklasse ein umso größeres Interesse an der Umwandlung des preußischen Landtags der Wahlprivilegien in einen demokratischen Landtag mit gleichen Rechten sowohl in ihrem Klassen- als auch im nationalen Interesse besitzt, als einzig und allein in einem demokratisch regierten Staate, in welchem der Volkswille das höchste Gesetz sein wird, kein Platz für eine Politik der nationalen Bedrückung des polnischen Volkes sein wird;

in fernerer Erwägung, daß aus den erörterten Gründen das polnische Proletariat sich rücksichtslos im Kampfe um die Wahlreform dem deutschen Proletariat im Sinne der obigen Parole anschließen muß,

stellt der XII. Parteitag der P. P. S. im preußischen Anteil gleichzeitig fest, daß die polnische besitzende Klasse entgegen den tatsächlichen nationalen Interessen des polnischen Proletariats einen solchen Kampf bisher nicht auf sich genommen hat und auch nicht aufnehmen wird, weil ihr das materielle Klasseninteresse immer über das nationale Interesse geht; der XII. Parteitag der P. P. S. des preußischen Anteils stellt endlich fest, daß die Beschlüsse der Mehrheit des preußischen Landtages, die aus Konservativen und Zentrum besteht, in der Angelegenheit der Wahlreform eine Verspottung und Verhöhnung der Wünsche des Volkes darstellen und stets ein schändlicher Verrat bleiben werden, den die Zentrumspartei am Volke verübt hat. Der Parteitag drückt dagegen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion seine Anerkennung für die wackere Verteidigung der Rechte des arbeitenden Volkes in dem parlamentarischen Kampfe um die Wahlreform im Landtage aus.

Der XII. Parteitag der P. P. S. des preußischen Anteils fordert die polnischen Arbeiter auf, in Massen

zum Kampfe um die Wahlreform zum preußischen Landtage im Sinne des vorgenannten Wahlrechts sich mit den deutschen Arbeitern unter der sozialistischen Standarte zusammenzuscharen."

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Am Schlusse wurde noch nachstehende Resolution zu Ehren des Veteranen, **Genossen Limanowski,** dessen 75. Geburtstag die Sozialdemokratie in diesem Jahre überall feierlich zu begehen beabsichtigt, angenommen:

„Aus Anlaß des Ende des laufenden Jahres wiederkehrenden 75. Geburtstages des Genossen Dr. Boleslaus Limanowski, des Nestors der polnischen Sozialdemokratie, der im Laufe von mehreren Jahrzehnten in Kasematten und Gefängnissen und fern von der Heimat in entlegenen Deportationsländern für die Sache des Proletariats gelitten hat, der ferner in seinen zahlreichen historischen Schriften die geschichtliche Rolle des polnischen arbeitenden Volkes entwickelt hat, schließt sich der XII. Parteitag der P. P. S. des preußischen Anteils im Namen des in den polnischen Landesteilen wohnenden polnischen Proletariats der Huldigung an, die dem ehrwürdigen Gelehrten und Genossen vom Proletariat ganz Polens dargebracht wird.

Der XII. Parteitag der P. P. S. des preußischen Anteils empfiehlt dem künftigen Parteivorstande, zur Verherrlichung der internationalen Feier, welche die Tätigkeit und Arbeit des Genossen Dr. Boleslaus Limanowski ehren soll, mitbeizutragen."

———

Damit war die Tagesordnung erschöpft. **Biniszkiewicz** ergriff zum Schluß das Wort und führte nachstehendes aus: Wenn der Parteitag auch infolge einer ganzen Reihe von unangenehmen Vorkommnissen nicht ohne Störung verlaufen sei, so wolle er doch hoffen, daß die Parteiarbeit in Zukunft so geführt werden werde, daß sich ein solcher Antagonismus nicht mehr zeige, wie im Verlaufe der soeben beendeten Verhandlungen.

Die auf dem Parteitage erledigten Sachen seien von ganz besonderer Wichtigkeit, vor allem die Neufassung des Organisationsstatuts. Wenn alle Genossen sich streng nach den dort festgelegten Grundsätzen richten und nach ihnen handeln würden, müsse die Sache der P. P. S. vorwärts kommen. Er bitte, den Antagonismus nicht auch außerhalb des Parteitages weiter fortzusetzen, sondern sich zu vereinigen gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus. Wenn die auf das Parteiblatt, die Gazeta Robotnicza, bezüglichen Beschlüsse, welche auf dem Parteitage gefaßt worden seien, in die Tat umgesetzt werden würden, so werde auf dem nächsten Parteitage dieses Blatt auch in eine Tageszeitung umgewandelt werden können. Mit der Aufforderung, im Sinne der Beschlüsse zu arbeiten, um der Sache des polnischen Proletariats zum Siege zu verhelfen, schloß Biniszkiewicz mit einem dreifachen Hoch auf die polnische Sozialdemokratie den Parteitag nachts 1¼ Uhr.

Augustini,	Korda,
Polizeirat,	Kriminalkommissar,
Posen.	Beuthen O.-Schl.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 69 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 27. März 1910:

In einem Osterartikel des Dziennik Bydgoski heißt es unter anderem:

Kreuzige ihn! Kreuzige ihn! — Wie einst der jüdische Volkshaufen geschrieen, so hört man heute ähnliche Rufe, die an jenes „Kreuzige ihn!" erinnern. Wir hören sie täglich in zahlreichen, mächtigen Zeitungen, aus dem Munde gedungener Redner und Vertreter der Staatsmacht. Sie erschallen immer lauter, sie werden immer aufdringlicher. Die Dummen! Sie wollen es nicht wissen, daß man weder die Idee noch die Wahrheit, noch das Recht, noch die Gerechtigkeit ertöten kann. Das sollten sie doch wissen, denn die Geschichte lehrt sie das; sie wissen, daß das Sichergötzen an dem armen bedrückten polnischen Volke bis jetzt nicht die erwarteten Erfolge gebracht hat; denn je härter die Bedrückung, desto kräftiger wird der Geist des Volkes geweckt, desto stärker wird der Glaube an eine bessere Zukunft.

Die Weckung des Geistes des Volkes und des Glaubens an die Zukunft ist das Werk derer, die unser Volk geteilt haben. Weil sie nun wissen, daß es im Grabe unruhig ist, haben sie immer mächtigere Steine auf seinen Hügel getragen. Und je mächtiger diese Last wurde, desto gewaltiger erhob sich der Geist des Volkes. Heute hat nun der Glaube an unsere Zukunft so mächtige Wurzeln gefaßt, daß sie nichts mehr vernichten kann. Als ein Volk, das aufrichtig und mit herzlicher Freude glaubt, feiern wir das Fest der Auferstehung; denn es erinnert uns lebhaft daran, daß die Machthaber dieser Welt nicht imstande sind, irgend eine Idee zu ertöten, also auch die nicht, welche der Ausdruck der polnischen Nation ist!

Aus Nr. 69 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 26. März 1910:

Der Dziennik Kujawski äußert sich über den Zweck der Grunwaldfeier unter anderem wie folgt:

Die Grunwaldfeier ist eine innere Notwendigkeit unserer Nation, denn der Geist des Volkes hat bei Grunwald die Grundfesten seiner Existenz gefestigt. Man darf daher ein solch inneres Bedürfnis, das durch das Wesen der Nation bedingt ist, nicht straflos vernichten.

Wir wollen eine nationale Manifestation! Wir wollen ohne Rücksicht darauf, welche Gefühle diese nationale Feier bei den Fremden auch hervorrufen kann, den Beweis erbringen, daß wir leben und daß wir es verstehen, daß wir das heutige Leben jenen Helden und Siegern verdanken, die auf den Feldern von Grunwald den Sieg entschieden haben.

Aus Nr. 73 des Orędownik (Posen) vom 31. März 1910:

An die polnischen Wähler des Wahlkreises Posen.

Der bisherige Abgeordnete zum deutschen Reichstage aus dem Wahlkreise Posen, Herr Bernhard v. Chrzanowski, hat sein Mandat niedergelegt, und infolgedessen finden am 8. April d. J. die Ergänzungswahlen statt.

Auf Grund des § 9 des Wahlreglements hat das unterzeichnete Komitee nebst den Kreisdelegierten des Wahlkreises Posen

Herrn Adalbert Sosinski aus Bochum

zum Abgeordnetenkandidaten ernannt.

Indem wir diesen Beschluß zur Kenntnis der Wähler des Wahlkreises Posen bringen, fordern wir unsere Wahlbehörden dringend auf, sich eifrig mit der Wahlagitation zu befassen; die Wähler aber bitten wir heiß, den Wahlbehörden bei den Agitationsarbeiten bereitwillig zu helfen und am 8. April alle ohne Ausnahme ihre Stimme auf unseren Kandidaten

Herrn Adalbert Sosinski

abzugeben.

Posen, den 29. März 1910.

Das Provinzialwahlkomitee für das Großherzogtum Posen.

(Unterschriften.)

Hierzu bemerkt der Orendownik, eines der führenden Blätter der unterlegenen nationaldemokratischen Partei!

Angesichts des Beschlusses des Provinzialkomitees.

Es ist geschehen! Das Provinzialkomitee hat die Kandidatur des Herrn Sosinski aus Bochum beschlossen.

Es geschah das unter folgenden Umständen. Das Wahlkomitee für den Kreis Posen-Ost hielt gestern vormittag in der Eile noch eine neue Sitzung ab, in welcher in geheimer Abstimmung sich das wiederholte, was in der ersten Sitzung entgegen dem Regulativ in offener Abstimmung geschehen war, d. h. das Komitee beschloß an erster Stelle in der Kandidatenliste des Kreises Herrn Sosinski, an zweiter Stelle Herrn Nowicki und an dritter Stelle Herrn v. Czarlinski vorzuschlagen. Der Name des Wirts Herrn Fronckowiak wurde aus der Liste beseitigt, offenbar als Strafe für die Opposition. Da in diesem Falle durch die geheime Abstimmung dem Regulativ Genüge geschehen war, so konnte in der Sitzung des Provinzialkomitees die Kandidatenliste des Kreises Posen-Ost nicht angegriffen werden.

Der Delegierte der Stadt Posen, Herr Karl Rzepecki griff dagegen den Beschluß des Wahlkomitees des Kreises Posen-West an. Dieses Komitee hatte nämlich seine Kreis-Kandidatenliste entgegen dem Regulativ in offener Abstimmung beschlossen und diesen

Fehler nicht durch eine neue geheime Abstimmung wieder gut gemacht. Trotz des Einspruchs des Delegierten der Stadt Posen erkannte das Provinzialkomitee den Beschluß des Komitees für Posen-West, der dem Wahlregulativ zuwiderläuft, für gültig an.

Damit hat das Provinzialkomitee, welches auf der Hut der Legalität der Beschlüsse und der Übereinstimmung derselben mit dem Regulativ stehen sollte, der Volksgemeinschaft eine praktische Lektion dafür erteilt, wie man die Beschlüsse des Regulativs mit Füßen tritt. Der Delegierte der Stadt Posen ließ gegen diesen erstaunlichen Beschluß des Provinzialkomitees einen Protest an die Delegiertenversammlung im Protokoll vermerken.

Es kam schließlich zu der Kandidatenfrage als solcher. Herr Rzepecki begründete in einer ganzen Reihe von Ansprachen, unterstützt von einigen Demokraten aus dem Provinzialkomitee, die Kandidatur des Herrn Nowicki, und er bot mit Hilfe eines genauen Beweismaterials ein Bild des persönlichen und bürgerlichen Charakters des Herrn Sosinski in einer Weise, die manchen Mitgliedern des Provinzialkomitees über die Sache die Augen geöffnet hat.

Da die drei Delegierten unter einander bezüglich dessen nicht einig werden konnten, über wen an erster Stelle abzustimmen wäre, so entschied das Los, und zwar zu Gunsten des Herrn Nowicki.

In der geheimen Abstimmung fielen 6 Stimmen für 6 gegen Herrn Nowicki. Für N. waren sichtlich 5 Komiteemitglieder (also die Majorität) und 1 Delegierter (der Stadt Posen) gegen ihn 4 Komiteemitglieder (Minorität) und 2 Delegierte (der ländlichen Wahlbezirke). Angesichts der Stimmengleichheit entschied das Los, welches zu Ungunsten Nowickis fiel.

Die beiden Delegierten der Landkreise schlugen jetzt Herrn Sosinski vor, der 8 Stimmen gegen 4 erhielt und damit zum Abgeordnetenkandidaten gewählt wurde.

Das ist also mit wenigen Worten das Resultat der Sitzung des Provinzialkomitees, die über 4 Stunden dauerte.

Das, was geschehen ist, ist ein Schlag ins Gesicht, der der Stadt Posen und der Mehrzahl der ländlichen Kreise verabfolgt wurde. Wir fühlen uns nicht besiegt in dem ehrlichen Kampfe, denn in demselben standen $^5/_6$ der Wähler auf unserer Seite. Diejenigen, die fortwährend von der Solidarität und dem Frieden deklamieren, haben auf eine unwürdige Weise den Buchstaben des Gesetzes mißbraucht, sie vergewaltigten den Willen der überwältigenden Mehrheit der Wähler und machten aus dem Grundsatz der nationalen Solidarität einen grellfarbigen Lappen, den man jetzt den Wählern vorzeigt. Die Solidarität müßte sich auf einen gesunden Inhalt stützen können, also auf Wahrheit und Gerechtigkeit. Diesem Inhalt raubten unsere Gegner den Grundsatz der nationalen Solidarität und ließen nur die leere Form übrig.

Dies sehen wir als eine nationale Todsünde an, die direkt dem Schicksal unserer Gesamtheit spottet, denn sie wirft in die Gesamtheit den Funken des politischen Hasses hinein. Das Volk muß die Überzeugung gewinnen, daß der ganze Apparat der Wahlversammlungen eine gewöhnliche Wahlkomödie ist. Posen, das mehrere Tausend Wähler mehr stellt als die beiden Kreise zusammengenommen, und das so einträchtig die Kandidatur Nowickis verlangte, hat verdient, berücksichtigt zu werden. Dazu kam noch der Wille der Mehrheit der Wähler der beiden ländlichen Kreise. Alles hat nichts genützt! Die Kreiskomitees haben sich um den Willen der Mehrheit der Wähler nicht gekümmert, und die ländlichen Delegierten trugen gestern zum Fall der Nowickischen Kandidatur im Provinzialwahlkomitee bei. Dieses wird das polnische Volk und das polnische Bürgertum niemals vergessen!

Auf wen sollen wir stimmen? Also auf Herrn Sosinski! Gut, mag auch so sein! Angesichts des gemeinsamen Feindes wollen wir nicht zum Bruch raten. Daher werden wir — damit es nicht heißen sollte, daß wir dem Provinzialkomitee seine Pläne durchkreuzen — erst nach den Wahlen das Informationsmaterial über Sosinski zur öffentlichen Kenntnis bringen, der gestern durch den Delegierten der Stadt Posen dem Provinzialkomitee vorgestellt wurde. Die Gesamtheit hat vielleicht das Recht, etwas über die parlamentarischen „Qualifikationen" des Herrn Sosinski zu erfahren.

Heute sagen wir so: Möge dieser Form, die man des Inhalts beraubte, Genüge geschehen, und mögen die Wähler ihre Stimmen auf Herrn Sosinski abgeben, aber möge jede Stimme auf ihn mit einem moralischen Protest im Herzen gegen die Vergewaltigung des Willens des Bürgertums, des Willens der Volksbewegung abgegeben werden, dem man ausschließlich zum Trotz die Kandidatur eines Menschen aufdrängte, der sich zum Werkzeug des Kampfes gegen die volksparteilichen Elemente mißbrauchen ließ.

Möge es Herr Sosinski gleichzeitig wissen, daß wir in ihm nur einen formellen Kandidaten oder Abgeordneten sehen. Er ist es nicht aus dem Geiste und dem Willen der Wähler und wird es niemals sein, dazu hat er eine zu widerliche Rolle gespielt.

Den ländlichen Kreiskomitees müßte das Volk gleich nach den Wahlen eine energische Antwort geben, indem es ihnen in den Bezirksversammlungen ein Mißtrauensvotum für die Vergewaltigung des Willens der Wähler ausspricht.

Man muß mit dieser Wahlkomödie endlich einmal brechen! Wird das Volk nicht reif und wird es das Joch der Reaktionäre von seinem Halse nicht abschütteln, so wird es unter der Ägide des neuen Wahlregulativs von Jahr zu Jahr schlimmer. Wir hegen die Hoffnung, daß noch einmal die Zeit kommen wird, wo die Beschädiger ihre Gewalttätigkeiten bereuen werden und wo das Volk ihnen mit Zinsen heimzahlen wird.

Wir erwähnen noch, daß über den Goniecprotest gegen das Wahlkomitee der Stadt Posen, der mit etwa 150 Unterschriften versehen war, das Provinzialkomitee glatt zur Tagesordnung überging.

Aus Nr. 74 des Postęp (Posen)
vom 1. April 1910:

Vom Vorstand des demokratischen Vereins

erhalten wir die nachstehende Mitteilung:

Das Provinzialkomitee hat zum Abgeordnetenkandidaten des Wahlkreises Posen Stadt und Land Herrn Adalbert Sosinski ernannt.

Dieser entgegen dem Willen der sehr bedeutenden Mehrheit der Wähler gefaßte Beschluß hat unter ihnen große Erbitterung hervorgerufen. Noch ehe dieser Beschluß vom Provinzialkomitee gefaßt worden war, entstand das Gerücht, die Anhänger der Kandidatur Nowicki würden sich im Falle der Nichtberücksichtigung des Willens der Mehrheit der Wähler dem Beschluß des Provinzialkomitees nicht unterwerfen. Da der

polnische demokratische Verein ebenfalls die Kandidatur Nowicki unterstützt hat, halten wir es für erforderlich zu betonen, daß der polnisch-demokratische Verein entsprechend den Grundsätzen seines Programms den Beschluß des Provinzialkomitees für unbedingt bindend hält, und wir fordern unsere Mitglieder auf, sich nach diesem Beschluß zu richten.

Der Vorstand des polnisch-demokratischen Vereins.

Weiter schreibt der Postemp:

Gestern hat man uns mitgeteilt, Herr Sosinski werde, unbekannt auf wessen Anregung hin, nach Posen kommen, und es würden am künftigen Sonntag in den Kreisen Posen-Ost und -West große Wählerversammlungen stattfinden, in denen Herr Sosinski sprechen soll. Der Goniec bestätigt diese Mitteilung, und er schreibt, solche Versammlungen könnten unter freiem Himmel stattfinden. Das gestatte das Gesetz, nur wisse man nicht, ob die Polizei es gestatten werde. Der Gedanke, daß Herr Sosinski in dem Moment, in welchem eine so große Erbitterung gegen ihn herrscht, hierher kommen soll, ist keineswegs glücklich. Man würde sich gegenwärtig vollständig ohne ihn begehen. Der Goniec appelliert an das städtische Komitee, es solle gleichfalls Agitationsversammlungen einberufen. Wir wissen nicht, ob das Posener Komitee sich für ein solches Experiment entscheiden wird, da es die Verantwortung für das, was in einer solchen Versammlung noch passieren könnte, nicht auf sich nehmen möchte. Mögen die Wogen der Erbitterung der Wähler sich etwas beruhigen und möge mehr kühle Überlegung eintreten!

Aus Nr. 75 des Orędownik (Posen)
vom 2. April 1910:

Erklärung des Herrn Nowicki.

Da mir das Gerücht zugetragen wird, es bereite sich eine Sezession zu Gunsten meiner Kandidatur vor, darum erkläre ich, daß ich mit der Sezession nichts gemein habe, mit ihr nicht sympathisiere und ein Mandat aus den Händen der Sezession nicht annehmen werde. Die Verfügung des Provinzialwahlkomitees ist für mich nationale Pflicht, und ich hege die Hoffnung, daß die Wähler, die sich für meine Kandidatur erklärt haben, gleichfalls der Stimme ihrer vorgesetzten Wahlbehörde folgen werden.

Posen, den 31. März.

Stanislaus Nowicki.

Aus Nr. 76 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 3. April 1910:

Die Wahl in Posen.

Wir erfahren, daß in der gestern abend abgehaltenen Sitzung des Posener Wahlkomitees nach einer Ansprache des Vorsitzenden Herrn Stefan Chocisjewski einstimmig beschlossen worden ist, die Kandidatur des Herrn Adalbert Sosinski zu unterstützen.

Aus Nr. 77 des Orędownik (Posen)
vom 5. April 1910:

Achtung, Volksparteiler!

Am Sonnabend um $^1/_2$ 2 Uhr nachmittags erhielten wir von der Redaktion des Goniec Wielkopolski den nachstehenden anonymen Aufruf:

Eine große Versammlung polnischer Wähler wird am Montag, dem 4. April, 8 Uhr abends im Saale des Zoologischen Gartens stattfinden. In dieser Versammlung wird unser Kandidat Herr Adalbert Sosinski aus Bochum sprechen.

Um zahlreiche Beteiligung bittet ein Kreis von Posener Bürgern.

Dieser Aufruf wurde so spät versandt, daß keine für die breiteren Volksschichten von mittag an herausgegebene Zeitung ihn aufnehmen konnte. Die einzige Ausnahme bildet natürlich der Goniec, der ihn an der Spitze darbot.

Das schon charakterisiert hinlänglich jenen „Kreis von Posener Bürgern".

Und jetzt fragen wir Herrn Sosinski: hatte er als legaler Kandidat nicht die Pflicht, sich an die hiesige legale Wahlbehörde mit der Bitte zu wenden, ihm eine Ansprache an die Posener Wähler zu ermöglichen? Die Mitglieder der hiesigen legalen Wahlbehörde nebst ihren Vertrauensmännern müssen entgegen ihrer Überzeugung der Agitationsarbeit zugunsten der Kandidatur des Herrn Sosinski sich unterziehen, Herr Sosinski fügt zu alledem, was er bisher entgegen dem Willen der Wähler vollbracht hat, für das Wahlkomitee noch die Pille hinzu, daß er es links liegen läßt und hinter dem Rücken des Komitees jetzt mit denen im Geheimen sich zu verständigt, deren ausschließliche Aufgabe es ist, auf das Komitee Verleumdungen zu schleudern und bei den Wählern anzuschwärzen. Das ist schon ein wenig zuviel des Guten! Das ist schon eine offene Herausforderung, die um so unverständiger ist, als sie einige Tage vor dem Wahltermin ausgeführt wurde.

Aber jedes Übel hat seine gute Seite. Herr Sosinski wird im Zoologischen Garten Gelegenheit finden, sich bezüglich der Vorwürfe zu rechtfertigen, welche ihm von Arbeitern werden gemacht werden, die ihn gut kennen.

Der schwerste Vorwurf ist der, daß Herr Sosinski in Diensten der Polizei gestanden und der Polizei Berichte über die Sitzungen polnischer Vereine geliefert hat. Solcher Vorwürfe nationaler Natur gibt es mehr, abgesehen von den Vorwürfen vom volksparteilichen Standpunkt aus. Möge Herr Sosinski das alles erklären!

An unsere Leser wenden wir uns mit der entschiedenen Aufforderung, es für ihre Bürgerpflicht anzusehen, heut wie ein Mann dem Zoologischen Garten zuzustreben.

Da es nicht ausgeschlossen ist, daß die Gegner der Volksbewegung den Saal frühzeitig besetzen, so gilt es, sich schon um 7 Uhr abends einzufinden, um nicht draußen bleiben zu müssen.

Auf also zur Versammlung im Zoologischen Garten! Da werden wir Herrn Sosinski anhören und entsprechende Aufklärungen fordern. Wenn man aber von irgendwelcher Seite her die Volksbewegung schmähen sollte, dann werden wir den Verleumdern eine entschiedene Antwort geben. Auf diese Beschimpfungen und Verleumdungen muß man vorbereitet sein. Um so mehr ist es Pflicht eines jeden aufgeklärten Volksparteilers, sich rechtzeitig im Zoologischen Garten einzufinden.

Aus Nr. 78 des Orędownik (Posen) vom 6. April 1910:

Protest.

Ironie des Schicksals! Der Goniec mit seinem politischen Agenten Herrn Szramkiewicz hatten für gestern in den Saal des Zoologischen Gartens eine Versammlung einberufen, um die hiesige legale Wahlbehörde zu demütigen und die Kandidatur Sosinski hinter dem Rücken des Wahlkomitees für die Stadt Posen zu empfehlen. Und womit endete die Versammlung? — Um ein Haar wäre der Goniec zur Tür hinausgeworfen worden. Herr Szramkiewicz erregte und forderte die Versammlung so sehr heraus, um diese nur zu zerschlagen. Das ist auch eine Ironie des Schicksals, daß der Einberufer einer Versammlung danach strebt, sie zu sprengen. Weshalb? Schon beim Eintritt in den Saal hatte Herr Szramkiewicz den Braten gerochen, daß die Versammelten einmütig die Politik des Goniec verdammten. Der Redakteur des Goniec begnügte sich damit, an der Tür zu stehen: Herrn Szramkiewicz aber wurde das Zepter schnell aus der Hand geschlagen, indem man die Leitung Herrn Krause anvertraute. Einige Male noch suchte Herr Szramkiewicz die Versammlung in unerhörter Weise zu sprengen, aber dank der Bemühungen des Vorsitzenden und einiger Bürger wurde die Tagesordnung erschöpft.

Welches ist das Ergebnis der Versammlung? Herr Sosinski vermochte sich von dem Vorwurf zu reinigen, daß er in Diensten der Polizei gestanden habe. Dieser Vorwurf sollte ein für allemal fallen, das fordern Recht und Gerechtigkeit. Dagegen vermochte Herr Sosinski eine ganze Reihe anderer Vorwürfe nicht abzuwehren, die in der nachstehenden Resolution formuliert sind. Die Resolution drückt Herrn Sosinski darum ein Mißtrauensvotum der Posener Wähler aus. Wenn Herr Sosinski hieraus doch ungesäumt den Schluß zöge, daß er auf die Kandidatur verzichten solle! Täte er das sofort, so könnte die Sache noch repariert werden. Entgegengesetztenfalls unterliegt es heute schon keinem Zweifel, daß es zu einer schrecklichen Zerreißung der Volksgemeinschaft kommen wird.

Wer hat das verschuldet? Nicht eine einzige Zeitung hat die Losung zur Sezession ausgegeben; man hat aus diesem Grunde die Volksblätter sogar scharf kritisiert. Den Protest erhoben die breiten Volksmassen, dieselben Massen, die in der gestrigen Versammlung die Vergewaltigung des Willens der Wähler verurteilt haben. Und es fällt auf diejenigen die Schuld, welche sich diese Vergewaltigung haben zuschulden kommen lassen.

Heut steht die Sache so, daß das Wahlkomitee für die Stadt Posen seine Pflicht, an welche es durch die Satzungen gebunden ist, weiterhin erfüllen wird. Wenn nun aber das Komitee die Situation nicht mehr beherrscht, so ist dies das Verdienst der Kreiswahlbehörden, die dem hiesigen Komitee durch ihre Ungerechtigkeit die Zügel der Wahlaktion aus der Hand geschlagen haben. Wir bedauern das lebhaft. Die Lage ist in der Tat schrecklich. Herr Sosinski kann sie noch retten. Durch Verzichtleistung auf die Kandidatur wird Herr Sosinski sich wiederum in den Augen aller derer heben, die ihn gestern verdammten.

Aus Nr. 77 des Wielkopolanin (Posen) vom 5. April 1910:

Ein betrügerisches „Volkskomitee" bereitet in Posen **Sezession** vor!

Gestern verteilte man vor der Kirche einen Aufruf, der zur Stimmenabgabe für Nowicki aufforderte.

Wir hegen den Verdacht, daß hinter jenem Volkskomitee sich die Deutschen verstecken, die uns entzweien möchten, um auf diese Weise ihren Kandidaten Herrn Dr. Wilms durchbringen zu können.

Wir sind der Meinung, daß jene zum Bruch der Solidarität auffordernden Aufrufe aus deutscher Schmiede hervorgegangen sind, wir können nämlich nicht annehmen, daß sich echte Polen finden könnten, die im letzten Augenblick zum Zwiespalt zureden würden.

Unsere Annahme hat um so mehr einen Hinterhalt, weil das legale Wahlkomitee für die Stadt Posen sich für den Beschluß des Provinzialkomitees erklärt und beschlossen hat, die Kandidatur des Herrn Sosinski zu unterstützen. Herr Nowicki, der Rivale des Sosinski, gab eine öffentliche Erklärung ab, daß er von der Sezession ein Abgeordnetenmandat nicht annehmen würde.

Es wird Sache des Wahlkomitees sein, diese **verräterischen** Proben des Säens der Zwietracht durch energische Agitation zu unterdrücken.

Möge doch jenes „Volkskomitee" das Visier lüften, mögen doch diejenigen, die die Solidarität brechen wollen, öffentlich ihre Namen nennen, damit wir diese Zerstörer des Friedens kennen lernen.

Solange dies nicht erfolgen wird, behaupten wir, daß jener Aufruf ein deutsches Kunststückchen ist, mit dessen Hilfe man uns entzweien möchte.

Möge sich keiner irreführen lassen weder durch die Aufrufe der Sozialisten noch durch die Aufrufe jenes angeblichen Volkskomitees.

Unser legaler Kandidat ist Herr **Adalbert Sosinski** aus Bochum.

Ihm werden am 8. April alle echten Polen ihre Stimme geben.

Aus Nr. 76 des Postęp (Posen) vom 3. April 1910:

Wie man uns mitteilt, fand vergangenen Donnerstag wiederum eine Sitzung beim Rechtsanwalt Herrn Drwenski zwecks Gründung einer politischen Partei zur Bekämpfung der demokratisch-volksparteilichen Bewegung statt. Es waren dort mehrere Dutzend Herren zugegen, deren Namen wir nicht nennen wollen. — Auch die Redakteure des Dziennik Poznanski und des Wielkopolanin nahmen an der Sitzung teil. Man beriet sehr lange und sehr viel, kam aber zu keinem positiven Resultat. Die Hauptverhandlungen bewegten sich um die Frage der Benennung der neuen Partei. Man schlug vor, die Partei Realistenpartei, Union, Liga, nationale Partei zu benennen; doch kam man zu keinem Resultat. Es soll noch eine Versammlung stattfinden. Das Hauptwort führte Herr Dziembowski. Unser Informator war von den Beratungen, an denen Rechtsanwälte und Gelehrte teilnahmen, gar nicht erbaut. Es wurden sehr wenige praktische Gedanken zutage gefördert. Die ganze Diskussion hatte — wie man so sagt — einen akademischen Charakter. In der Sitzung waren allerdings verschiedene Stände repräsentiert, ebenfalls auch Mitglieder des gegenwärtigen Wahlkomitees und der Geistliche Gladysz aus Komornik.

Aus Nr. 79 des Postęp (Posen)
vom 6. April 1910:

Wiry.

Sonntag hielt der Propst Seichter in der Kirche eine Predigt über die Wahlen und die Kandidaten. Ob dies sehr passend war, bezweifle ich sehr, denn die Predigt hat direkt Ärgernis hervorgerufen, und es gehört sich auch nicht, von der Kanzel herab so zu den Frommen zu sprechen. Unter anderem sagte der Propst, daß nur die Intelligenz regieren könne, und daß sie es nicht zugeben würde, daß die Arbeiter herrschen sollten. Der Propst sprach beim Empfehlen der Kandidatur, daß er jeden, der anders wähle, ins Gesicht speien werde. (Es entsteht in der Kirche eine allgemeine Bewegung.) Die Anhänger Nowickis verglich der Propst mit Sozialisten und meinte, sie seien schlimmer als das Vieh. Eine solche Predigt ruft doch nur Ärgernis und Erbitterung hervor, nützt aber der Sache selbst nicht, im Gegenteil, sie schadet ihr.

Aus Nr. 79 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 7. April 1910:

An die Arbeit Wähler!

Mit Schmerzen sehen wir auf den Bruch, der sich bei den jetzigen Reichstagswahlen in Posen vollzieht.

Viele polnische Wähler wollen die Solidarität brechen und Sezession machen, trotzdem Herr Nowicki erklärt hat, daß er aus den Händen der Sezession kein Mandat annehmen werde. Was für einen Zweck hat also die Sezession? Auch wir bedauern diese Nichtberücksichtigung des Willens der Mehrheit der Wähler, auch uns ist Herr Nowicki sympathisch, und trotzdem können wir die Sezession nicht gutheißen, deren Folge der Bruch der nationalen Einheit sein wird. Mit den Wahlkomitees wird man sich ja später auseinandersetzen können, und dies wird sicher erfolgen, doch heute müßten wir so stimmen, wie es uns unsere legale Wahlbehörde befiehlt. Bedeuten doch bei uns die Wahlen die Manifestierung der Volkskraft angesichts des Feindes, sie bedeuten die Durchzählung der Seinen, sie sind für die Welt ein Zeichen, daß wir nicht verloren gehen, sondern leben und wachsen. Gehört es sich auf dem Felde des um Leben und Tod tobenden Kampfes, im Angesicht des Feindes, der nur auf unseren Untergang lauert, unsere Reihen zu entzweien, unsere Kräfte zu zersplittern? Die Deutschen freuen sich ob der Zwietracht in unserem Lager, die Sozialisten fischen in der allgemeinen Verwirrung Anhänger aus unseren Reihen, und wir treiben zum Bruch!

Brüder von der Werkstatt und der Maschine, vom Pflug und vom Spaten! brecht nicht die nationale Einheit! Geht nicht der Stimme der Agitatoren nach, die in ihrer Verbohrtheit das Gleichgewicht verlieren und nicht wissen oder nicht wissen wollen, daß ihre Handlungsweise unvereinbar ist mit der nationalen Ehre. Alle ehrlichen polnischen Zeitungen verdammen die Sezession, denn sie wollen nicht die Verantwortung für sie auf sich nehmen, sie wollen nicht schuldig werden am Bruch der nationalen Solidarität. Und wollen wir Wähler die Schuld auf uns nehmen? Ist unser Gewissen mit dem Bruch der Einigkeit einverstanden? Nein, es ist nicht einverstanden, und es würde uns eine solche Handlungsweise bis an unser Lebensende vorwerfen. Brüder! Es ist kein echter Pole, der zum Bruch drängt! es ist kein echter Pole, der zum Bruch hilft!

Diese Warnungsworte richten wir an euch, Brüder Arbeiter, noch im letzten Augenblick! Ob ihr sie beachten sollt, das sagt euch euer Gewissen.

Im Namen vieler Arbeiter.

Franz Cejrowski. Franz Dobry. Lukas Jankowiak. Peter Janczak. Johann Matelski. Sylvester Olszewski. Stephan Roszyk. Michael Siwczak. Andreas Skibinski. Josef Wroniak.

Aus Nr. 79 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 7. April 1910:

In der Angelegenheit des Vorwurfs, der die Verhältnisse des Herrn Sosinski mit der Polizei betraf, hat Sosinski zum Beweise seiner Unschuld unter anderem auf die Klage hingewiesen, die er seiner Zeit gegen den Gornik Polski eingereicht hat, und in welcher der Redakteur dieser polnischen Zeitung gerade wegen Erhebung des Vorwurfs gegen Sosinski, er habe der Polizei Protokolle polnischer Versammlungen geliefert, zu 60 ℳ Geldstrafe verurteilt wurde.

Als Antwort auf unseren Hinweis auf diesen Prozeß erhalten wir aus Kattowitz vom Redakteur des Gornik Polski, Herrn Buchner, folgendes Telegramm:

„Sosinski hat bewußt die Unwahrheit gesagt, wenn er behauptete, daß der Redakteur des Gornik Polski, Duda, wegen Erhebung des Vorwurfs, Sosinski hätte der Polizei Protokolle der polnischen Sitzungen geliefert, verurteilt wurde. Die Verurteilung erfolgte vielmehr aus anderen Gründen, nämlich infolge zweier Artikel, die die Prozesse Sosinskis gegen Palinski nebst Jankowiak und Korpus gegen Wilkowski besprachen. Gerade in diesen Artikeln ist überhaupt keine Rede von den Diensten, die Sosinski der Polizei geleistet hat. Eine diesbezügliche Behauptung Sosinskis ist eine Lüge. Einzelheiten brieflich.

Buchner,
Redakteur des Gornik Polski."

Wir bekennen offen, daß wir angesichts der telegraphischen Nachricht des Redakteurs des Gornik Polski die Grenze aus den Augen verlieren, was bei uns möglich und was unmöglich ist. Unsere endgültige Meinung werden wir erst äußern, wenn wir die angekündigten brieflich mitgeteilten Einzelheiten erhalten.

Aus Nr. 71 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 31. März 1910:

Das Provinzial-Wahlkomitee.

hat Sosinski als Kandidaten für den Reichstag aufgestellt. Es sind 12 Stimmen abgegeben worden, davon 6 für Nowicki und 6 für Sosinski. Das Los entschied zugunsten Sosinskis. (Es ist sonderbar, daß im Provinzialwahlkomitee das Los stets gegen die Volksparteiler entscheidet.) In der Stadt herrscht ungeheure Erbitterung. Überall wird von einer Sezession gesprochen. Die Arbeiterkreise treten gegen den Beschluß des Provinzialwahlkomitees auf und speien auf Sosinski, überall nennen sie ihn einen Diener des Adels, die zukünftige Stütze von Dziembowskis. Es ist nicht daran zu denken, daß die aufgeklärten Arbeiter für Sosinski stimmen sollten.

Das Provinzialwahlkomitee erdreistete sich, Schritte zu unternehmen, die fatale Folgen nach sich ziehen müssen;

wenn es nicht zu einer Sezession kommt, dann wird es auf jeden Fall ungeheure Erbitterung gegen die Geistlichen, den Adel und deren Helfershelfer geben. Mögen sich alsdann die interessierten Elemente nicht wundern, daß in den Versammlungen unter ihrer Adresse unliebsame Rufe erschallen. Wenn sie den Willen des aufgeklärten Volkes vergewaltigen, seine Rechte mit Füßen treten, dann muß die Schuld für ihre Verfehlungen auf sie fallen.

Scham und Schande über Sosinski, daß er sich zu einer solchen ekelhaften Sache hat gebrauchen lassen, daß er zum Werkzeug der Vergewaltigung des Willens des Volkes geworden ist. Herr Sosinski, überlege Dir die Sache noch und denke daran, daß Du nicht die Fähigkeiten für einen Abgeordneten besitzest wie Herr Nowicki, der Dich durch eigens erworbene Kenntnisse und angeborenes Talent himmelhoch überragt. Denke daran, daß der Reisener Meister, Herr Dr. von Dziembowski, das ganze Leben hindurch für Dich Reden und Artikel nicht schreiben wird. Du hast eine große Dummheit begangen, aber nicht Du bist schuld daran, denn Dein Verstand konnte das nicht ermessen. Zeige wenigstens, daß Du, wenn es Dir auch an Verstand gebricht, den aufgeklärten Arbeitern gegenüber, die Deine Kandidatur nicht wollen, rechtschaffen bist.

Herr Sosinski, verzichte auf die Kandidatur möglichst bald, denn die Arbeiter wollen Dich nicht haben.

Wir klagen über die preußischen Gewalttaten und Gesetzeslosigkeiten und blicken mit Entrüstung auf die zerfahrene preußische Konstitution. Aber ihr Herren, in welcher Weise unterscheiden wir uns denn von den Preußen? Bei uns herrscht ja dieselbe Selbstsucht, dieselbe brutale Anwendung der Vorschriften, die wir uns selbst gegeben haben. Wenn wir unsere eigenen Rechte vergewaltigen, dann haben wir auch kein Recht, uns über die Ausführer der preußischen Gesetze zu beklagen.

Gewisse Herren bleiben unserer geschichtlichen Tradition treu. Die Stimme des Volkes bedeutet bei ihnen nichts, sie traktieren das Volk wie der Wind, der durch das Weltall weht. O, sie werden sich gar sehr irren, denn es ist bekannt, daß das Volk eine Macht ist, die in Zukunft nicht mit denen rechnen wird, die gegenwärtig des Volkes Rechte mit Füßen treten.

Aus Nr. 72 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 1. April 1910:

Herr Adalbert Sosinski

ist also Reichstagskandidat in Posen durch den Willen aller Gegner der Volksbewegung und dank der Vergewaltigung aller Rechte. Man schreibt uns aus Posen, es herrsche über Herrn Sosinski unerhörte Entrüstung, daß er die Kandidatur aus den Händen der Rückschrittler angenommen habe. Viele Wähler trügen sich mit der Absicht, für den Sozialdemokraten Matuszewski zu stimmen, um gegen die unerhörte Ungerechtigkeit zu protestieren, die ihnen durch die Wahlbehörden zugefügt worden sei. — Hier in Bromberg und überall da, wo die Arbeiter beide Kandidaten kennen gelernt haben, wird Herr Sosinski als ein willfähriges Werkzeug betrachtet, und sein Standpunkt wird allgemein verurteilt.

Herr Sosinski begeht eine Dummheit nach der anderen. Der Goniec Wielkopolski, das Organ des Abgeordneten von Dziembowski, teilt mit, Herr Sosinski beabsichtige am Sonntag in Versammlungen auf dem Lande zu sprechen — wohl unter der sicheren Obhut der Rückschrittler!

Herr Karl Rzepecki, der Delegierte der Stadt Posen, hat gegen das Verfahren des Provinzialkomitees Protest bei der Delegiertenversammlung eingelegt. Wir zweifeln jedoch, daß er damit Erfolg haben wird, denn unter den Delegierten besitzen die Rückschrittler die Mehrheit. Das sind ebenfalls die Erfolge der Saumseligkeit der Volkskreise, die zu wenig Gewicht legen auf die Wahlen der Delegierten und deren Vertreter und dem die Stimme geben, der ihnen von oben her empfohlen wird. Wenn wir in Zukunft auf diese Sachen nicht mehr achten und die Rückschrittler nicht rücksichtslos entfernen werden, dann wird sich die Vergewaltigung der Rechte der Wähler öfter wiederholen.

Aus Nr. 74 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 3. April 1910:

Vergewaltigt nicht den Willen des Volkes!

Rynarzewo.

Die Stimme des Volkes ist Gottes Stimme. Das habe ich oft gehört, und zwar aus dem Munde solcher Leute, die sich zu den sogenannten Großen zählen. Solches wurde früher verkündigt. Und heute? Heute könnte man sagen: Die Stimme des Volkes ist die Stimme, die da vergebens ruft, die niemand hört oder nicht zu hören braucht. Dafür aber bedeutet die Stimme unserer Herren alles. Deshalb konnte man auch von vornherein wissen, daß unser Provinzialwahlkomitee so und nicht anders verfahren wird, d. h. daß es an erster Stelle nicht den aufstellen wird, den sich das Volk wünscht, sondern den, den sich unsere Herren ausersehen und der zu ihrem Diener wird. Nicht zum ersten Male hat das Provinzialwahlkomitee so gehandelt und nicht zum ersten Male drängt es den Wählern seinen Kandidaten auf. Unsere Aufgabe aber möge es sein, so zu arbeiten, daß dies zum letzten Male geschehen wäre. Wenn unsere Herren den Kampf mit dem Volke wollen, nun, dann mögen sie ihn haben. Zwar sollten wir unsere Behörde zu achten verstehen, die einmal von uns gefaßten Beschlüsse respektieren, wenn aber die Behörde ihr Ansehen mißbraucht, wenn sie selbst darauf ausgeht, diese Beschlüsse zu umgehen, so steht uns das Recht zu, dagegen aufzutreten und Gerechtigkeit zu verlangen. Es steht fest, daß, wenn es zu den neuen Wahlen kommt, das Provinzialkomitee mit der Stimme des Volkes wird rechnen müssen, oder daß die Hälfte unserer Abgeordneten nicht gewählt werden wird. O, ihr Herren, ihr werdet selbst nicht imstande sein, das zu verantworten, was ihr tut. Geht nur unter das Volk, und ihr werdet euch selbst überzeugen, wie es unter ihm wallet und siedet. Nur ein kleines Fünkchen noch ist nötig — und es entsteigt dem Herd eine Flamme, die ihr nicht werdet löschen können. Ihr werdet es fürwahr noch dahin bringen, daß unser Volk, das genug Geduld besitzt und sich lange genug auf der Nase herumtanzen läßt, gegen euch wird auftreten müssen. Noch ist es Zeit, alles wieder gut zu machen, wenn ihr aber weiterhin widerspenstig sein werdet und die Stimme des Volkes nicht werdet hören wollen, dann könnt ihr dessen gewiß sein, daß ihr dabei am schlechtesten fahren werdet. Wenn ihr geachtet sein wollt, dann achtet und belehrt das Volk, ohne das ihr nichts bedeutet. Wir haben genug eurer Ausschreitungen, genug eurer Selbstherrschaft; auch das Volk hat seine Rechte, die man nicht straflos vergewaltigen darf. Und du, polnisches Volk, zeige, daß du es verstehst, deine Rechte zu fordern und daß du niemals auf sie verzichten wirst. Wir sind alle gleiche Bürger, und doch nicht etwa die Knechte unserer

großen Herren, unter denen sich so manch einer befindet, der nicht wert ist, einem einfachen Manne die Hand zu reichen.

Ein Achtsamer.

Aus Nr. 69 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 27. März 1910:

Unter der Adresse des Herrn Sosinski.

Aus den Kreisen der organisierten Arbeiter erhielten wir eine Korrespondenz, die sich in sehr scharfer Weise gegen Herrn Sosinski wendet. Unser Korrespondent nennt Herrn Sosinski einen „Diener der Rückschrittler", weil er es zuläßt, daß konservative Elemente seine Kandidatur in den Vordergrund drängen. Er warnt ihn und bittet ihn im Interesse der Polnischen Berufsvereinigung: Herr Sosinski, nehmen Sie die Kandidatur nicht an, die Ihnen die Bosheit der Rückschrittler gibt und nicht die nationalen und die gut denkenden Arbeiter. Hören Sie auf, das Fähnchen zu sein, das sich stets nach dem Winde richtet, einmal nach dieser, das andere Mal nach jener Seite. Die Herren, die Sie jetzt vorschieben, spotten Ihrer, wenngleich sie für Sie Artikel schreiben. Wenn sie Sie nicht brauchen werden, werden sie Ihnen einen Fußtritt versetzen, daß Sie lange daran denken werden. Überlegen Sie sich also die Sache und kompromittieren Sie sich und damit die Vereinigung nicht.

Aus Nr. 75 des Dziennik Poznański (Posen) vom 2. April 1910:

Betrifft den Nationalrat.

Seiner Zeit schrieben wir, man habe bei uns die Frage der Gründung eines sogenannten „Nationalrats" aufgeworfen, der gegebenenfalls moralisch auf die öffentliche Meinung einwirken würde. Über diese Angelegenheit referierte in der Versammlung des polnischen Zentralwahlkomitees für das Deutsche Reich der Herr Abgeordnete Brejski. Prinzipielle Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt; man beschloß nur, diese Angelegenheit genauer zu prüfen. Irrig ist somit, daß, wie manche Blätter berichten, das polnische Zentralwahlkomitee sich bereits für das Projekt erklärt habe. Ein genaues Projekt ist überhaupt noch nicht vorgelegt worden.

Aus Nr. 72 des Kurjer Poznański (Posen) vom 30. März 1910:

Betrifft die Beteiligung der Polen an der Einweihung des Posener Kaiserschlosses.

Aus Berlin telegraphiert man an Warschauer Zeitungen:

„Schon jetzt bespricht man im polnischen konservativen Lager die Angelegenheit der etwaigen Beteiligung von Vertretern der polnischen Volksgemeinschaft an den hier für den Juni angekündigten preußischen Festlichkeiten, die gelegentlich der Einweihung des neuen Kaiserschlosses in Gegenwart des Kaisers Wilhelm stattfinden sollen. An diesen Festlichkeiten haben die Konservativen teilzunehmen beschlossen; fürs erste wird die Sache jedoch streng geheim gehalten."

Den zweiten Absatz des Telegramms geben wir nicht wieder, da er bereits ausdrücklich von einem Abgeordneten spricht, welcher angeblich daran arbeitet, die polnische Fraktion hineinzuziehen. Inwieweit diese Einzelheit genau ist, vermochten wir noch nicht festzustellen. Was die konservativen Kreise daheim betrifft, so haben sie noch keine endgültige Entscheidung getroffen; es ist aber wahr, daß sogar manche Faktoren, die sich sonst zu der Linken des konservativen Lagers rechnen, zu Gunsten der Teilnahme der eventuell zu den preußischen Festlichkeiten eingeladenen Persönlichkeiten sich hinneigen.

Welches unser Standpunkt in dieser Sache ist, das brauchen wir nicht zu erläutern. Wir werden natürlich auf diese Sache noch manchmal zurückkommen.

Der oben vom Kurjer nicht wiedergegebene Absatz des Berliner Telegramms lautet, wie der Dziennik Berlinski in Nr. 71 vom 30. März berichtet, wie folgt:

„Im gegenwärtigen Moment suchen die interessierten Kreise für den Gedanken die polnischen Abgeordneten zu gewinnen, um mittelst der Autorität der Zustimmung der Fraktion sich gegen die Vorwürfe der öffentlichen Meinung zu decken. Den Boden hat nach dieser Richtung hin der Abgeordnete von Dziembowski vorbereitet; er stößt jedoch auf starken Widerstand auf seiten der Abgeordneten, welche der Linken angehören. Wie wir aus beachtenswerter Quelle erfahren, soll die ganze Sache in einer der nächsten Sitzungen der polnischen Fraktion in Berlin gleich nach den Festferien erörtert werden."

Hierzu meint der Dziennik Berlinski:

„Ist das wahr? Zunächst erscheint uns der Gedanke so ungeheuerlich, daß es uns sogar nach der Reichsfinanzreform und nach den Sprüngen der Konservativen in Sachen der letzten Wahlen schwer fällt, daran zu glauben."

Aus Nr. 73 des Postęp (Posen) vom 31. März 1910:

Lutheraner gegen die Beichte!

Man schreibt uns:

Fast jedem ist es bekannt, daß die Lutheraner die katholische Beichte hassen, manchmal sogar gegen sie auftreten. Aber keiner hat wohl noch gehört, daß die Lutheraner, um die katholische Beichte zu vernichten, sich in einen Verein zusammengeschlossen hätten zu dem Zweck, die katholische Beichte völlig zu beschränken und sie von ihnen abhängig zu machen.

Also hört! — In Hamburg, jener gottlosen und ehrlich unmoralischen Hafenstadt, hat sich ein gegen die katholische Beichte gerichteter Verein gegründet, der schon über 700 Mitglieder zählt. Dieser Verein verlangt und strebt mit allen möglichen Mitteln danach, die Beichte ganz von ihm abhängig zu machen. Dieses Bestreben motiviert er damit, daß die Beichte nicht nur geheim, sondern auch gefährlich sei.

Daß die Beichte geheim ist, regt also die Lutheraner so sehr auf und mit Recht. Da kommt so ein Sünder zu einem Geistlichen und beichtet. Was er gebeichtet hat, bleibt das größte Geheimnis zwischen beiden. Worum geht es also den Lutheranern? um jene Morde, Diebstähle, Ehebrüche und andere Vergehen? Wem soll denn die Beichte gefährlich sein? Dem Geistlichen, dem Beichtkinde oder beiden zugleich? Soll sie gefährlich sein aus sozialen und moralischen Gründen? keineswegs! Also, was will man denn?

Jenem lutherischen Verein geht es darum, daß die katholische Beichte eine solche Einrichtung sei, in der die antistaatliche Politik von den Geistlichen im höchsten Grade betrieben werde oder betrieben werden könne!

Jener lutherische Antibeichtenverein verlangt nun und arbeitet ständig daran, daß die katholische Beichte durch ein Ausnahmegesetz staatlicherseits kontrolliert werde. Er verlangt, daß an jedem Beichtstuhl ein Polizist stehe, der zuhören und notieren müsse, was zwischen dem Geistlichen und dem Beichtkind gesprochen werde, was gebeichtet werde, was für eine Belehrung, ob politischen oder nur das Seelenheil betreffenden Inhalts gegeben werde. Jene Beichte soll also notwendigerweise offen (unter 4 Augen) sein, bei welcher der Vertreter des Gesetzes zugegen sein soll!" Eine ähnliche Nachricht brachte auch die in Dortmund herausgegebene „Tremmonia".

Damit etwa die Geistlichen mit dem katholischen Volke, um so mehr mit den Polen unter dem Deckmantel der Beichte keine politischen und revolutionären Verabredungen veranstalten, haben es die Lutheraner für notwendig erachtet, den betreffenden Verein zu gründen und erst einmal später tätlich gegen die Beichte gesetzlich vorzugehen. Also der Teufel schläft nicht, sondern er geht herum! K. W.

Aus Nr. 73 des Dziennik Poznański (Posen) vom 31. März 1910:

Generalversammlung der Aktionäre der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften.

Im Kuratoriumssaale der Verbandsbank fand heute die Generalversammlung der Aktionäre der Bank statt. Eröffnet wurde sie vom Kammerherrn Cegielski, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, welcher hervorhob, daß die Bekanntgabe dieser Generalversammlung nach den Vorschriften und zur gehörigen Zeit erfolgt sei.

Die Tätigkeit der Verbandsbank war im verflossenen Jahre eine günstige, darum können die Herren Aktionäre auch zufrieden sein. Die vorgeschlagene Dividende beträgt 6 %. Dazu sind noch bedeutende Zuschreibungen zum Reservefonds in Höhe von etwa 170 000 ℳ gemacht worden. Außerdem beträgt der Gewinn aus den Effekten, der hier nicht berücksichtigt worden ist, noch 109 590 ℳ. Das künftige Jahr 1911 wird das Jubiläumsjahr des 25jährigen Bestehens der Bank sein. Der Herr Vorsitzende äußerte die Hoffnung, daß der Bericht über dieses Jahr gleichfalls ein günstiger sein werde.

Herr Kammerherr Cegielski wurde ersucht, die heutige Versammlung zu leiten. Das Wort erhielt sodann Herr Direktor Wienckowski, welcher den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes erstattete. Redner bot einen allgemeinen Überblick über die von der Bank erledigten Angelegenheiten und erläuterte die Bilans vom Schlusse des Jahres 1909, welche mit 40 230 986 ℳ abschließt.

Der Gesamtumsatz hob sich im Vergleich zum Jahre 1908 von 484 053 367 ℳ auf 606 866 088 ℳ. Entsprechend haben sich alle Erwerbskonten gehoben.

Schließlich empfahl Herr Direktor Wienckowski die vom Vorstand vorgeschlagene Gewinnverteilung anzunehmen. Herr Kammerherr Cegielski hebt noch hervor, wie das ständige Wachstum der Geschäfte der Bank den Vorstand, den Aufsichtsrat und den Kurator bewogen hätten, der Generalversammlung der Aktionäre vom 30. März v. J. den Beschluß vorzulegen, das bisherige Anlagekapital, welches 3 Millionen Mark beträgt, auf 6 Millionen zu erhöhen.

Zu diesem Beschluß ist man nicht gezwungen worden durch den Mangel an Kapital, sondern durch das Streben, das Gleichgewicht zwischen dem fremden und dem eigenen Kapital nicht ins Schwanken geraten zu lassen und die Bank angesichts der immer stärkeren Entwickelung unserer Genossenschaften instandzusetzen, ihnen, wenn nicht mit wohlfeilerem, so doch jedenfalls mit bequemerem Kredit dienen zu können.

Die vorjährige Generalversammlung bestätigte den Beschluß der Erhöhung des Anlagekapitals um weitere 3 Millionen einmütig. Ein Beweis des Vertrauens, welches die Genossenschaften zur Verbandsbank haben, ist die Tatsache, daß die ausgeschriebene Subskription nicht nur in 3 Wochen zustande kam, sondern daß sie auch schon 3 Monate vor dem festgesetzten Termine mit einem Überschuß von 424 000 ℳ hat geschlossen werden können.

In des Diskussion über den Bericht des Vorstands und die Bilanz nahm niemand das Wort.

Herr St. Krysiewicz erstattete den Bericht über die von der Revisionskommission vorgenommene Revision. Man hat in allem die Übereinstimmung der Rechnungen mit den Büchern und mit der Inventur festgestellt. Auch zu diesem Punkte nahm niemand mehr das Wort.

Sodann verlas der Vorsitzende die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1909 sowie die Bilans für 1910.

Die Versammlung bestätigte die Rechnung und die Bilans und erteilte sowohl dem Vorstand als auch dem Aufsichtsrat Entlastung.

Aus dem Aufsichtsrat schieden aus die Herren Joh. Leitgeber-Posen, St. Sikorski-Groß-Chelm, Westpr. und Adam Napieralski-Beuthen. Die Herren wurden wiedergewählt. Schließlich erteilte die Versammlung die Genehmigung zur Überschreibung der Aktien an die neuen Erwerber. Die Versammlung war damit einverstanden, daß die Dividende gleich nach der Generalversammlung ausgezahlt werde. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Das notarielle Protokoll hat der Justizrat und Notar Cichowicz aus Posen geführt.

Aus Nr. 74 des Lech (Gnesen) vom 2. April 1910:

Die Polen bei deutschen Festlichkeiten.

Gestern feierte in Gnesen der Königl. Gestütsdirektor von Kieckebusch sein 25jähriges Amtsjubiläum. Aus diesem Anlaß fand im Gnesener Offizierkasino ein Festessen statt, an dem sich auch etliche Polen beteiligten, unter anderen Herr Graf von Mielzynski aus Inno und Herr von Kiedrowski aus Myszki.

Es werden zweifelsohne daselbst auch patriotische Reden gehalten und Hochrufe ausgebracht worden sein, an denen sich auch die Polen beteiligen mußten. Haben sie das nötig?

Aus Nr. 75 des Lech (Gnesen) vom 3. April 1910:

In Sachen des Verkaufs der Besitzung Podarzewo teilt uns der Geistliche Smorawski mit, er habe von dem Herrn Palacz einen Brief erhalten, in dem dieser versichert, daß er Podarzewo niemals an einen Fremden verkaufen werde.

Aus Nr. 70 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 30. März 1910:

Einen neuen Verband

hat unsere Gesamtheit erhalten. Am 19. März fanden sich in Mogilno die Delegierten der katholischen Gesellenvereine aus Bromberg, Hohensalza, Kruschwitz, Strelno und Gnesen ein. **Es wurde beschlossen, einen Verband der katholischen Gesellenvereine zu gründen.**

Zweck dieses Verbandes ist die Organisierung der polnischen katholischen Gesellen, ihre Aufklärung und Erziehung. Die Aufklärung soll gefördert werden durch die Honorierung der besten Referate, welche von seiten des Vorstandes aufgegeben werden; das Geld wird aus der Verbandskasse gezahlt.

Ferner soll in jedem Verein, der dem Verbande angehört, das Rechnungswesen zwangsweise eingeführt werden.

Schließlich beabsichtigt man, Schiedsgerichte einzuführen.

Die Satzungen wird der Vorstand binnen kurzem ausarbeiten.

Zum Vorsitzenden wurde Geistlicher Skrzypinski, zu seinem Stellvertreter Herr Twardowski aus Strelno, zum Schriftführer Herr W. Napieralski aus Mogilno, zum Kassenführer Herr Chudziszewicz aus Hohensalza gewählt.

Aus Nr. 70 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 30. März 1910:

Wissek, 28. März 1910.

Der hiesige Verein katholischer polnischer Arbeiter hielt heute seine halbjährliche Generalversammlung ab, zu der erschienen waren die Herren Redakteure Szymanski und Teska aus Bromberg. Den Vorsitz führte Herr Teska. Zunächst brachte Herr M. Dylewski eine schöne Deklamation über Sibirien zu Gehör, Herr Pyszka hielt einen sehr schön ausgearbeiteten und inhaltsreichen Vortrag über **die nationalen Pflichten.** Es folgten sodann die Berichte der bisherigen Vorstandsmitglieder, aus denen hervorgeht, daß sich der Verein sehr günstig entwickelt, er zählt gegen 130 Mitglieder, und es herrscht ein sehr guter Geist in ihm. Es ist nur schade, daß manche Mitglieder in ihrer sonderbaren Verblendung die Vereinsfahne verlassen und andere Leute wiederum gegen diese schöne Organisation agitieren.

Nach Erledigung dieser Sachen und nach Bestätigung des bisherigen Vorstandes brachte Herr Magier eine schöne Deklamation zu Gehör, worauf Herr Teska in ausführlicher Weise über die **Grunwaldfeier und über die Lehren, die aus ihr für uns entspringen, sprach.** Zum Dank für seine öfteren Mühewaltungen ernannte ihn der Verein zu seinem Ehrenmitgliede. Mit warmen Worten regte Herr Teska zu gemeinsamer und einträchtiger Arbeit an und schloß sodann die Versammlung, die sehr zahlreich besucht war. Mit Anerkennung muß hervorgehoben werden, daß sich die Frauen in ansehnlicher Zahl eingefunden hatten.

Wir wünschen dem Vereinsvorstande, daß seine Arbeit auch weiterhin die besten Früchte zeitigen und daß er nicht aufhören möge, in der edlen Bemühung, die Landsleute recht zahlreich unter die Fahne des Arbeitervereins zu bringen.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 37 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 26. März 1910:

Aus dem Osterartikel.

Auch zu unserer Vernichtung haben sich die Feinde verschworen, und um uns zu vernichten, sind sie in den Mitteln nicht wählerisch. Das Recht muß vor der Macht zurücktreten. Und schon triumphieren sie, daß sie uns vernichten werden. Doch obwohl uns Stürme umbrausen, lasset uns den Kopf hoch tragen. Dort im Himmel sitzt zur Rechten seines Vaters Christus, der für uns gestorben und auferstanden ist. „Er wird die Hochmütigen zerstreuen, die Machthaber absetzen und die Demütigen erhöhen.“ Er wird auch mit einer Bewegung seiner allmächtigen Hand alles zermalmen, was die Ungerechtigkeit geschaffen hat, und „am Tage des Gerichts wird er die Tyrannen wegfegen.“ Auch für uns wird die Auferstehungsstunde schlagen.

Aus Nr. 37 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz) vom 26. März 1910:

Aus dem Osterartikel.

Nein, nein, o Herr, denn wir glauben doch heilig daran, daß diese Erinnerung an deine Auferstehung auch **ein politischer Katechismus** für die Völker und Nationen ist. Also diese Erinnerung an deine Auferstehung ist für uns eine Zuversicht, ein Wendepunkt in der Arbeit an der Zukunft.

Polen, Polen, dein Grab war nur
Die Wiege einer neuen Morgenröte,
In der Ewigkeit nur ein Augenblick,
In welchem der Geist Gottes empfangen wurde.

Aus Nr. 37 des Pielgrzym (Pelplin) vom 26. März 1910:

Für die polnisch-katholischen Eltern.

Einige Betrachtungen in einer wichtigen Angelegenheit.

Der Vorbereitungsunterricht, der in einer der letzten Nummern des Pielgrzym zur Sprache gebracht worden ist, ist an sich eine sehr wichtige und ernste Angelegenheit. Von diesen 200 000 Kindern, die in unserer Diözese jedes Jahr das erste Mal zur Kommunion und Beichte gehen, stammen 30- bis 40 000 aus deutschen Familien und 160- bis 170 000 aus polnischen Familien. Unter den deutschen Kindern gibt es wohl fast nicht eins, das in polnischer Sprache zu den hl. Sakramenten vorbereitet würde, dagegen werden bei uns Tausende polnischer Kinder in deutscher Sprache vorbereitet. Es genügt, auf die Dekanate Danzig, Dirschau, Kamin, Schlochau, Lauenburg und manche Städte hinzuweisen.

An Klagen über diese Vergewaltigung der katholischen Grundsätze fehlt es in unseren Blättern nicht. Sie waren aber überwiegend an die falsche Adresse gerichtet. Man hat über die Geistlichen gejammert, daß sie polnische Kinder der deutschen Abteilung zuweisen. Aber werden diese Stimmen jene Geistlichen davon zurückhalten? Wir sind nicht so naiv, um das zu erwarten. Nicht an die Geistlichen hätte man sich in dieser Angelegenheit wenden sollen, sondern an die Eltern. Denn letzten Endes sind die polnischen Eltern daran schuld, daß ihre Kinder den deutschen Unterricht

besuchen. Die einen schicken sie absichtlich zum deutschen Unterricht, und andere verhindern es wiederum nicht, daß ihnen der Vorbereitungsunterricht in deutscher Sprache erteilt wird. Aber nur die Eltern allein können in dieser Beziehung erfolgreich einwirken. Und sie haben die Pflicht das zu verhindern; sie haben diese Pflicht gegenüber dem Kinde, um dessen Erlösung es sich handelt, sie haben diese Pflicht gegenüber Gott und ihrem Gewissen. Sie haben nicht nur die Pflicht, das zu wünschen, sondern sie müssen mit voller Energie handeln, damit ihr Kind den Unterricht in der Muttersprache erhalte, denn das erfordert die Fürsorge um seine Seele.

Aus Nr. 73 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 1. April 1910:

Der Nationalrat. *)

Das „polnische Zentralkomitee für Deutschland" hat sich mit der von uns kürzlich angeregten Schaffung eines „Nationalrates" befaßt und sich nach einem Projekt des Abgeordneten Brejski im Prinzip für das Projekt erklärt. Die Bearbeitung der Satzungen ist dem Präsidium übertragen worden. Sie werden den Provinzialkomitees und den polnischen Fraktionen zur Begutachtung vorgelegt werden, und dann wird die Konstituierung des Nationalrates erfolgen.

Aus Nr. 38 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 29. März 1910:

Zoppot.

Die Ernte der diesjährigen Mission war für die katholische Sache sehr reich. Vor allen Dingen muß man sich über die polnischen Parochianen freuen, von denen man bei jeder Predigt mindestens 700 zählen konnte, während von den deutschen Parochianen nicht viel mehr wie 1000 anwesend waren, obwohl das Verhältnis der deutschen Katholiken zu der Zahl der Parochianen weit günstiger ist. Man muß den Eifer der polnischen Katholiken um so mehr bewundern, als die Mehrzahl von ihnen abhängige Leute, überwiegend Arbeiter sind, die, ohne auf die große Ermüdung nach der vollen Tagesarbeit zu achten, sich wie die Bienen um den Bienenstock zur Predigt und um den Beichtstuhl scharen, der sich in wirklicher Belagerung befand.

Das ist der beste Beweis dafür, wie sehr notwendig hier polnische Andachten sind. Es ist auch zu erwarten, daß der Herr Bischof die Petition der hiesigen polnischen Parochianen um Vermehrung der polnischen Andachten berücksichtigen wird, wenn man erwägt, daß diese Petition mit 577 Unterschriften versehen war.

Aus Nr. 37 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)
vom 26. März 1910:

Aus dem Osterartikel.

Also hoch die Herzen! Segne, auferstandener Christus, Dein polnisches Volk und Deine polnische Nation, stärke unsere Herzen in diesen für uns schweren Zeiten, entflamme in uns den Glauben und das Festhalten an unserem geliebten Vaterland sowie an der Sprache und Sache unserer Väter, damit wir uns einst in erträglicheren Verhältnissen mit Dir des Triumphes der Auferstehung erfreuen können.

Hallelujah!

---

*) Siehe den Artikel aus dem Dziennik Seite 405 dieses Blattes. (Red. des Ges.-Überbl.)

Aus Nr. 25 des Mazur (Ortelsburg)
vom 27. März 1910:

Briefe evangelischer Geistlicher.

Geehrter Herr Redakteur!

Heute schicke ich das Abonnementsgeld für zehn Exemplare des Mazur für das erste Vierteljahr und für fünf Exemplare für die nächsten drei Vierteljahre.

Ich habe für den Mazur ein Manuskript angefertigt, das ich in Kürze zu beenden und abzuschicken beabsichtige.

Ich wünsche dem Mazur von ganzem Herzen, daß er zur geistigen Entwickelung unserer Mitbrüder immer mehr verbreitet werde.

Möge der Herrgott unser liebes Blatt segnen, damit es für das masurische Volk ein Bindeglied werde zur Abwehr der feindlichen Elemente.

Glück auf in der schweren, aber notwendigen Redaktionsarbeit unter vielen Hindernissen und Erschwernissen.

Ihr aufrichtig ergebener

J. A. Loppe
Pastor in Domaczewo, Gouv. Grodno.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 76 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 5. April 1910:

Die Kandidatur des Herrn Sosinski.

Der Gornoslonzak und mit ihm der Katolik, der Dziennik Slonski und Glos Slonski freuen sich ungeheuer, daß Herr Sosinski Kandidat geworden ist. Ihre Freude hat die Quelle in der Tatsache, daß die Versöhnler ihren Kandidaten durchgebracht haben; aber unsere schlesischen Bundesgenossen der Versöhnler schreiben ihren Lesern nichts davon, daß die Posener Konservativen den Willen der Wähler, besonders der in der Polnischen Berufsvereinigung organisierten Arbeiter, die von Herrn Sosinski nichts wissen wollten, vergewaltigt haben.

Die Beuthener Versöhnler stellen jetzt die Sache so dar, daß der Kandidat Nowicki Handwerker und Herr Sosinski Arbeiter sei. Herr Sosinski ist schon seit Jahren nicht mehr Arbeiter, sondern Beamter der Polnischen Berufsvereinigung; Herr Nowicki ist Schriftsetzer, und wir hören zum ersten Male, daß die Setzer keine Arbeiter, sondern Handwerker seien. Die Beuthener Versöhnler schimpfen uns Nationaldemokraten „Liberale", um uns nur beim Volke zu verdächtigen; der Gornoslonzak vergißt aber, daß er noch vor einem Jahre von sich schrieb, daß er ein nationaldemokratisches Blatt sei, obgleich er es nicht war, und er schrieb so von sich nur deshalb, um die Leute auf den Leim zu führen, wie die Spatzen. Unter Berufung auf den Wiarus verschweigt der Gornoslonzak seinen Lesern, daß der Abgeordnete Brejski und sein Wiarus, die Herrn Sosinski wohl am besten kennen, seine Kandidatur bekämpfen und für Herrn Nowicki eintreten. Die Beuthener Versöhnler werfen uns vor, daß wir den Arbeiter Sosinski nicht achteten. Das ist eine Unwahrheit. Wir traten stets für eine Arbeiterkandidatur ein, aber wir bekämpften solche Arbeiterabgeordneten, wie Herr Krolik, den der Katolik seinerzeit gleichfalls als Erlöser der Arbeiter ausgesucht hatte, und dadurch hat er sich im höchsten Grade lächerlich gemacht. Wir bekämpfen nicht den Arbeiter Sosinski, sondern den Herrn Sosinski, der den Willen der organisierten Arbeiter vergewaltigt, der aus den Händen der Versöhnler ein Mandat annimmt und die demokratische und Arbeitersache seiner Eitelkeit und seinem

Ehrgeiz opfert. Die organisierten polnischen Arbeiter freuen sich über die Kandidatur des Herrn Sosinski nicht, sie meinen vielmehr, daß sie sich sehr geirrt, als sie sich einen solchen Vorsitzenden auserkoren haben. Der Fähigkeiten des Herrn Sosinski tun wir nicht mehr Erwähnung, nachdem wir schon in der vorigen Nummer einige derselben gekennzeichnet haben. Und die Arbeiter in Posen haben erklärt, daß sie Herrn Sosinski, falls er zum Abgeordneten gewählt werden sollte, als ihren Abgeordneten nicht betrachten werden. Er wird sich auch vor seinen Wählern nie sehen lassen dürfen, falls er gewählt würde, denn sie werden ihn auspfeifen.

Wir stellen indes die Tatsache fest, daß die Katolikblätter samt dem Organ des Posener Versöhnungsadels, dem Dziennik Poznanski, und noch drei andere Blätter wider den Willen aller polnischen Volksblätter konservative Versöhnungspolitik gegen die nationale und völkische Bewegung treiben. Vorsicht also, Oberschlesier!

Aus Nr. 40 des Polak (Kattowitz)
vom 2. April 1910:

Von Herrn Sosinski

erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Die geehrte Redaktion

des Kurjer Slonski bitte ich um Aufnahme der nachstehenden Berichtigung, wobei ich mich nicht auf das Preßgesetz, sondern auf das Gerechtigkeitsgefühl berufe.

In Nr. 69 des Kurjer Slonski ist ein Artikel erschienen unter der Überschrift: „Die Arbeiterkandidatur". In diesem Artikel wird mir der schwere Vorwurf gemacht, daß ich, anstatt auf die Kandidatur zu verzichten, aus Bochum telegraphiert hätte, daß ich in Wählerversammlungen auftreten würde, um natürlich gegen Herrn Nowicki und für meine Kandidatur zu agitieren.

Ich erkläre, daß diese Behauptung nicht der Wahrheit entspricht.

Weder aus Bochum noch anderswoher habe ich an irgend jemanden telegraphiert, daß ich in einer Wählerversammlung auftreten werde, um gegen Herrn Nowicki zu agitieren. Mich hat nämlich niemand zu Wählerversammlungen eingeladen, ich hatte also auch keine Veranlassung, ein solches Telegramm zu entsenden

Mit Hochachtung

Adalbert Sosinski.

Wir bemerken, daß wir diese Mitteilung nach dem Dziennik Poznanski gebracht haben. Nach dem Bericht über eine Versammlung im Landkreise Posen erklärte ein Geistlicher, daß Herr Sosinski auf eine telegraphische Anfrage telegraphisch geantwortet habe, er sei jederzeit bereit, in Wählerversammlungen aufzutreten. Möge sich also Herr Sosinski an seine versöhnlich-konservativen Beschützer mit seiner Berichtigung wenden. Die Berichtigung bringen wir nur deshalb, weil sie beweist, daß der durch die Gnade der Versöhnungsparteiler aufgestellte Kandidat bis heute noch nicht polnisch schreiben kann. (Der polnische Text der Berichtigung weist nämlich einige orthographische Fehler auf.)

Aus Nr. 75 des Górnoślązak (Kattowitz)
vom 3. April 1910:

Wie Herr Korfanty an der Verbreitung der Aufklärung arbeitet und seine gefährdete Existenz auf Kosten des Gornoslonzak retten will. Aus Bottropp in Westfalen wird uns mitgeteilt, daß Herr Korfanty vor 14 Tagen dorthin gereist sei, unsere Agenten zu sich berufen und mit ihnen eine Beratung gehabt habe, wie der ihm unbequeme Gornoslonzak am besten unschädlich gemacht werden könnte. Die erste Tätigkeit des Herrn Korfanty war, sich Anhänger zu organisieren, damit sie den Gornoslonzak verdrängten und ausrotteten. Er suchte sich 13 Leute aus, darunter auch drei unserer Agenten, und wiegelte sie gegen uns auf. Dienstfertig sagten ihm diese zu, daß sie zu seinem persönlichen Vorteil arbeiten und den Herrn Korfanty unbequemen Gornoslonzak verdrängen würden.

Welchen Grades diese Aufwiegelung gewesen sein muß, dafür ist das beste Zeugnis die Tatsache, daß ein solcher Herr Weiner, der an dieser Beratung teilgenommen hatte, unsere Leser aufsuchte und ihnen erzählte, daß der Gornoslonzak sein Erscheinen einstellen werde. Diese klugen Worte kann ihm nur Herr Korfanty eingeflößt haben. Das Sprichwort sagt: Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.

Weil sie ihn in Schlesien schon all zu gut kennen, am besten aber seine eigenen Agenten, weil er sieht, daß ihm der Boden unter den Füßen wankt, geht er in die Fremde, um dort sein Glück zu suchen. Diese seine ganze Arbeit kann die traurigen Folgen für ihn haben, daß ihn das dortige Volk eher erkennen wird, als hier im Heimatlande, und ihm eher Worte der Wahrheit sagen wird.

So sehen wir denn, liebe Leser, auf welch gemeinen Wegen gegen uns gearbeitet wird. Die Losung des Herrn Korfanty und seiner Blätter ist die Ausrottung des Gornoslonzak.

Er saß noch in der Redaktion des Gornoslonzak, und schon machte er in ihm für sich Reklame, denn er träumte schon damals von der Gründung eines Blattes für sich zwecks Verdrängung des Gornoslonzak. Er gründete den Polak zu einer Zeit, als sich der Gornoslonzak unter der Redaktion des Herrn Kowalczyk befand und als dieser wegen Preßvergehen im Gefängnis saß. Damals gründete Herr Korfanty den Polak, suchte unsere Agenten auf und brachte es dank seinem Abgeordnetenmandat zustande, sie zur Agitation für sein Blatt zu bewegen. — Wenn er jetzt die Sache in seinen Zeitungen anders darstellt, so spricht er wissentlich die Unwahrheit, und das ist für ihn das tägliche Brot.

Das nennt man Arbeit an der Wiedergeburt unserer Volksgesamtheit. Auf den Leichen anderer sucht er emporzukommen und Bedeutung und Einfluß zu erlangen. So handelt nur ein Mensch, der nichts mehr zu verlieren hat.

Einem klugen Kopf genügt ein einziges Wort. Der Lohn wird nicht ausbleiben, denn Gottes Gerechtigkeit schläft nicht.

Aus Nr. 76 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 5. April 1910:

Erklärung des Herrn Korfanty.

Der Gornoslonzak, der Katolik und Dziennik Slonski beschimpfen und schmähen mich persönlich seit längerer Zeit, anstatt sich mit den Blättern auseinanderzusetzen, deren Mitarbeiter ich bin. Dies ist mir gleichgültig, denn seit fast 8 Jahren hatte ich Zeit, mich an die gegen mich geschleuderten Beschimpfungen, Verleumdungen und Lügen der Beuthener Blätter zu gewöhnen. Ich denke auch nicht daran, sie in ihrer „segensreichen" und für die Volksgesamtheit nützlichen Arbeit zu stören, denn ihre Früchte ernten die Blätter schon heute in der Form einer Abnahme ihrer Leserzahl. Ich muß aber einige falsche Behauptungen des Gornoslonzak berichtigen.

Der Gornoślonzak schreibt, ich sei vor 14 Tagen in Bottropp gewesen, hätte dort die Agenten des Gornoślonzak zu mir berufen, 13 Leute organisiert und mit ihnen beraten, wie der Gornoślonzak zu verdrängen sei.

Alle diese Behauptungen entsprechen nicht der Wahrheit. Zunächst war ich in Bottropp nicht vor 14 Tagen, sondern ich war dort am 8. März, traf dort auf mehrfache Bitten unserer schlesischen Brüder zur Teilnahme an einer Versammlung ein. Über meinen dortigen Aufenthalt haben die polnischen Blätter berichtet.

Es ist nicht wahr, daß ich Agenten des Gornoślonzak aus Bottropp zu einer Beratung zusammenberufen habe. Ich habe niemanden zu mir berufen, sondern nach der zweiten Versammlung traten einige Agenten des Kurjer Slonski und Polak an mich heran, offenbar aus eigenem Antriebe, denn ich habe sie nicht eingeladen, aber ich glaubte nicht, daß meine Unterredung mit ihnen dem Gornoślonzak nicht gefallen werde.

Nicht wahr ist es, daß ich 13 Leute organisiert habe, die mir zugesagt haben, zu Gunsten des Kurjer Slonski und Polak zu arbeiten.

Wenn ich zu einer Versammlung fahre, werde ich natürlich nicht vorher den Gornoślonzak oder Katolik um ihre Genehmigung bitten.

Adalbert Korfanty.

Aus Nr. 74 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 2. April 1910:

Nachlässigkeit der Schlesier.

Unlängst fand in Posen eine Sitzung des polnischen Zentralwahlkomitees statt, in welcher der Vorstand gewählt wurde. Zum Vorsitzenden wurde Prälat Wawrzyniak gewählt. Aus Schlesien sind Mitglieder des Zentralwahlkomitees die Herren Hanke und Rozanski, die ihre Stellvertreter haben. Aus Posen wird uns mitgeteilt, daß in dieser Sitzung die Schlesier nicht anwesend gewesen seien. Weder einer von diesen Herren, noch ihre Stellvertreter nahmen an dieser Sitzung teil, wiewohl das Zentralwahlkomitee diesen Delegierten die Reisekosten erstattet. Die Abwesenheit dieser Herren ist umso bedauernswerter, als in dieser Sitzung im Namen Schlesiens hätte gefordert werden müssen, daß Schlesien im Zentralwahlkomitee 3 statt 2 Sitze hätte, denn Westpreußen verfügt bei den Wahlen, obgleich es weniger polnische Stimmen hat, über 3 Sitze. Es wäre zu wünschen, daß unsere Delegierten ihre Abwesenheit rechtfertigen würden, denn wenn sie dies nicht täten, müßten wir sie einer groben Pflichtverletzung beschuldigen.

Aus Nr. 77 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 6. April 1910:

Das zwanzigste Stiftungsfest des Vereins der Industriellen in Beuthen

wurde am Sonntag, dem 3. April d. J. im Saale des Beuthener katholischen Vereinshauses unter zahlreicher Beteiligung der Mitglieder gefeiert. Nach Absingung des Liedes „Willkommen uns, willkommen" eröffnete der Vorsitzende Redakteur Dombeck mit einer Ansprache die bescheidene Feier, indem er die Ehrenmitglieder, den Delegierten aus Deutsch-Piekar und die Mitglieder begrüßte. Er bemerkte, daß die Zahl der Vereinsgründer 12 betragen habe, von denen dem Verein noch angehören: Herr Koraszewski, Verleger und Redakteur der Gazeta Opolska als Ehrenmitglied, Herr Josef Gallus, der erste Vorsitzende, Herr Sztykowski, seit 20 Jahren ununterbrochen Bibliothekar, und der nicht anwesende Herr Ritter. Unsere Verhältnisse in Schlesien haben bewirkt, daß sich der Verein aus einem industriellen in hohem Maße in einen allgemein kulturellen umgestaltet hat. Es fehlte und fehlt aber nicht an Bestrebungen, daß der Verein immer mehr seinem Namen entspreche. Es gab Fachabteilungen für im Holz-, Eisen- und Bekleidungsfach Beschäftigte. Es sollten von allen diesen Abteilungen Angehörigen die Rohstoffe gemeinsam eingekauft werden. Später wurde die Gründung einer Tischlergenossenschaft und einer Kasse zur gegenseitigen Hilfe versucht. Letztere sollte Darlehen von höchstens 300 M. gewähren. Alle diese Pläne mußten auf später verschoben werden, bis die Zahl der selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden größer wäre. Die Entwickelung vollzieht sich langsam, und die Großindustrie ist hinderlich, denn sie zieht Einzelne heran und macht dadurch eine unerträgliche Konkurrenz. Der Verein bemüht sich, die industriellen Kenntnisse durch Vorträge, Halten von Fachzeitschriften, durch fachmännische Bücher, durch Entsendung von Mitgliedern zu Gewerbeausstellungen, durch die Bildung eines Stipendienfonds für diejenigen Mitglieder, die sich in ihrem Fache oder ihre Söhne in dieser Richtung ausbilden möchten, zu fördern. Der gute Wille ist beim Vorstande und beim ganzen Verein vorhanden, aber die Zahl der selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden ist noch zu klein. An Verfolgungen und Prozessen hat es während des 20jährigen Bestehens nicht gefehlt. Infolgedessen sind empfindliche Verluste, insbesondere infolge nicht abgehaltener Theatervorstellungen usw. entstanden. Trotz alledem zählt der Verein heute 200 aktive Mitglieder und besitzt ein Vermögen von 2000 M., von denen auf den eisernen Fonds 800 M., auf den Fonds der Begräbniskasse 400 M. usw. entfallen. — Der Schriftführer Herr Jasiczek verlas die Zahl der von den einzelnen Rednern gehaltenen Vorträge usw. Am häufigsten traten als Redner auf die Herren Gallus, Koraszewski, Eckert, Napieralski, Czapla, Wolski, Dombeck, der das fünfzehnte Jahr Vorsitzender ist. Mit Begeisterung wurde das von dem Arbeiter Michal aus der Gegend von Beuthen verfaßte Lied „Hoch die Herzen, liebe Brüder" gesungen, worauf das Ehrenmitglied Abgeordneter Herr Napieralski das Wort ergriff. Er hob hervor, daß sich das Hauptverdienst um die Gründung des Vereins Herr Redakteur Koraszewski erworben habe. Er habe diesen Gedanken eingegeben und entsprechende Schritte getan. Man könne sich nicht wundern, daß der Verein ein allgemein kultureller anstatt ein streng und ausschließlich industrieller geworden sei. Dies sei schon bei seiner Gründung vorausgesehen worden. Einer der Vorsitzenden sei der verstorbene Pfarrer Bonczek gewesen. Dieser brave und unvergeßliche Priester habe sich nicht nur um die Vereine, wie um den Verein der Gewerbetreibenden, sein beliebtes „Kasino", sondern überhaupt um die polnische Sache und das polnische Volk in Schlesien große Verdienste erworben.

Es genüge, seine Vorträge, seine Opferwilligkeit für Bildungszwecke, seine mit solcher Liebe zur Muttersprache, mit einer solchen Kenntnis der Sprache der einzelnen Gegenden geschriebenen Werke zu erwähnen. Die Schriften „St. Annaberg", „Die alte Kirche in Miechowitz" und etwa 14 andere Bücher sind wahre Denkmäler, die von dem verstorbenen Pfarrer Bonczek der polnischen Sprache errichtet worden seien. An der Sprache der Väter und Urväter festhalten, so wirken wie Pfarrer Bonczek gewirkt habe, sei die schöne Aufgabe,

die jeder von uns, wenn auch nicht in gleichem Maße, erfüllen könne. Erwähnt seien seine sich gewöhnlich mit Politik befassenden Vorträge, seine herzlichen Ermahnungen, an dem heiligen Glauben und der Muttersprache festzuhalten. Auf die Bitte des verstorbenen Pfarrers Katrzyniak, eines ebenfalls warmen Patrioten, habe er für die Fahne des St. Aloysius-Vereins in Deutsch-Piekar den denkwürdigen Vers gedichtet, welcher laute: „Du Jugend, halte die Fahne hoch: Verteidige die Sprache, verteidige deinen Glauben! Wer diese Schätze der Väter schändet, betet vergeblich zu Gott." Diese Worte müßten sich alle merken, nicht nur die Älteren, sondern vor allem auch unsere Jugend. Der Verein der Gewerbetreibenden werde sich auch weiter günstig entwickeln, wenn seine Mitglieder nicht nur in dem Vereine, sondern auch zu Hause an dem Beispiel und an den Worten des verstorbenen Pfarrers Bonczek festhalten würden. Eine solche günstige Entwickelung wünsche er der ganzen polnischen Sache von Herzen. Dem Redner wurde mit einem Beifallssturm gedankt. Das zweite Ehrenmitglied, der frühere Vorsitzende, Herr Eckert, Direktor der Volksbank, ermahnte mit warmen Worten zur Eintracht, Einigkeit und Ausdauer in der Vereinsarbeit, wie überhaupt im öffentlichen Leben. Er brachte auf das Wohlergehen des Vereins ein Hoch aus. Für seine Ansprache wurde ihm gleichfalls mit einem Beifallssturm gedankt. Der Delegierte aus Deutsch-Piekar, Herr Gracek brachte seine Glückwünsche dar und brachte auf den bisherigen Vorsitzenden, Redakteur Dombek ein Hoch aus. Nach dem allgemeinen Gesange: „Das polnische Gewerbe lebe hoch" hielt Herr Rechtsanwalt Czapla einen sehr interessanten Vortrag über Rechtsstreitigkeiten, die fast täglich in unserem Leben vorkommen. Während des Vortrages erschien Herr Koraszewski aus Oppeln. Der Vorsitzende, Redakteur Dombek begrüßte den Gründer des Vereins mit herzlichen Worten und bemerkte, daß diese seine Bürgertat mit goldenen Buchstaben in dem Buche der Wiedergeburt Schlesiens eingetragen sein werde. Auch ein Hoch brachte er auf den Vereinsgründer aus. — Herr Koraszewski erwiderte, daß ihm ein zu großes Verdienst zugeschrieben werde. Er freue sich, daß sich der Verein gut entwickele, und er wünsche ihm auch fernerhin eine günstige Entwickelung. Dazu sei notwendig, daß die Mitglieder mit dem Vorstand in Frieden und Eintracht mitarbeiteten. Es wurde das Lied gesungen: „Ein Vierteljahrhundert ist schon vergangen", worauf auf die anwesenden Frauen der Ehrenmitglieder Koraszewski und Eckert ein Hoch ausgebracht wurde. Nach einer Ansprache des Herrn Gallus, des ersten Vorsitzenden, der von den Schwierigkeiten und von den Bemühungen der ersten Zeiten besonders seitens des früheren Vorsitzenden, Pfarrers Bonczek erzählte, stellte Direktor Eckert den Antrag, an dem Grabe des verstorbenen Pfarrers Bonczek einen Kranz niederzulegen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Schriftführer Jasiczek dankte der Intelligenz für ihre bisherige Hilfe und bat um ihre weitere Unterstützung. Alsdann brachte Redakteur Dombek ein Hoch aus auf die Ehrenmitglieder, auf die Redner und Mitglieder des ersten Vorstandes und alle diejenigen, die den Verein der Gewerbetreibenden unterstützt haben. Er erwähnte, daß zu den ersten Vortragenden auch der anwesende Redakteur, Herr Siemianowski gehört habe, der schon vor 20 Jahren in dem Vereine Vorträge gehalten habe. Redakteur Siemianowski dankte und betonte, man müsse, ob alt oder jung, im öffentlichen Dienst stets auf dem Posten sein bis zum letzten Atemzuge, denn dies verlange unsere bürgerliche und nationale Pflicht. Mit warmen Worten ermunterte er zur Ausdauer in der Verteidigung unserer heiligsten Schätze, zur Organisierung, und brachte ein Hoch auf das Wohlergehen des Vereins aus. Hierauf trug Frau Koraszewski ein Lied über Schlesien und seine Odergefilde vor, wofür ihr beifällig gedankt wurde. Die Feier wurde mit der Absingung einiger Lieder und mit Dankesworten des Vorsitzenden Redakteurs Dombek beendet, der zum Schluß auf das Volk, auf die polnische Nation ein Hoch ausbrachte.

Am Montag, dem 4. April, dem Feste Mariä Verkündigung, fand ein feierlicher Gottesdienst auf die Intention des Vereins der Gewerbetreibenden statt. Während der Andacht sang der Gesangverein Jedność (Einigkeit). Der Gesang fiel sehr gut aus und gefiel allgemein. An dieser Stelle sei den Sängern und Sängerinnen dafür gedankt, daß sie zur Verschönerung der Feier unseres Vereins beigetragen haben. Und wenn man bedenkt, daß sich die Sänger nur aus Leuten zusammensetzen, die ihr Brot schwer verdienen, so gebührt ihnen eine desto größere Anerkennung für ihren wirklich schönen Gesang. Allen Sängern und Sängerinnen und nicht minder auch dem tüchtigen Dirigenten sei herzlich dafür gedankt, daß sie zur Verschönerung unserer Feier beigetragen haben.

Aus Nr. 38 der Gazeta Opolska (Oppeln) vom 2. April 1910:

Die Gazeta Katolicka,

ein in polnischer Sprache redigiertes und in Königshütte herausgegebenes Zentrumsblatt, hat vom letzten Tage des März ab ihr Erscheinen eingestellt. In der Nummer vom 31. März macht die Gazeta Katolicka das Ende ihres Bestehens mit dem kurzen, fett gedruckten Satz bekannt: „Letzte Nummer der Gazeta Katolicka."

Da die Gazeta Katolicka in manchen Dörfern des Oppelner Kreises und der benachbarten Kreise einige Abonnenten hatte, übersandten wir an den Verlag dieses Blattes in einem besonderen Schreiben eine zum Abonnement der Gazeta Opolska einladende Bekanntmachung und gleichzeitig mittelst Postanweisung die Gebühr für die Bekanntmachung. Da die Bekanntmachung nicht veröffentlicht wurde (sicherlich aus Furcht, daß dem sterbenden polnischen Zentrumsblatte der Rest des Lebens durch den Vorwurf getrübt werden könnte, daß es einige Dutzend polnischer Leser dem polnischen Lager überliefert habe), durfte man glauben, daß die Gazeta Katolicka die Postanweisung überhaupt nicht annehmen oder sofort zurückschicken werde, was jedoch nicht geschah. Wir zweifeln zwar nicht, daß diese Angelegenheit wenigstens jetzt post festum (d. h. nach dem Begräbnis der Gazeta Katolicka) geregelt werden wird, aber diesen Aufschub halten wir für nicht gerechtfertigt.

Da also die Gazeta Katolicka unsere Bekanntmachung nicht gebracht hat, bitten wir freundlichst unsere Leser, die bisherigen Abonnenten der Gazeta Katolicka zum Abonnement der Gazeta Opolska anzuregen. Wie wir aus dem Zuwachs der Abonnenten in diesem Vierteljahr folgern, ist dies zum Teil schon geschehen.

Aus Nr. 39 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 2. April 1910:

Bilanz
vom 31. Dezember 1909.

Aktiva ℳ			Passiva ℳ	
		Reservefonds	40 290	78
		Spezialreserve	35 038	20
		Mitgliederguthaben	70 997	10
		Depositen	2 893 574	30
337 621	45	Bankeinlagen		
40 000	00	Aktien der Vereinsbank		
		Nicht eingezahlte Aktienraten	10 000	—
293	15	Kostenvorschüsse		
2 600 582	40	Wechsel		
83 651	99	Immobilien		
9 650	44	Barbestand		
—	—	Zur Disposition der Generalversammlung	21 899	05
3 071 799	43		3 071 799	43

Mitgliederzahl:

Auf das Jahr 1909 gingen über	1287	Mitglieder
Im Jahre 1909 traten hinzu	185	„
Zusammen	1472	Mitglieder

Im Jahre 1909 schieden aus

durch Tod	17	Mitglieder
„ Austritt	79	„
„ Ausschluß	44	„
Zusammen	140	Mitglieder
Auf das Jahr 1910 gehen über	1332	Mitglieder

Ratibor, den 13. Januar 1910.

Bank Ludowy
Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.
L. Raczek. M. Fabrowski. Gatzka.

Aus Nr. 68 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 24. März 1910:

Prämien für Kinder unserer Leser.

Im Januar veröffentlichten wir, daß Kinder unserer Abonnenten für die beste Beschreibung der inneren Verhältnisse in der Schule, der gegenseitigen Verhältnisse unter den Kindern, das Verhältnis der Eltern zur Schule und der Schüler zu den Lehrern und zu den in der Schule gelehrten Gegenständen eine Prämie erhalten würden.

Wir erhielten über 200 Aufsätze, von denen eine sehr kleine Zahl der gestellten Aufgabe entsprach. Die Mehrzahl beschrieb das Schulgebäude, die Wände und die Gegenstände in der Schule, aber darauf kam es nicht an. Trotzdem geben wir 80 Prämien denjenigen, die am besten und sorgfältigsten geschrieben haben.

Prämien erhalten:

1. Miezislaus Knapik, Miejski Janow. 2. Leo Makowski, Siemianowitz. 3. Agnes Sikora, Gleiwitz. 4. Johann Drewnok, Zabrze. 5. Alois Filla, Biskupitz. 6. Vinzent Mazur, Rosdzin. 7. Franz Korpak, Eichenau. 8. T. Weingardt, Biskupitz. 9. Wilhelm Hasnik, Morgi. 10. Karl Kozlik, Bottrop. 11. Hedwig Olszowka, Zawodzie. 12. Gertrud Rybarek, Swientochlowitz. 13. Heinrich Burska, Neudorf. 14. Gertrud Latka, Rosamunde Hütte. 15. Hedwig Mika, Bottrop. 16. Klara Pawletta, Blotnitz. 17. Josef Suchanek, Schoppinitz. 18. Julia Korus, Birkental. 19. Karl Barcz, Koschentin. 20. Johann Folek, Kobielice. 21. Hedwig Brabanska, Piaski p. M. 22. Ernst Piecha, Soßnitz. 23. Johann Leks, Rydultau. 24. Viktor Stokowy, Hohenlohehütte. 25. Viktoria Szydlowska, Kieferberg (?). 26. Thomas Calon, Bittkow. 27. Viktor Zaczyk, Gleiwitz. 28. Heinrich Gotzmann, Bismarckhütte. 29. Johann Drzyzga, Domb. 30. Martha Kowolik, Ruda. 31. Marie Brys, Ruda Kar. Em. 32. O. Pietrek, Lipine. 33. Peter Rozek, Kopanina. 34. Martha Kowol, Doly Pszowskie. 35. Marya Oslislo, Schoppinitz. 36. A. Walczok, Schwientochlowitz. 37. Roman Klose, Zabrze. 38. Marie Gahowska (?). 39. Alois Podlesny, Gotartowitz. 40. Josef Switala, Zalense. 41. Karl Zdeblok, Zawodzie. 42. Martha Pawelczyk, Sosnitz. 43. W. Stary, Orzesze. 44. E. Boranska, Bismarckhütte. 45. Richard Halek, Schwientochlowitz. 46. Gertrud Fajkis. Janow. 47. Marie Piecha, Delwig. 48. Karl Zajonc, Zalense. 49. Anna Wolany, Zabrze. 50. Johann Manowski, Altdorf. 51. Franz Kokot, Burowitz. 52. Konrad Krol, Zawodzie. 53. Anna Kolar, Biertultau. 54. Martha Lyszko, Bottrop. 55. Bruno Kuter, Wieschowa. 56. T. Dominiok, Laurahütte. 57. Anton Jamrozy, Karlowitz Brzezinka. 58. Marie Knop, Zabrze. 59. Franz Szafraniec (?). 60. Hedwig Sinka, Kryry. 61. Martha Rzepka, Zalense. 62. Viktor Woznica, Peiskretscham. 63. Johann Wozniak, Biskupitz. 64. Gregor Dyrda, Josefsdorf. 65. Paul Sojka, Laurahütte. 66. Leopold Szydelko, Belk. 67. Anna Piecha, Zaborze.

68. Ein in der Schule zu Radoschau Leidender. 69. Gertrud Rybarska, Orzegow. 70. Paul Toma, Godulahütte. 71. Alfons Wozniczka, Chropaczow. 72. Martha Kahuta, Biskupitz. 73. Marie Dybul, Zawadzkie. 74. B. Franke, Niedobschütz. 75. Ludwig Rzezniczek, Siemianowitz. 76. Adalbert Kokocinski, Simianowitz. 77. Johann Godek, Zabrze. 78. Fr. Jurczyga, Polnisch Weichsel. 79. Robert Musiol, Brzenckowitz, 80. Wilhelm Jurczyk, Neudorf.

Mögen sich alle in unserem Verlag „Polak, G. m. b. H. in Kattowitz" melden. In dem Schreiben ist die genaue Adresse anzugeben und eine 10Pfennig-Marke zur Übersendung der Prämie beizufügen.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 69 des Wiarus Polski (Bochum) vom 25. März 1910:

Zu der Mitteilung des Berliner Tageblatts über **die Romreise des Reichskanzlers** schreibt der Wiarus Polski:

Das bedeutet, daß sogar nach dem anschaulichen Bericht des Korrespondenten des Berliner Tageblatts von einer Nachgiebigkeit des Apostolischen Stuhls gegenüber der preußischen Regierung hinsichtlich der Besetzung des Erzbistums Posen überhaupt keine Rede sein kann.

Aus Nr. 69 des Dziennik Berlinski (Berlin) vom 25. März 1910:

Zu der Mitteilung des Berliner Tageblatts über den **Besuch des Reichskanzlers beim Papst** schreibt der Dziennik Berlinski:

Natürlich hat er (Dr. Barth) schon erfahren, er sagt nur nicht, ob vom Papst selbst, oder ob vom Kardinal Merry de Val, oder aber vom Herrn Bethmann Hollweg, oder gar von einem der vatikanischen Kammerdiener, daß zwischen dem Papst sowie seinem Staatssekretär und dem deutschen Reichskanzler über alle Fragen völliges Einverständnis geherrscht habe. Es ist viel, daß er nicht noch hinzugefügt hat, daß sich der Papst auch hinsichtlich der Besetzung des Erzbistums Gnesen-Posen mit den Ansichten des Hakatisten von Bethmann Hollweg völlig einverstanden erklärt hat.

Obwohl dieser Herr Barth alles weiß, was im Vatikan vorgeht, so hat er offenbar eine Sache doch nicht gewußt, und zwar, daß dem Papst während des Besuchs des Herrn von Bethmann-Hollweg zwei polnische Kammerherren assistiert haben, und zwar die Prälaten Fürst Sapieha und Karski. Die hakatistischen Blätter werden erzittern, wenn sie das erfahren. Sogar in einem solchen Augenblick eine polnische Intrigue!

Aus Nr. 71 des Dziennik Berlinski (Berlin) vom 30. März 1910:

Während der ersten Kommunion.

(Ein Bild aus der St. Piusparochie in Berlin.)

Der zweite Osterfeiertag. Ein trüber Tag, der Himmel mit Wolken bedeckt, hinter denen ein um das andere Mal die blasse Sonne hervorlugte, als wenn sie ängstlich wäre und sich der Feier der Auferstehung garnicht freute, als wenn sie sich nicht darüber freute, daß an diesem Tage 300 Kinder zum ersten Male die hl. Kommunion empfingen, daß 300 Kinder in die Weltgemeinde der römisch-katholischen Kirche eintreten.

300 Kinder! Welche gewichtige Zahl hat die St. Piusparochie zum ersten Schritt ins sozial-christliche Leben hinausgeschickt! Aber kaum 20 polnisch sprechende Kinder, nur 20 Kinder, deren Eltern dreist und offen bekennen, daß sie Polen sind, nur 20 Kinder, deren Eltern für sie den Religionsunterricht in der Muttersprache fordern und wünschen!

Und der Rest? Der Rest ist gleichgültig, ob sie in polnischer oder in deutscher Sprache unterrichtet werden. Hat doch angeblich einer der anwesenden Polen auch gesagt: „Mir ist es einerlei, ob polnisch oder deutsch!" Wieviel Kinder mit echt polnischen Namen mögen sich wohl unter diesem Rest befunden haben, deren Eltern nicht einmal gut deutsch verstehen, aber ihre Kinder trotzdem zu wackeren Deutschen erziehen.

Und das sind Landsleute? Auch sie hat unsere Erde hervorgebracht? O Entsetzen, o Schande! Sollte unsere Nation schon so tief gesunken sein, daß sie den Nacken freiwillig unter dem Joch beugt, daß sie sich ohne Murren fesseln läßt, daß sie sich den teuersten Schatz, die Muttersprache nehmen läßt, daß sie sie freiwillig verleugnet, daß sie sich verleugnet, wie der heilige Petrus Christus verleugnet hat?

Es wundert mich nur, weshalb sich die maßgebenden Faktoren soviel schlaflose Nächte bereiten, sich unnötigerweise den Kopf zerbrechen, um Mittel zur rationelleren und erfolgreicheren Entnationalisierung und Germanisierung des Restes der Polen ausfindig zu machen. Alle Mühe und alle Anstrengungen sind doch vollständig überflüssig! Warum mußte der § 12 geschaffen werden warum mußte eine 60prozentige Mehrheit in den Kreisen festgesetzt werden und weshalb nach 20 Jahren alles verbieten, warum hat man sich vor der Welt kompromittiert? Die Polen entnationalisieren sich doch selbst, sie germanisieren sich doch freiwillig! Denn wenn sich in einer Parochie, wie in der St. Piusparochie, in der sehr viel Polen wohnen, unter 300 Kommunikanten nur 20 Polen befinden, ist das nicht eine freiwillige Entnationalisierung, eine freiwillige Germanisierung?

Und sollte da die Sonne heller leuchten, sollte sie freundlich auf diese Abtrünnigen blicken? O sie hat die Polen gesehen, sie hat sie gesehen. Sie hat sie auf dem Hundsfeld bei Grunwald und auf den Barrikaden in Berlin gesehen, aber sie hat sie auch am zweiten Osterfeiertag in der St. Piuskirche gesehen! Aber wie, in welcher Gestalt, wie anders, als damals!

Sehr berechtigt hat der Geistliche die Gleichgültigkeit und Saumseligkeit derjenigen Eltern getadelt, die ihre Kinder nicht zum polnischen Religionsunterricht geschickt haben. Sie fordern polnische Gottesdienste, und wenn sie sie bekommen, dann fehlen sie; dann sagen sie, sie seien „Deutsche", um nur um Gotteswillen ihren Nachbar oder ihren Kunden nicht zu beleidigen, damit sie sie ihres Polentums wegen nicht verspotten und auslachen. Auf sie kann man die Worte des Herrn Christus anwenden: „Viele sind berufen, doch wenige sind auserwählt."

Und der Verlauf der Feier? Sie war nicht so, wie wir Älteren ihrer noch gedenken während unserer

hl. Kommunion in der Heimat. Die Kirche war beleuchtet, wie zum gewöhnlichen Gottesdienst, mit einem Kreuz und einem Fähnlein wurden die Kommunikanten, deren blasse und elende Gesichter auf den ersten Blick großstädtische Kinder verraten, hereingeführt. Mit einem Wort, es war das eine deutsch-katholische Feier! Das Glaubensbekenntnis wurde nachher ebenfalls in deutscher Sprache abgelegt. 20 polnische Kinder haben an dem in der Muttersprache erteilten Religionsunterricht teilgenommen! Und warum? Etwa deshalb, um sich mit der Wichtigkeit des Sakraments bekannt zu machen, und den wichtigsten Akt, wie es das Glaubensbekenntnis ist, in deutscher Sprache ablegen zu lernen? Dann folgte eine Ansprache an die Eltern zunächst in deutscher Sprache und zum Schluß — in polnischer Sprache! Und das war alles!

Das war der Verlauf der Feier der ersten Kommunion am zweiten Osterfeiertage den 28. März 1910 in der St. Piuskirche.

Die Deutschen haben uns unsere Wirtschaft vorgeworfen und werfen sie uns vor, indem sie behaupten, bei uns herrsche keine Ordnung, aber eine solche Unordnung, wie sie geherrscht hat, als die Kommunikanten die Kirche verließen, habe ich bei uns im Lande bei derartigen Feiern wirklich nicht beobachtet. Der Vorhof der Kirche war überfüllt von Scharen Erwachsener, durch welche sich die Kommunikanten drängten. Kein einziger Ordner war zu sehen, der einen Weg frei machte. Und da rühmen sich die Deutschen, daß sie, was Ordnung anlange, alle anderen überragten!

J. G.

Aus Nr. 38 des Narodowiec (Herne)
vom 30. März 1910:

Preise für Kinder, welche die erste Kommunion empfangen.

Diejenigen Kinder, die gegenwärtig die erste Kommunion empfangen sollen, fordern wir auf, Briefe an die Redaktion des Narodowiec zu schreiben. Für die im besten Polnisch geschriebenen Briefe haben wir schöne Preise ausgesetzt. Worüber die Kinder schreiben wollen, können sie selbst bestimmen. Die Briefe müssen spätestens am 15. April bei der Redaktion eingehen.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 31 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)
vom 15. März 1910:

Kassenbericht des Vereins der polnischen sozialistischen Partei im Bezirk Beuthen-Tarnowitz für das IV. Quartal 1909.

Einnahmen:

Rest vom III. Quartal		58,70 M.
80% aus den Lokalkassen für das III. Quartal 1909:		
Verein der P.P.S. in Beuthen	33,04 M.	
„ „ „ „ Lipine	15,28 „	
„ „ „ „ Swientochlowitz	9,36 „	
„ „ „ „ Charlottenhof	6,88 „	
Verein der P.P.S. in Bismarckhütte	3,04 M.	
„ „ „ „ Miechowitz	12,88 „	
„ „ „ „ Orzegow	5,36 „	
„ „ „ „ Friedenshütte-Beuthen	8,32 „	
„ „ „ „ Königshütte	19,84 „	
„ „ „ „ Mikultschütz	5,44 „	119,44 „
Überschuß von dem Vergnügen in Königshütte am 31. 10. 09		116,15 „
Darlehn		6,03 „
insgesamt		300,32 M.

Ausgaben:

40% an die Parteikasse für das III. Quartal 1909	59,72 M.
Parteimaterial, d. h. neue Wertzeichen zu 30 und 15 Pfennig, ferner Bücher, Stempel und Blocks	62,30 „
Prozeßkosten und Strafen, Mnich, Dyrna	23,60 „
Parteitag in Leipzig	90,— „
Parteitag für Preußen in Berlin	36,60 „
Agitation im Bezirk	4,60 „
Versammlungslokal in Beuthen	20,— „
Portokosten	3,50 „
insgesamt	300,32 M.

Beuthen, den 20. Februar 1910.

Ludwig Podemski, Bezirksschatzmeister.

Anton Czajor
Fr. Jendrysik } Revisoren.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 128 des Czas (Krakau)
vom 19. März 1910:

Die Hakatisten und die Jahresfeier von Grunwald.

Der Lemberger Przeglond schreibt:

Über die 500 jährige Siegesfeier der Schlacht bei Grunwald ist sowohl in Galizien, als auch im Königreich schon viel gesprochen und geschrieben worden. Es sind verschiedene Vorschläge gemacht worden, und das glänzende Geschenk Paderewskis für Krakau hat einen allgemeinen Enthusiasmus hervorgerufen. Zur näheren Beleuchtung der Angelegenheit empfiehlt es sich jedoch, zu erwägen, wie sich an Ort und Stelle des deutsch-polnischen Kampfes, also in den polnischen Landesteilen unter Preußens Herrschaft die Sache darstellt. Die hakatistischen Blätter, von denen die preußischen Provokatoren belehrt und angeregt werden, haben bereits gesprochen. Ihre Ausführungen sind folgende: „Die Jahresfeier von Grunwald kann in den Augen Preußens nicht mit anderen, in den letzten Jahren im preußischen Anteil feierlich begangenen national-polnischen Jahrestagen verglichen werden. Der Jahrestag der Befreiung Wiens war gewissermaßen eine Erinnerung an die Verteidigung der Deutschen durch die Polen. Die Jahrestage der Dichter gehören hauptsächlich dem kulturellen Gebiete an. Dies alles ist in den Augen Preußens unangenehm, aber doch erträglich. Grunwald aber ist etwas anderes. Das ist geradezu eine Aufforderung der polnischen Bevölkerung zum Kriege mit Preußen. Ganz abgesehen davon, daß ein solcher Krieg heutzutage unmöglich ist. Darum handelt es sich gar nicht. Es ist aber eine Beleidigung für Preußen daß innerhalb dessen Grenzen jemand die preußische Niederlage rühmen sollte."

So schreiben die hakatistischen Blätter und bemerken, daß sich Mittel und Wege finden würden, um Ruhe und Ordnung im Lande zu sichern; daß sich die Liebhaber der Grunwaldfeiern nach Galizien begeben könnten, aber innerhalb der schwarz-weißen Grenzpfähle doch nicht vergessen sollten, daß in Preußen Ordnung, Disziplin und eine starke Regierung herrschten, die heute stärker als zu der Grunwalder Zeit wäre. Aus derartigen Ausführungen der deutschen Presse geht hervor, daß es Grunwaldfeiern in den preußischen Landesteilen nicht geben wird. Sowohl aus den Preßstimmen, als auch aus der Tatsache, daß bereits die Staatsanwaltschaft Broschüren über Grunwald beschlagnahmte, ergibt sich, daß die Angelegenheit einfach vom Standpunkte des Strafgesetzes behandelt werden wird. Was dies aber in Preußen bedeutet, das weiß jeder. Von den in Galizien und im Königreich beabsichtigten Feiern schreiben die deutschen Blätter, daß man sie nicht verbieten könnte; aber büßen für sie müßten die Polen in Preußen durch Verschärfung der Aufsicht, der ihre Bestrebungen unterworfen sind. Lediglich das Denkmal Jagiellos findet in den preußischen Augen mehr Gnade, zwar als unangenehm, aber schließlich doch auf das Gebiet der Kunst gehörende Sache. Und was ist aus alledem zu schließen? Daß der Jahrestag von Grunwald ernst, verständig, vor allen Dingen aber kulturell gefeiert werden muß. Jegliche prahlerische Redensarten und Überhebungen sind zu vermeiden. Diese reizen nur, rufen Reaktionen hervor und veranlassen unsere Feinde zur Rache nicht an denen, die dieser Prahlereien sich schuldig machen, denn sie tun dies natürlich außerhalb der Grenzen Preußens und unterliegen nicht der Rechtsprechung preußischer Behörden, sondern zur Rache an den in der Provinz Posen und in Schlesien wohnenden Polen, also an Leuten, die ohnedies schon unter der Last der preußischen Verfolgungen sich beugen.

Aus Nr. 140 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 25. März 1910:

Die Grunwaldfeier und Reisen.

In den Krakauer Nowiny bringt Herr M. H. das bekannte Auftreten des Grafen A. Wodzicki hinsichtlich der Grunwaldfeier mit der Angelegenheit des Reisener Majorats in Verbindung, in der Graf Wodzicki als Kandidat einer Entschädigung in Höhe von drei Millionen direkt beteiligt ist. Er macht namentlich den Einwand, daß zwischen der demonstrativen Erklärung des Grafen Wodzicki gegen eine entsprechende, für Preußen natürlich unangenehme Feier dieses großen geschichtlichen Jahrestages und der Art und Weise der Erledigung der Reisener Angelegenheit, die eben in kürzester Zeit erfolgen soll, ein sehr enger Zusammenhang bestehe.

Herr M. H. schreibt:

„Die Angelegenheit ist ja allgemein bekannt. Die preußische Regierung, wohl wissend, daß sie sogar in Preußen diesen Prozeß nicht gewinnen könnte, verhandelt mit ferner stehenden (an das Majorat keine Rechte habenden) Erben der Familie Sulkowski, damit sie auf ihre Ansprüche zu Gunsten der preußischen Regierung verzichten!

Einer dieser Erben, gleichzeitig deren Vertreter und Bevollmächtigter ist eben Exzellenz Graf Anton von Wodzicki.

Es ist hier nicht die geeignete Stelle, um sich über den ganzen Schacher des weiten und des breiten auszulassen. Über diese Angelegenheit haben sich bereits die polnischen Blätter sehr ergiebig geäußert, und diese werden wahrscheinlich noch manchmal darauf zurückkommen. Tatsache ist es, daß in diesem Falle Graf Wodzicki mit der preußischen Regierung Hand in Hand geht, indem er es ihr erleichtert, den Anschein des angeblichen Rechtes zu dem Übergange mehrer tausend Morgen uralten polnischen Grundes und Bodens in die hakatistischen Klauen zu schaffen. Wenn die preußische Regierung sähe, daß sie auch nur den Schatten eines Rechtes an das Majorat hätte, würde sie wahrscheinlich mit niemandem unterhandeln, sondern den Landbesitz an sich reißen. Die preußische Regierung weiß jedoch recht gut, daß sie einen Raub begeht, und deshalb sucht sie, um die Kritik und Verurteilung der auswärtigen Presse zu vermeiden, nach einem Scheine der Berechtigung. Auch während der Teilung Polens fanden ja die Teilungsmächte „unverjährte geschichtliche Ansprüche" an die geraubten Landesteile! In geringerem Umfange spielt sich diese „rechtmäßige" Komödie auch heute bei dem fürstlich Sulkowskischen Majorate ab, heute aber fällt die Rolle des betreffenden geschichtlichen Archivs für Erbschaftsangelegenheiten eben unserem nationalen Statisten zu.

Wegen Mangels an Raum kann ich mich über diesen Gegenstand nicht weiter auslassen. Ich stelle jedoch mit vollem Nachdruck und mit vollstem sittlichen Verantwortlichkeitsgefühl fest, daß gerade jetzt in Berlin über die betreffende Erbschaftsangelegenheit verhandelt wird, deren Endergebnis darin bestehen soll, daß dem Grafen v. Wodzicki drei Millionen Mark für die Verzichtleistung auf die Erbansprüche zugebilligt werden! Vertreter des Grafen v. Wodzicki in dieser Sache sind die Rechtsanwälte: Dr. William Loewenfeld in Berlin und Dr. Nathan Loewenstein in Lemberg.

Kann unter solchen Umständen und in solchem Augenblick Herr v. Wodzicki die Rolle eines nationalen Statisten und Propheten spielen? — Möge ihm auf diese Fragen sein eigenes Nationalgewissen die Antwort geben."

Aus Nr. 82 des Dziennik Polski (Lemberg) vom 24. März 1910:

Der deutsche Reichskanzler in Rom.

Lemberg, den 24. März.

Der ostmals angekündigte und wieder aufgeschobene Besuch des deutschen Reichskanzlers in Rom ist endlich zustande gekommen. Herr v. Bethmann Hollweg ist nach der ewigen Stadt gereist. Die ganze, nicht nur deutsche, sondern auch europäische Presse beschäftigt sich mit der Reise, indem sie ihre Folgen nicht nur hinsichtlich der Regelung des künftigen Verhältnisses Italiens zu Deutschland, sondern auch hinsichtlich der Erledigung verschiedener zwischen der deutschen Regierung und dem Vatikan schwebender Angelegenheiten bespricht.

Im Jahre 1914 geht der Vertrag des Dreibundes zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien zu Ende und muß ein Jahr vorher gekündigt werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Reisezweck des deutschen Reichskanzlers darin besteht, einerseits sich über die Absichten der italienischen amtlichen Kreise zu informieren, andererseits sich deren Vertrauen und Sympathie für die Zukunft zu gewinnen. Es ist nämlich kein Geheimnis, daß sich in Italien Stimmen haben vernehmen lassen, die Deutschland nicht besonders gewogen waren, die gegen das Fortbestehen des Bündnisses mit diesem Staate gerichtet waren, es handelt sich also darum, die Abgeneigten zu beruhigen oder gar für den Dreibund zu gewinnen.

Ob ihm das gelingen wird? Einige deutsche Blätter, vor allen Dingen die liberalen, lassen sich über die Reise des Reichskanzlers ziemlich skeptisch aus und legen ihr keine große Bedeutung bei, indem sie behaupten, daß es ihm nicht gelingen werde, seiner auswärtigen Politik eine Unterlage für die Zukunft zu schaffen, und daß er mit leeren Händen aus Rom zurückkehren werde. Der deutsche Reichskanzler wird auch eine Audienz bei dem Papste haben. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß er sich bemühen wird, das Oberhaupt der katholischen Kirche durch die Versicherung zu gewinnen, die Katholiken in Deutschland erfreuten sich in jeder Hinsicht der Gleichberechtigung. In Berlin weiß man nämlich recht gut, daß der heilige Vater über die Lage der Katholiken in Deutschland, namentlich der in Preußen, genau unterrichtet ist; der Reichskanzler wird sich wahrscheinlich die Mühe geben, die Beschwerden, falls solche vorhanden sind, abzuschwächen und in einem anderen Lichte darzustellen.

Wie der „Corriere d'Italia" meldet, wird in der Audienz bei dem heiligen Vater auch die Angelegenheit betreffend die Besetzung des erzbischöflichen Stuhles von Gnesen und Posen erörtert werden. Die Sache zieht sich zu sehr in die Länge und zu lange wird schon darüber verhandelt, als daß sie bei einer derartigen Gelegenheit übergangen werden sollte.

Welches das Ergebnis dieser Konferenz sein wird, ob endlich der polnische erzbischöfliche Stuhl besetzt werden wird und wer ihn einnehmen wird, ist schwer vorauszusehen. Wir geben uns aber der Hoffnung hin, daß der Apostolische Stuhl, unsere Lage genau kennend, dem Drucke der preußischen Regierung nicht nachgeben wird, die wahrscheinlich das Gnesen-Posener Erzbistum mit einer von ihr gewählten, dieser Stellung aber vielleicht gar nicht entsprechenden Persönlichkeit besetzen möchte.

Aus Nr. 121 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 14. März 1910:

Der Kampf mit dem polnischen Arbeiter.

Die Ansiedlungs-Kommission gründet systematisch in der Nähe größerer Städte in den Provinzen Posen und Westpreußen Arbeiterkolonien, in der Absicht, die polnischen Arbeiter zu verdrängen und die Verdeutschung der Städte zu beschleunigen. Namentlich findet in der Gegend von Gnesen die Arbeiteransiedlung in großem Maßstabe statt. In dem benachbarten, von Herrn Filipinski verschacherten Dorfe Dalki wurden in letzter Zeit 15 Gehöfte für die Ansiedler und 20 Wohnhäuser für die deutschen Arbeiter erbaut. Gegenwärtig wurde mit dem Bau neuer 20 Arbeiterhäuser begonnen. Für diese Ansiedler und Arbeiter soll demnächst in Dalki auch eine zweiklassige protestantische Schule errichtet werden.

Auf die Weise nimmt die Ansiedlungs-Kommission, indem sie deutsche Arbeiter nach der Ostmark schafft, den polnischen Arbeitern den Broterwerb und zwingt sie zur Auswanderung nach dem Westen.

Gnesen ist fast von allen Seiten von deutschen Arbeiteransiedlungen umgeben. Die Spitze dieser Ansiedlungspolitik ist auf die Weise nicht nur gegen die Arbeiter, sondern auch gegen die Handwerker gerichtet, weil man den von der Ansiedlungs-Kommission angesiedelten Arbeitern streng verbietet, von den Handleistungen der polnischen Handwerker Gebrauch zu machen.

Aus Nr. 121 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 14. März 1910:

Die Germanisierung und die Protestantisierung.

Die polnischen Blätter machen auf die Schulverhältnisse im Kreise Gnesen aufmerksam, die einen schlagenden Beweis dafür liefern, daß trotz des hauptsächlich auf die Beruhigung des katholischen Zentrums berechneten amtlichen Leugnens mit der Germanisierung protestantisierende Zwecke verknüpft sind. In dem Kreise bestehen 70 Volksschulen; von dieser Zahl aber sind 35 protestantisch, 29 katholisch, 4 gemischt und eine jüdisch. Es gibt also viel mehr protestantische als katholische Schulen, obwohl es in diesem Kreise zweimal so viel polnische Katholiken gibt wie Protestanten. Zur Vermehrung der protestantischen Schulen trägt die Ansiedlungs-Kommission sehr viel bei, die gerade in diesem Kreise ungeheure Landkomplexe erworben und dort ausschließlich deutsche Protestanten aus dem Westen angesiedelt hat.

Aus Nr. 121 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 14. März 1910:

Freiwillige Germanisierung.

Die polnischen Arbeiter in Westfalen und in der Rheinprovinz, die in der Fremde ihr Nationalgefühl eingebüßt haben, beantragen in immer größerer Anzahl die Änderung ihres Namens in einen deutschen. In dem letzten Düsseldorfer Amtsblatt sind 8 Bekanntmachungen von derartigen Namensänderungen enthalten. Daraus geht hervor, daß sich die Polen in der Fremde, trotz der dort bestehenden polnischen Organisationen, verhältnismäßig leicht germanisieren.

Aus Nr. 121 des Słowo Polskie Lemberg) vom 14. März 1910:

Die polnische Parzellierungsbank in Posen

hat ihren Rechenschaftsbericht veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß das abgelaufene Jahr sehr günstig für sie gewesen ist. Der Reingewinn betrug bei der allgemeinen Summe von 243 815 Mark in Anteilen 242 440 Mark. Die Bank verdiente also beinahe ebensoviel, wie sie eigenes Kapital besitzt. Dieser verhältnismäßig ungeheure Gewinn gestattet die bedeutende Vermehrung des Reservefonds um 100 000 Mark. Der Reservefonds beträgt zurzeit 604 241 Mark, ist also zweieinhalmal so groß wie die Anzahl der Anteile. Die bei der Bank hinterlegten Depositen vergrößerten sich um 86 000 Mark und betragen 4 310 597 Mark. Die Bank zählt 1500 Mitglieder.

Aus Nr. 22 der Straz Polska (Krakau) vom Februar 1910:

Zur Grunwaldfeier.

Die in Tilsit erscheinende litauische Zeitung Birute hat einen Aufruf des Vereins „Birute" an die litauische Volksgesamtheit gebracht. Nachdem sie mit wenigen Worten die Geschichte der Schlacht bei Grunwald geschildert haben, bemerken die Verfasser des Aufrufes, daß im vergangenen Jahre in Deutschland der 1000. Jahrestag der Vernichtung der römischen Legionen

durch das Heer der Germanen unter der Führung des Arminius festlich begangen worden ist. „Was von anderen Nationen geübt wird," — schreibt Birute — „kann auch uns niemand verwehren; auch wir wollen ebenfalls jenen denkwürdigen Tag aus der Geschichte unseres Volkes feierlich begehen." Zu diesem Zweck wird der Verein „Birute" eine passende Feier veranstalten und er richtet an die ganze litauische Volksgesamtheit die Einladung, sich an ihr zu beteiligen. Die Feier in Tilsit wird am 17. Juli stattfinden. Das Programm ist außerordentlich reichhaltig; auf der Bühne wird eine historische Tragödie aufgeführt werden, dann wird ein Regiment litauischer Soldaten in historischen Kostümen mit einer Militärkapelle durch die Straßen der Stadt ziehen. Ferner organisiert der Verein einen großen litauischen Chor, der Nationallieder vortragen wird. Es werden Teilnehmer nicht nur aus Preußisch-Litauen, sondern auch aus Russisch-Litauen erwartet.

Also auch die Litauer, und noch dazu jene unter preußischer Herrschaft, werden den Jahrestag feiern, den festlich zu begehen sich die Polen im österreichischen Reiche fürchten.

Aus Nr. 70 des Naprzód (Krakau) vom 26. März 1910:

Gegen den Strom.

(In Sachen der Grunwaldfeier.)

Unter diesem Titel hat neuerdings Herr Wladislaus Studnicki, ein politischer Schriftsteller von bürgerlichem Mute, der sich niemals gescheut hat, „gegen den Strom zu schwimmen", so oft er glaubte, daß „dieser Strom" im Gegensatz zu dem nationalen Interesse stehe, in Krakau eine Broschüre erscheinen lassen.

Es lohnt sich auch, seine gegen die Grunwaldfeier gerichtete Stimme zu beachten, da er sie aus völlig anderen Gründen erhoben hat, wie Graf Wodzicki in seinem offenen Briefe. Er steht auf einem ganz anderen Boden wie die Stanczyken.

Wir bringen nachstehend die wichtigsten Absätze aus der Studnickischen Broschüre, um unsere Leser mit seinen Argumentationen bekannt zu machen.

„Der polnische Patriotismus — so beginnt Herr Studnicki — hat sozusagen einen großen Stillstand erlitten und findet fast keinen anderen Ausdruck als nationale Feiern. Die Erinnerung an die großen Taten der Vergangenheit, der Glaube, daß sie auch in Zukunft vollbracht werden werden, muß den Inhalt des idealen Nationalgefühls bilden. Wo dieser Glaube nicht mehr vorhanden ist, da hat die nationale Existenz bereits aufgehört. Der Schatz zu sein, dessen Verteidigung eine moralische Pflicht ist. Wenn wir zugeben, daß die Nation in Zukunft zu großen Taten nicht mehr fähig ist, dann können wir selbst nur wünschen, daß die Nation nur eine Erinnerung wird. Das Nationalgefühl ist nur dann gesund, wenn man es mit dem Verlangen nach einer nationalen Tat, mit dem Streben nach einem nationalen Ziel verbindet. Die großen nationalen Ziele haben wir verloren, und auf eine große nationale Tat haben wir verzichtet. Wir besitzen noch einen Rest von Patriotismus, und wir sind der Ansicht, daß wir unsere Schuld an ihn durch nationale Feiern bezahlen.

Wir sind nicht Gegner der nationalen Feiern, allerdings nur dann, wenn sie den Keim der Tat in sich tragen. Wir können auch die Gedenktage unserer geschichtlichen Ereignisse feiern, die wir aber nicht gelegentlich von Festfeiern schaffen dürfen, sondern die aus unserem Blut entstanden sein müssen, wenn wir eine Nation sein wollen, wenn in uns noch der Glaube an große Taten der Zukunft vorhanden sein soll."

Für solche Gedenktage, die würdig sind, gefeiert zu werden, hält der Verfasser die Jahrestage der Aufstände sowie das Jahr 1812, von welchem er schreibt:

„Die Feier unserer Teilnahme an dem Feldzuge gegen Rußland ist von Bedeutung. Schon die Tatsache an und für sich sowie die Feier derselben beweist, daß Wiederherstellungsbestrebungen in der Nation bestehen, daß das Bestreben besteht, einen Krieg Rußlands mit seinen Gegnern auszunützen. Heute kann in uns der Gedanke an einen Feldzug gegen Rußland leben.

Der Gedanke an einen neuen Feldzug gegen Rußland ist nicht nur ein Spiel unserer Einbildungskraft. Rußland ist beispiellos geschwächt, es rafft sich nicht auf, sondern verharrt auch weiterhin in dem Zustande der statlichen Krisis. Seit dem japanischen Kriege hat Rußland zwei Fronten zu verteidigen, und die Entwickelung Chinas hat die Notwendigkeit hervorgerufen, eine ungeheure militärische Grenze zu schützen. Wird die Politik Deutschlands und Österreichs sich nicht gegen die Linie des geringsten Widerstandes richten, wird sie ihre Expansion nicht gegen Rußland richten? Wir wissen es nicht. Aber unsere feindliche Haltung ihm gegenüber, unser unversöhnliches Verhältnis gegenüber Rußland können der Faktor sein, der einen derartigen Feldzug hervorruft. Denken wir Tag und Nacht an einen Feldzug gegen Rußland, erforschen wir das Terrain des zukünftigen Kampfes, verbreiten wir die militärischen Kenntnisse.

Mit diesem großen politischen Gedanken haben wir auch ein Recht, den Feldzug gegen Rußland, um ihn populär zu machen, zu feiern.

Ich frage jetzt: den Keim welcher Tat enthält die Grunwaldfeier? Denken wir denn daran, den Deutschen ein Grunwald zu bereiten? Zweifellos ist dies nicht der Fall. Zunächst ist nicht Deutschland, sondern Rußland unser Hauptgegner. Rußland beherrscht 80 %, Deutschland dagegen etwa 8 % unseres geschichtlichen Territoriums. Der russische Anteil kann sowohl durch seine Bevölkerungsziffer, als auch dadurch, daß zu ihm das Königreich Polen gehört, ein großes Land mit zusammengeschlossener polnischer Bevölkerung, der nur einige Prozent fremder Nationalitäten (13 % Juden) beigemischt sind, das Terrain des wieder aufgerichteten polnischen Reiches und den Brennpunkt seiner Wiederaufrichtung bilden. Der preußische Anteil kann als ein Land mit gemischter Bevölkerung nicht das erste Gerüst für ein polnisches Reich bilden und er hat wenig Aussicht, innerhalb eines politischen Kombinationen zugänglichen Zeitabschnittes diesem einverleibt zu werden.

Die Posener denken an keine gegen Preußen gerichtete bewaffnete Aktion, richtig gesagt, sie führen keinen Kampf außer dem wirtschaftlichen Kampf. Deshalb wird den Posenern auch die allgemeine Sympathie aller unserer Friedensfreunde zuteil. Da die polnische Frage im preußischen Anteil auf einer niedrigeren Stufe steht, als im russischen Anteil, so hat die polnische Frage, betreffend die Unabhängigkeit der polnischen Landesteile von dem preußischen Staate, aufgehört, eine politische Streitfrage zu bilden, und sie ist zu einer Frage zwischen dem deutschen und dem polnischen Element in diesen Landesteilen geworden. Die Anhänger unserer politischen Liquidation sind bemüht, unsere Gedanken vor allen Dingen ständig mit dem preußischen Anteil zu beschäftigen. Hierzu müssen wir bemerken, daß infolge des Umstandes, daß wegen der bedeutend größeren Preßfreiheit im preußischen Anteil alle Fälle der Bedrückung im preußischen Anteil leichter bekannt werden, sie sich dem Bewußtsein unserer Intelligenz leichter einprägen. Man muß ferner hinzufügen, daß die Presse im russischen Anteil auf eine für sie sehr gefährliche Art ihren Patriotismus zu zeigen bemüht ist, daß sie also gezwungen ist, das in diesem Anteile

verübte Unrecht zu verschweigen, wofür sie desto ausführlicher über die Bedrückung im preußischen Anteile schreibt.

Die Stanczykenpresse in Galizien pflegte vom Jahre 1897 an bis zum russisch-japanischen Kriege einschließlich aus verschiedenen Gründen das Moskalophilentum. Ich erinnere an die begeisterten Artikel des Czas und Przeglond gelegentlich der Anwesenheit Nikolaus II. in Warschau, ferner an das Operieren des Czas mit der gelben Gefahr und dem Kriege des Christentums gegen das Heidentum während des russisch-japanischen Krieges.

Zunächst hatten die Versöhnungsparteiler aus dem Königreiche noch Einfluß auf die Stanczykenpresse, dann bot die russisch-österreichische Verständigung in Mürzsteg den Journalisten und Berichterstattern, die den Czas, den Przeglond und die Gazeta Narodowa bedienten, Gelegenheit, sich in Loyalität gegenüber Österreich und Rußland zu üben. Es schien auch, als ob die alldeutsche Bewegung in Österreich die Dynastie zwingen würde, durch eine Annäherung an Rußland Rettung zu suchen. Als die die Politik Österreichs leitenden Persönlichkeiten die Annäherung an Rußland beabsichtigten, erwarteten sie Hindernisse seitens der Polen. Da sie wußten, daß ein polnischer Minister als Organ zur Beeinflussung der Polen gebraucht werden könne, machten sie Goluchowski zum Minister, den geistig beschränkten Sohn eines verständigen Vaters. Sie täuschten sich bei ihrer Berechnung nicht in Goluchowski. Der von Goluchowski protegierte Graf L. Pininski, welcher Statthalter von Galizien wurde, machte die Gazeta Narodowa zu seinem Organ. Während der ganzen Zeit der Statthalterschaft Pininskis war diese Zeitung russenfreundlich. Seit dieser Zeit verhielten sich die sogenannten maßgebenden Kreise Galiziens gegenüber der antipreußischen Agitation in Galizien anders als gegenüber der antirussischen. Heute liegen die Verhältnisse anders. Wer Österreich gegenüber loyal sein will, kann nicht aus Loyalität gegenüber Rußland für dieses in Galizien operieren und den Panslavismus in Österreich verbreiten.

Wenn Deutschland infolge seiner Feindschaft mit England Österreich gebraucht, so braucht Österreich infolge seiner Feindschaft mit Rußland Deutschland. Deutschland ist heute das mächtigste Reich in Europa. Es kann ihm von England auf dem Meere eine Niederlage beigebracht werden, aber infolge des Antimilitarismus, der Frankreich, dieses Land der Rentiers, zersetzt, gegenüber der Schwächung Rußlands kann man eine antideutsche Koalition nicht annehmen. Österreich das mit Deutschland durch eine deutsche Dynastie, eine deutsche Hauptstadt, durch das Übergewicht der Deutschen im Hauptstabe der Armee und im Offizierkorps verbunden ist, kann auf keinem antideutschen Standpunkte stehen. Es kann dies auch deshalb nicht tun, weil es mit Rußland wegen der östlichen Frage und der Annexion Bosniens verfeindet ist. Im Falle eines österreichisch-russischen Krieges können die Polen nicht wählen, auf welche Seite sie treten werden. Der polnische Arbeiter im russischen Anteile weiß bereits, was eine Mobilmachung ist, er weiß, wie wenige von jenen zurückgekehrt sind, die in den Reihen des russischen Heeres in den Krieg gezogen sind und er wird deshalb im Falle einer Mobilmachung nicht auf den Sammelplatz eilen, sondern nach Galizien. Der Arbeiter im Königreiche, ermattet durch den Kriegszustand, eingedenk des ihm zugefügten Unrechts, soll ganze Jahre hindurch stillschweigend das russische Joch tragen, die auf Bajonette gestützte Herrschaft Rußlands erdulden! Mögen diese Bajonette nur ein wenig ins Wanken geraten, dann wird man sich in Polen mit elementarer Gewalt gegen Rußland wenden. Unser Bauer hat bereits aufgehört, ein „Bartel der Sieger" zu sein, wenn dieser auch das Ideal unserer Publizistik bildet, ja sogar Bartosz Glowacki überflügelt hat.

Die Grunwaldfeier halte ich für schädlich, weil sie unter den breiten Massen das antirussische Empfinden abschwächt.

Die Preußen haben uns so viel Unrecht getan, verderben wir ihnen durch diese Feier etwas das Blut, hörte ich häufig.

Die Feier ist eine antipreußische Demonstration, aber eine Demonstration, die den Keim der Tat nicht in sich hat, den Feind nicht erschreckt, in ihm vielmehr nur Entrüstung und Verachtung hervorruft.

Ich erkenne das Dogma nicht an: „Reizen wir nicht die Deutschen, reizen wir nicht die Russen usw.!" Wenn es zur Stärkung unserer Kräfte, zur Vorbereitung der Massen für die Aktion, zur Ausbildung des Selbstbewußtseins erforderlich ist, den Feind zu reizen, dann reizen wir ihn! Aber ein Reizen nur des Sports wegen, nur um uns Hieben auszusetzen, die wir nicht zu wiedergeben beabsichtigen, ist eine Sinnlosigkeit.

Die Posener beben bei dem Gedanken an die Grunwaldfeier, sie gewährt ihnen weder Trost, noch vergrößert sie ihre Kräfte zum passiven Widerstand. Zu einem anderen Widerstand sind sie nicht fähig. Die Posener werden die Grunwald-Mätzchen in Galizien bezahlen.

Welcher Anteil gebraucht denn eigentlich eine Grunwaldfeier?

Es gebraucht sie nicht der russische Anteil, dessen Verhältnisse es erfordern, daß sich unserem Bewußtsein der Kampf gegen Rußland einprägt.

Es braucht sie nicht Galizien, weil dies eine Situation schaffen würde, die im Gegensatz zu dem steht, was die Ursache der Konzessionen für Galizien war, nämlich im Gegensatz zu dem Antagonismus gegenüber Rußland. Im Gegenteil, die Grunwald-Demonstration wird im Widerspruch zur natürlichen Tendenz der äußeren Politik Österreichs stehen, sie kann unsere Stellung in diesem Reiche nur erschüttern.

Wer braucht eine Grunwaldfeier?

Die Nowoje Wremja hat bereits aus politischen Gründen bedauert, daß die Feier nicht zustande zu kommen scheint.

Es gebrauchen bei uns eine Feier verschiedene Leute, die nach Popularität jagen. Von Patriotismus ist bei uns wenig übrig geblieben und die Reste derselben wollen sich durchaus nicht in Taten, sondern in Festen offenbaren. Den Patriotismus hält man bei uns für eine hohe und ehrenvolle Sache. Durch die Beteiligung an Feiern wollen die Leute ihren Patriotismur zeigen und sich bemerkbar machen. Der Wunsch, im Patriotismus nicht überboten zu werden, spielt hier eine ungeheure Rolle. Ich traf einst einen Führer der Krakauer Demokraten und erfuhr von ihm, daß er Mitglied des Festkomitees sei. Ich bat ihn also, diesen Mätzchen ein Ende zu machen und erklärte ihm die dagegen sprechenden politischen Gründe. Ich erhielt die Antwort:

— Ja, ja! Ich stimme hierin mit Ihnen überein, aber wenn wir dies nicht tun, dann werden es die Sozialdemokraten oder Nationaldemokraten machen und uns überflügeln. —

Es ist ein gegenseitiges Überbieten in Scheinpatriotismus. Ich verstehe dies alles. Ich weiß, daß die Grunwaldfeier stattfinden wird, weil dies der Ehrgeiz der einen, der politische Unverstand der anderen verlangt.

An der Grunwaldfeier werden auch die Sokolvereine teilnehmen. Ins Leben gerufen hat diese der nationale Gedanke. Aber der Geist der Sokolvereine ist längst davongeflogen, es sind nur Federbüsche und rote Hemden übrig geblieben. Wenn der Sokol ernste Gedanken haben würde, dann würde er in seinen Kreisen Vorträge über Militärwissenschaften halten, das Schützen-

gefecht mit Ausnützung des Terrains üben, er könnte der Beleber des Soldatengeistes in der Nation sein. Es ist aber nur eine Spielerei, ein nicht allzu hygienisch betriebener Sport. Wozu dienen die Sokolvereine aber eigentlich? Ist dort eigentlich in diesem und in dem vergangenen Jahre ein tieferer Gedanke aus dem Gebiete der nationalen Aufgaben aufgetaucht?

Die Sokolvereine bestehen in den galizischen Städten und Städtchen, um die dort herrschende Langeweile zu vertreiben und sie gebrauchen auch Feiern, da sonst die Langeweile die Sokolorganisationen auffressen würde.

Der politische Unverstand der Sokols hat auch gestattet, sie zu verschiedenen Sokoltagen mit den „slawischen Brüdern" zu gebrauchen.

Zur Grunwaldfeier werden die Tschechen erscheinen, um ihre Waffenbrüderschaft zu bekunden. Wirklich eine merkwürdige Brüderschaft, Bei unseren Aufständen haben wir die Tschechen niemals zu sehen bekommen. Unter den Germanisatoren in Galizien waren sie zur Zeit des Absolutismus sehr zahlreich vertreten; unter den Russifikatoren, die von Rußland als Lehrer der alten Sprachen herangezogen waren, waren sehr viele Tschechen zu finden.

Die Tschechen sind bis zum höchsten Maße des Ekelhaften von Russenfreundlichkeit durchfeucht und jede Verbrüderung mit ihnen wird auf unsere politische Gesundheit einen ungünstigen Einfluß ausüben.

Zur Grunwaldfeier werden die Russen erscheinen, denen verschiedene Zdziechowski's einen herzlichen Empfang bereiten werden. Ich kenne keine Zeitung, die die Grunwaldfeier ebenso herzlich wünscht wie die „Nowoje Wremia".

Da Rußland aus dem Kriege und der staatlichen Krisis geschwächt hervorgegangen ist, da sich der österreichisch-russische Antagonismus bemerkbar macht, muß unsere Aufgabe das Bestreben sein, Galizien durch Einverleibung eines bedeutenden Teiles des russischen Anteils zu vergrößern. Die Verwirklichung dieser Aufgabe wird uns das Polentum und die Selbständigkeit des Landes bringen.

Aber denkt denn unsere Gesamtheit hieran? Arbeitet denn unsere Presse in dieser Richtung? Nein, wir besitzen nur die Broschüren verschiedener Verfasser, die gleichsam eine neue politische Strömung ankünden. Aber alles geht in dem allgemeinen Unverstand, in der Apathie und in Narrenspossen unter.

Die äußere Politik Österreichs hängt von einigen Faktoren ab, von dem Bestehen der Dynastie, von den Ungarn, den österreichischen Deutschen, Polen, Tschechen usw. Wenn wir also ein bestimmtes Resultat erzielen wollen, dann müssen wir unseren Willen anstrengen, vor allen Dingen ihn nach außen hin klar und deutlich zeigen Die Grunwaldfeier zerstört die Klarheit unserer politischen Linie, gibt ihr sogar eine falsche Richtung. Es ist eine charakteristische Erscheinung, daß der Gedanke, die Grunwaldfeier zu begehen, zur Zeit der größten Spannung der österreichisch-russischen Verhältnisse aufgetaucht ist. Der polnische Unverstand handelt hier so, als ob es die russische Hand selbst bewußt getan hätte.

Das der Nation von dem Musiker Paderewski gespendete Jagiello-Denkmal ist eine der Ursachen der „Grunwaldiade". Jagiello ist wert, daß ihm ein Denkmal gesetzt wird, aber dies Denkmal hätte nicht Paderewski setzen dürfen sondern die Nation, aus Dankbarkeit für die Vereinigung mit Litauen, die uns so viele materielle Kräfte zur Verteidigung unserer Existenz, so viele geistige Kräfte für unsere Wiedergeburt geliefert hat. Das Denkmal Jagiellos müßte also in dem von Rußland erlösten Wilna stehen.

Das Denkmal Jagiellos in Krakau darf man mit Grunwald nicht identifizieren, weil die Verdienste Jagiellos den Sieg bei Grunwald überragen. Jagiello ist das Symbol der Union mit Litauen, jenes Zankapfels zwischen Polen und Rußland, der Quelle des Antagonismus zwischen Polen und Rußland. Die Abtrennung der Enthüllung des Jagiello-Denkmals von der Grunwaldfeier halte ich aus politischen Gründen für angebracht.

Ich weiß, daß es mir nicht gelingen wird, die Grunwaldfeier zu verhindern. Im besten Falle werde ich vielleicht die patriotischsten Personen von ihr fern halten, die sich, ohne über die politische Seite der Angelegenheit nachzudenken, in die beabsichtigte Feier haben hineinziehen lassen.

Slowacki hatte Recht, als er schrieb, daß unsere Nation dem Prometheus gleicht, dem der Geier nicht nur das Herz, sondern auch das Gehirn aushackt. Dies dauert schon so lange Jahre, und es ist deshalb kein Wunder, daß wir Krüppel sind. Auf dem Boden unserer geistigen Verkrüppelung veranstalten wir Feiern.

Die Feier wird stattfinden — schließt Herr Studnicki —, und ihr Symbol wird sein der Bettler, der aus dem alten Kleid einen Seidenfaden herauszieht als Beweis dafür, daß er einst reich war, und der sich seines früheren Reichtums vor den Mitbewohnern des schmutzigen Kellergeschosses rühmt. Wir sind nicht nur des politischen Verstandes, sondern eines jeden ästhetischen Empfindens beraubt, wenn wir das Grunwaldmätzchen arrangieren.

Wozu erhebe ich meine Stimme, die keinen Widerhall finden wird, die gleichsam in der Leere verhallt, weil das geistige Leben unserer Volksgesamtheit eine Öde ist? Wozu trete ich in die Reihen der Besiegten? Der nationale Impuls treibt mich dazu. Ich kann nicht schweigen, weil ich an der törichten Grunwaldfeier nicht mitschuldig sein will, weil ich es für meine bürgerliche Pflicht halte, gegen den Strom zu schwimmen, der uns auf falsche Wege treibt. Ich stehe in den Reihen der Besiegten; wir haben während der hundert und einigen Jahre unserer Knechtschaft keine Siege gehabt, wir haben aber Besiegte gehabt, und die Niedertracht hat triumphiert.

Merzbach'sche Buchdruckerei, Posen.